

Handelsblatt

GREXIT

Zurück zur Drachme?

von: Matthias von Arnim
Datum: 26.03.2015 11:24 Uhr

Obwohl sich die Tonlage zwischen Berlin und Athen etwas entspannt hat, wird über einen Austritt Athens aus dem Euro spekuliert. Was bedeutet ein Grexit für Griechenland? Und welche Folgen könnte das für Anleger haben?



Grexit bleibt Option

Sollte Griechenland aus der Euro-Zone austreten, werden die europäischen Aktienmärkte vermutlich nur kurz geschockt sein. Anleger sollten geduldig bleiben

(Foto: Getty Images)

Düsseldorf. Als im Land der Helenen noch mit Drachmen bezahlt wurde, waren die Urlaube deutlich preiswerter. Ein Beispiel dafür: Ein Frappé, also eine Nescafé mit Milch, Eiswürfeln und einem Strohhalm kostete kurz vor der Einführung des Euros etwa 100 Drachmen. Das entsprach damals rund 30 Euro-Cent. Als die Griechenland-Krise ausbrach, vor etwa sieben Jahren, kostete ein Frappé bereits zwischen 2,50 und drei Euro. Das Problem dabei: Während in den ersten sieben Jahren nach der Euro-Umstellung die Löhne in Griechenland laut europäischen Statistikamt um 32 Prozent stiegen, ist die Wirtschaft seit 2008 um ein Viertel geschrumpft und das durchschnittliche Lohnniveau wieder um 20 Prozent gefallen.

Rund 27 Prozent der Griechen haben gar keine Arbeit mehr. Der Frappé kostet aber immer noch

zwischen 2,50 und drei Euro. Das Nationalgetränk der Griechen droht für einen normalen Arbeiter zum unbezahlbaren Luxusgut zu werden. Immerhin: Ein Glas Wasser gab und gibt es grundsätzlich kostenfrei dazu. Trotz der Freundlichkeits-Gesten zwischen Angela Merkel und Alexis Tsipras Anfang der Woche in Berlin gilt nach wie vor: Sowohl die griechische Regierung als auch die Länder der Europäischen Union und die Europäische Zentralbank (EZB) scheinen gezielt darauf hinzuwirken, das die Griechen ihren Frappé bald wieder mit Drachmen bezahlen.

„Jetzt hilft nur noch die Drachme“

Denn die Regierung in Athen verweigert rigoros die Zusammenarbeit mit ihren Gläubigern, während diese zunehmend die Geduld verlieren.

Deren Credo lautet: Geld gibt es nur gegen die verbindliche Zusage der Umsetzung wichtiger Strukturreformen. Doch die Regierung Tsipras spielt auf Zeit – Zeit, die sie eigentlich gar nicht mehr hat: Noch im Laufe des Aprils muss Griechenland zwei Staatsanleihen im Wert von 2,4 Milliarden Euro an seine Gläubiger zurückzahlen. Im Mai werden weitere 2,8 Milliarden Euro fällig, von Juni bis August muss Athen noch einmal mehr als zwölf Milliarden Euro an Schulden zurückzahlen.

Woher das Geld kommen soll, ist völlig unklar. Griechenland wird seine Schuldendienste jedenfalls nicht aus eigener Kraft erfüllen können. Trotzdem plant Tsipras Steuererleichterungen und die Wiedereinstellung von Beamten. Allein diese Maßnahmen werden im laufenden Jahr nach Berechnungen der griechischen Regierung mindestens zwölf Milliarden Euro zusätzlich kosten. Mit halbwegs realistischer Haushaltsplanung hat das nichts mehr zu tun. Schon seit Wochen ist deshalb von einem Grexit die Rede, dem Austritt Griechenlands aus der Währungsunion, vielleicht sogar verbunden mit einem drastischen Schuldenschnitt.

Wovor sich Anleger hüten sollten

Falsche Sicherheit

Rendite ohne Risiko

Zocken mit dem Sparschwein

Ungeduld

Halbwissen

Übersteigertes Selbstbewusstsein

Daytrading

Crashpropheten

Hinter der öffentlichen Spekulation könnte Absicht stecken. „So ein Thema gerät nicht durch Zufall in die öffentliche Diskussion. Es entsteht eher der Eindruck, dass die Bevölkerung und die Märkte auf den Austritt Griechenlands aus dem Euro vorbereitet werden sollen“, mutmaßt Robert Halver, Leiter Kapitalmarktanalyse bei der Baader Bank. Nach dem Motto: Je länger und je öfter man darüber redet, desto weniger schlimm fühlt es sich irgendwann an.

Die Folgen eines Grexits



Frappé bald unbezahlbar?

Das Nationalgetränk der Griechen droht für einen normalen Arbeiter zum unbezahlbaren Luxusgut zu werden. Eine Nescafé mit Milch, Eiswürfeln und einem Strohhalm kostete kurz vor der Einführung des Euro € 30 Cent. Als die Griechenland-Krise ausbrach, vor etwa sieben Jahren, entsprach das zwischen 2,50 und drei Euro.

„Ein Grexit würde die Lebenslüge der Euro-Zone beenden, dass Griechenland die Euro-Zone ohne Dauersubventionierung übersteht. In der griechischen Mythologie mag es Wunder gegeben haben, in der griechischen Realität leider nicht“, so Halver. Der Wirtschaft Griechenlands helfen nach Ansicht des Ökonomen nur zwei Dinge: Euro-Austritt und Schuldenschnitt. „Natürlich ist ein radikaler Schuldenschnitt eine heikle Sache.“

Dass Griechenland seine Schulden niemals zurückzahlen kann, ist eigentlich ein offenes Geheimnis. Wenn man aber tatsächlich einen offiziellen Schuldenschnitt anstrebt, muss man das so gestalten, dass es nicht wie eine Belohnung für Griechenland aussieht. Das wäre ein fatales Signal für alle anderen überschuldeten Euro-Länder“, so Halver.



KOSTENPFLICHTIGES TOOL

Alles was Sie über Ihre Aktie wissen müssen

Aktuelle Marktdaten, ausgewählte Kennzahlen, Analystenratings und Nachrichten – mit der Aktienbewertung sind Sie perfekt informiert über Ihre Aktie.

Die Mission Grexit ist so oder so eine Operation am offenen Herzen. Ein Schuldenschnitt ist jedenfalls nicht mit einem Federstrich möglich. „Selbst wenn Griechenland nicht mehr in der Lage wäre, die fälligen Zahlungen zu leisten und den Staatsbankrott erklären würde, stünden die Kredite immer noch in den Büchern der Schuldner und der Gläubiger“, erklärt Robert Halver. Alle Gläubigerparteien könnten sich dann allerdings darauf einigen, dass die Rückzahlung der hauptsächlich öffentlichen Kredite weit in die Zukunft verlagert wird.

„Um die Abschreibung können sich dann spätere Politiker-Generationen kümmern. So könnte man den Schuldenschnitt im Zuge eines Grexit politisch elegant, ohne unmittelbaren direkten Vermögensschnitt für Steuerzahler durchführen“, so Halver. „Hätte

Griechenland seine eigene Währung, wären dann immerhin Umschuldungen von Euro- in Drachmen-Anleihen denkbar“, sagt Burkard Lützler von Finum Private Finance in Berlin.

Würde eine neu eingeführte Drachme gegenüber dem Euro später abwerten, könnte sich die griechische Regierung nach und nach leichter entschulden. Ein Austritt der Griechen aus dem Euro böte auch noch andere Vorteile: So würde die griechische Export-Wirtschaft von einer Abwertung der Landeswährung profitieren.



PREMIUM BAYER, CHEVRON, SIEMENS

Die Dividendenkönige

Wer hat die Dividende in den letzten zehn Jahren nie gesenkt, fast immer erhöht und lockt mit einer guten Rendite? Wir stellen zehn lukrative Aktien aus Deutschland, Europa und den USA vor.

Ein Austritt aus dem Euro wäre dennoch nur eine von vielen schlechten Optionen zur Lösung der Schuldenproblematik. „Griechenland muss fast alle Konsumartikel und Rohstoffe importieren. Dem steht nur eine schwache Exportwirtschaft gegenüber. Die Drachme-Preise im Inland würden schnell steigen. Die Finanzierung für Unternehmen und den Staat würde sich verteuern, Staatsanleihen müssten höher verzinst werden, um Abnehmer zu finden. Unter dem Strich würde Griechenland eine hohe Inflationsrate drohen“, so Lützler.

Besonders schlimm würde es wieder einmal diejenigen treffen, die schon jetzt die Zeche für die Korruption und Misswirtschaft der vergangenen Jahre zahlen: Menschen mit geringem Einkommen und der Mittelstand mit

Sparguthaben auf griechischen Bankkonten. Das Geld würde vorübergehend eingefroren und schließlich in Drachmen umgetauscht, während das Geld reicher Griechen im Ausland unangetastet bliebe. „Es wäre nicht auszuschließen, dass es in solch einer Situation zu sozialen Unruhen käme“, so Lützler.

„Weder ein Schuldenschnitt noch der Austritt aus der Euro-Zone würden Griechenlands Probleme

lösen, wenn nicht gleichzeitig auch einschneidende Reformen stattfinden“, ist Uwe Eilers von Geneon Vermögensmanagement aus Königstein überzeugt. „Die griechische Regierung kommt gar nicht darum herum, die Umsetzung eines Maßnahmenpakets zu versprechen – ganz gleich, ob sie weitere Hilfgelder, einen Schuldenschnitt oder raus aus dem Euro will“, so Eilers.

Denn die Gläubiger würden so oder so auf Reformen beharren. Für Tsipras kommt es deshalb eigentlich nur darauf an, seinen eigenen Wählern gegenüber eine möglichst gute Figur in den Verhandlungen abzugeben. Das gilt allerdings auch für seine europäischen Partner auf der anderen Seite des Verhandlungstischs. Für alle Beteiligten ist es wichtig, dass eine Lösung der griechischen Haushaltsprobleme möglichst wenige Kollateralschaden verursacht.

Wie Indexzertifikate funktionieren

Funktionsweise

Wie Anleger profitieren

Das Währungsrisiko ausschalten

Wie Absicherungskosten berechnet werden

Bezugsverhältnis

Laufzeit

Auf die Dividenden achten

Noch stehen die Chancen gut. „Ein Schuldenschnitt und ein Austritt Griechenlands aus der Euro-Zone könnte zwar kurzfristig Irritationen auslösen. Doch dieses Szenario droht schon so lange, dass sich die Finanzmärkte auf diese Möglichkeit eingestellt haben“, sagt Uwe Eilers. Konkret: Vielleicht würde der Euro kurzfristig gegenüber dem US-Dollar an Wert verlieren. Und vielleicht würden auch die Kurse an den europäischen Aktienmärkten ein oder zwei Tage unter Druck geraten. Doch dann würde vermutlich die Überzeugung reifen, dass es für den Rest von Europas Wirtschaft eigentlich keine Rolle spielt, ob Griechenland noch dabei ist oder nicht. „Politisch ist das Thema natürlich hochbrisant, für die Finanzmärkte wäre ein Grexit mittelfristig aber ein Non-Event“, so Eilers.

Gelänge es der Euro-Gruppe und der griechischen Regierung, einen möglichen Schuldenschnitt als harmlos zu verkaufen, wäre schon viel erreicht. Denn die Folgen sind komplexer, als es auf den ersten Blick scheint: Die Institutionen, die in den vergangenen Jahren Griechenland immer wieder mit neuen Krediten ausgeholfen haben, haben sich schließlich dafür selbst verschuldet. Ein Beispiel dafür ist der europäische Rettungsschirm EFSF, dem der griechische Staat 131 Milliarden Euro schuldet.

Um das Geld aufzutreiben, hat der EFSF Anleihen an

ZERTIFIKATE	Fonds, Banken und Versicherungen verkauft. Diese
INFOGRAFIK ZUM DEUTSCHEN ZERTIFIKATEMARKT Im Schatten der Finanzkrise	Anleihen sind mit staatlicher Garantie versehen. Die
DERIVATEHANDEL Hongkong und Singapur buhlen um Banken	Euro-Staaten müssten dafür geradestehen, wenn
DERIVATE GEGEN SCHWACHE BÖRSENPHASEN Keine Angst vor Kurskorrekturen	Griechenland seine Schulden nicht mehr tilgt. Deutschland
SOCIAL TRADING Kleine Summen für große Vermögensverwalter	etwa müsste mit 39 Milliarden Euro einspringen, Frankreich mit 29 Milliarden Euro. Dasselbe Prinzip gilt für die 104 Milliarden Euro an griechischen Staatsanleihen, die die Europäische Zentralbank in ihrer Bilanz hält.

Sollte es zu einem Grexit kommen und die EZB die Anleihen Griechenlands im Portfolio abschreiben müssen, dann müssten die Staaten der Euro-Zone nach dem vereinbarten Kapitalschlüssel das Eigenkapital der EZB aufstocken. Deutschland wäre über die Bundesbank mit rund 29 Milliarden Euro dabei. Ein kritischer Posten sind auch die etwa 50 Milliarden Euro, mit denen Griechenland bei seinen eigenen Banken verschuldet ist. Die Institute wären bei einem offiziellen Staatsbankrott sofort pleite. Sparer müssten um ihre Einlagen fürchten. Deshalb spricht viel dafür, dass es nicht offiziell zu einem Schuldenschnitt kommt, sondern zu einer Verlängerung der Kreditlaufzeiten.

Im Gespräch sind Laufzeiten von bis zu 100 Jahren. Vorteil: Faktisch wäre es ein Schuldenschnitt, die Papiere blieben aber offiziell in den Büchern der Gläubiger stehen und müssten nicht abgeschrieben werden. Ein zeitweiliger Austritt aus dem Euro wäre damit aber noch nicht vom Tisch. Denn die Regierung in Athen benötigt auch unabhängig von ihren alten Schuldenproblemen dringend frisches Geld für die Umsetzung ihrer ehrgeizigen Pläne. Der einfachste Weg dahin ist, es selbst zu drucken. Anleger sollten trotz der unsicheren Situation in Griechenland einfach Ruhe bewahren. „Vielleicht ist eine kleine Kurskorrektur an den europäischen Börsen sogar eine Kaufgelegenheit“, sagt Uwe Eilers. Besonders risikofreudige Anleger könnten im Fall eines Grexit mit Hebelpapieren darauf spekulieren, dass sich nach einem kurzfristigen Absinken des Euro-Kurses der Euro gegenüber dem US-Dollar wieder erholt. Doch der weniger riskante Weg wäre ein Engagement in Indexzertifikate auf den Euro-Stoxx 50. In dem Index ist keine einzige griechische Aktie vertreten.



Anleger sollten dabei auf Zertifikate setzen, in denen auch die Dividendenausschüttungen der im Index vertretenen Aktien berücksichtigt werden. Beispiele dafür sind Zertifikate von HypoVereinsbank onemarkets (WKN HVOAYC), von der Commerzbank (WKN 726431) und der UBS (WKN UB9FLX). Wer seinem Portfolio noch einen Zusatzkick verpassen will, kann auch in ein Zertifikat investieren, das einen Großteil der Euro-Peripherie umfasst. „Euro-Peripherie“ klingt zwar erst einmal heikel.

Griechische Unternehmen sind im Basket des Euro-Peripherie Value Select TR Basket (WKN AA5BF2) jedoch nicht vertreten. Das Zertifikat bildet die

DAX-UMFRAGE**Orientierung für Ihre Geldanlage**

Handelsblatt Online ermittelt wöchentlich die aktuelle Stimmung an der Börse. Die Ergebnisse der Umfrage geben Ihnen eine Einschätzung, wie sich der Dax in der neuen Handelswoche entwickeln könnte. Machen Sie mit.

Kursentwicklung von 15 großen Unternehmen aus den Peripherie-Staaten Italien, Portugal und Spanien nach. Gerade Spanien und Portugal befinden sich auf einem guten Weg. Anleger, die sich das Zertifikat vor drei Jahren ins Depot gelegt haben, können sich heute über einen Wertzuwachs von 100 Prozent freuen. Die Beispiele Spanien und Portugal zeigen also, wie es auch gehen kann. Vielleicht schaut sich die Regierung in Athen die Entwicklungen dort ja auch einmal genauer an. Sie

zeigen, wie Regierungen Krisen ohne einen Euro-Austritt lösen können. Vielleicht können sich die Griechen ihren Frappé ja bald wieder leisten. In Euro. Und vielleicht bleibt auch das Extra-Glas Wasser dazu weiterhin umsonst.

TOP-NEWS FINANZEN**US-NOTENBANKER ROBERT KAPLAN**

„Eine sanfte Landung ist nur selten
geglückt“

VERBRAUCHERPREISE JANUAR

Schwache Inflation dämpft Hoffnung auf
baldige Zinserhöhung

DAX AKTUELL

Dax erholt sich leicht

US-BÖRSENAUFSICHT SCHREITET EIN

Der nächste Krypto-Betrugs-Krimi

© 2016 Handelsblatt GmbH - ein Unternehmen der Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH & Co. KG

Verzögerung der Kursdaten: Deutsche Börse 15 Min., Nasdaq und NYSE 20 Min. Keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben.

Staatsverschuldung

Verrechnet!

Es war eine jahrelange ökonomische Gewissheit: Bei mehr als 90 Prozent Staatsverschuldung rutschen Länder in die Armut ab. Das sagte ein berühmter Wissenschaftler, daran hielten sich Politiker in der Euro-Krise. Bis ein Student zu zweifeln begann. Rekonstruktion eines Rechenfehlers

Von **Marc Brost**, **Mark Schieritz** und **Wolfgang Uchatius**

27. Juni 2013, 8:00 Uhr / Editiert am 4. Juli 2013, 19:03 Uhr / 172 Kommentare

AUS DER ZEIT NR. 27/2013 [<http://www.zeit.de>



/2013/27?wt_zmc=fix.int.zonpme.zeitde.wall_abo.premium.packshot.cover.zeit&utm_medium=fix&utm_source=zeitde_zonpme_int&utm_campaign=wall_abo&utm_content=premium_packshot_cover_zeit]

Als noch kein Journalist ihn befragt, kein Kameramann ihn gefilmt, kein Fernsehmoderator ihn zum Gespräch gebeten hat, als die Welt ihn noch nicht kennt, steht Thomas Herndon in einem Aufzug und bewegt sich auf eine Rechenaufgabe zu. Es ist der 5. September 2012, kurz vor halb zehn morgens. Herndon studiert Volkswirtschaftslehre an einer unbedeutenden Universität in der Kleinstadt Amherst im amerikanischen Bundesstaat Massachusetts. An diesem Tag soll er das Thema für eine Hausarbeit bekommen.

Im neunten Stock des Fakultätsgebäudes steigt Herndon aus. Er ANZEIGE
betritt den Seminarraum und setzt sich ans Fenster, wie meistens. Herndon, ein pausbäckiger 27-Jähriger mit schwerer Brille, ist im staubigen Texas aufgewachsen, das satte Grün im Nordosten der USA fasziniert ihn noch immer.

Der Professor verteilt die Aufgaben. Die Studenten sollen wirtschaftswissenschaftliche Studien nachrechnen. Sie sollen begreifen, wie Ökonomen zu ihren Ergebnissen kommen. Sie haben mehrere Monate Zeit.

Es ist nicht geplant, dass neben dem Professor und den Studenten jemand diese Seminararbeiten lesen wird.

ANZEIGE

Der Professor stellt eine Studie vor, von der er sagt, sie gefalle ihm besonders gut, weil sie eine durchschlagende politische Wirkung erzielt habe. Mit wissenschaftlichen Mitteln hätten die Autoren es geschafft, eine großartige Geschichte zu erzählen. Die Geschichte von der Staatsverschuldung. Herndon meldet sich als Erster.

So erinnern sich der Student und der Professor, heute, im Sommer 2013.

Jener Septembertag ist der Anfang eines unglaublichen Schauspiels um die Wirkung einer einzigen Zahl. Ein unbekannter Student tritt auf und ein berühmter Ökonom. Der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble wird eine Rolle spielen, das Computerprogramm Excel und ein griechischer Krankenpfleger namens Augustinos Mouzakis. Als bewegliche Kulisse zieht die Euro-Krise im Hintergrund vorbei, und am Ende des Stücks wird die Wirtschaftspolitik eines ganzen Kontinents als großer Irrtum erscheinen.

Am frühen Nachmittag des 4. Januar 2010, mehr als zweieinhalb Jahre bevor Thomas Herndon das Thema seiner Hausarbeit erhält, betritt Kenneth Rogoff den Marquis Ballroom im Marriott Hotel von Atlanta. Zu diesem Zeitpunkt stehen in den Zeitungen Artikel über Griechenland [<http://www.zeit.de/schlagworte/orte/griechenland>] schon nicht mehr im Reisetitel, sondern auf den Wirtschaftsseiten. *Sorge um Griechenland*, *Hellenische Last*, *Der griechische Patient* lauten die Überschriften, aber noch hat die europäische Politik nicht reagiert, noch sind keine Rettungspakete geschnürt, keine Schutzschirme aufgespannt, das Wort Euro-Krise ist noch nicht erfunden.

Rogoff ist damals 56 Jahre alt, ein hagerer Mann mit schmalen Haarkranz, der aussieht, als habe er zu wenig Sonne abbekommen. Als 16-Jähriger verließ er Ende der sechziger Jahre die Highschool, um professioneller Schachspieler zu werden. Er verdiente Geld, indem er vor Zuschauern gegen fünfzig Gegner gleichzeitig spielte. Er lebte monatelang im damaligen Jugoslawien, um mit den besten Spielern der Welt zu trainieren. Als er gegen den nur zwei Jahre älteren Russen Anatoli Karpow, den späteren Weltmeister, verlor, gestand er sich ein, dass er es nie zur Nummer eins bringen würde. Er gab das Schachspielen auf und studierte Ökonomie.

An diesem Januartag 2010 findet in dem Hotel in Atlanta eine wirtschaftswissenschaftliche Tagung statt. Rogoff ist zu diesem Zeitpunkt bereits einer der bekanntesten Ökonomen der Welt. Er war Chefvolkswirt des Internationalen Währungsfonds (IWF), jetzt ist er Professor an der Harvard

University. Gerade hat er ein Buch über die Geschichte der Finanzkrisen veröffentlicht (*Dieses Mal ist alles anders*), das sich hervorragend verkauft. Viel weiter kann man es als Wirtschaftswissenschaftler nicht bringen. Jetzt will Rogoff seine neueste Arbeit vorstellen.

Es ist jene Studie, die sich Thomas Herndon 32 Monate später für seine Semesterarbeit aussuchen wird [<http://www.zeit.de/wirtschaft/2013-04/rogoff-reinhart-sparpolitik-kritik>]. Sie heißt *Growth in a Time of Debt* - "Wachstum in einer Zeit der Verschuldung". In dieser Untersuchung versucht Rogoff gemeinsam mit seiner Kollegin Carmen Reinhart jene Frage zu beantworten, die sich in den kommenden Monaten der Euro-Krise [<http://www.zeit.de/schlagworte/themen/euro-krise/index>] jeden Tag aufs Neue stellen wird: Sind Staatsschulden gefährlich?

Ökonomische Laien mag es verwundern, dass dieses Thema der wissenschaftlichen Analyse bedarf. Ist es nicht offensichtlich, dass ein Staat verarmt, wenn er dauerhaft mehr Geld ausgibt, als er einnimmt? Was gibt es da zu forschen?

Ein hoch verschuldeter Staat muss so schnell wie möglich seine Ausgaben kürzen. Er muss Sozialleistungen streichen, Behörden schließen, dann kann er seine Schulden zurückzahlen. Auch unter Wirtschaftswissenschaftlern ist dies eine verbreitete Meinung.

Aber es existiert auch eine gegenteilige Sicht. Es gibt nicht wenige Ökonomen, die sagen, dass man einen verschuldeten Staat anders betrachten muss als eine verschuldete Privatperson. Steckt ein Privatmann in den roten Zahlen, hilft es ihm, auf Kinobesuche und Urlaubsreisen zu verzichten. Sparen rettet ihn. Kürzt aber ein Staat seinen Angestellten die Gehälter, haben also Lehrer, Feuerwehrleute und Ärzte weniger Geld zur Verfügung, besteht die Gefahr, dass bald auch in Supermärkten und Kaufhäusern die Umsätze sinken. Dann gehen Unternehmen pleite, die Arbeitslosigkeit steigt. Am Ende bricht die Wirtschaft zusammen.

Schulden seien brandgefährlich, ein verschuldeter Staat müsse radikal sparen, sagen die einen.

Radikales Sparen mache alles nur schlimmer, sagen die anderen. Es genüge, die Schulden langsam und behutsam abzubauen.

Als Kenneth Rogoff und Carmen Reinhart in Atlanta ihre neue Studie vorstellen, ist dies der Endpunkt einer langen Forschungsarbeit. Sieben Jahre lang haben sie Bibliotheken durchsucht und in Archiven gewühlt. Obwohl kaum ein wirtschaftspolitisches Problem weltweit eine solch bedeutende Rolle spielt wie

die Staatsverschuldung, gibt es kaum öffentlich zugängliche historische Daten dazu.

Wie Archäologen tragen Reinhart und Rogoff ihre Fundstücke zusammen. Sie entdecken unerforschte Archive des Völkerbundes in Genf, finden Zahlen über die Verbindlichkeiten des österreichischen Kaisers Franz Joseph I., stoßen auf Informationen über den Silbergehalt des russischen Rubels im späten 18. Jahrhundert, erhalten geheimes Material aus der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel.

Jede Zahl tippen Reinhart und Rogoff eigenhändig in ihre Computer ein. Sie verzichten auf die Hilfe von Assistenten, sie wollen sich auf sich selbst verlassen. So legen sie eine riesige Datenbank an. 66 Länder, fünf Kontinente, 800 Jahre. Wieder und wieder jagen sie die Werte durch ihre Rechenprogramme, sie suchen nach dem großen Zusammenhang, dem Muster in den Zahlenkolonnen.

Schließlich finden sie es. Staatsschulden sind verkraftbar, lautet das Ergebnis ihrer Studie, aber nur bis zu einem neuralgischen Punkt. "Das ist wie beim Bergaufstieg in große Höhen. Erst gibt es lange keine Probleme, dann kommt abrupt die Atemnot", wird Rogoff wenig später in einem Interview sagen.

Sobald die Staatsschulden einen Wert von mehr als 90 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, also der jährlichen Wirtschaftsleistung dieses Landes, erreichen, beginnt die Höhenkrankheit. Das ist das Ergebnis der Berechnungen von Reinhart und Rogoff. Von da an wächst die Wirtschaft nicht mehr, sie schrumpft schlagartig, das Land verarmt.

Kaum eine Studie schafft es, den akademischen Kosmos zu verlassen

Anfang 2010, als die beiden Ökonomen ihre Studie vorstellen, liegen die Staatsschulden Griechenlands bei 120 Prozent. Demnach muss das Land dringend anfangen zu sparen. Die Griechen brauchen Sauerstoff, sie müssen runter ins Tal, so schnell wie möglich.

Just zu dem Zeitpunkt, als Europa anfängt, sich wegen seiner Schulden zu sorgen, ist da diese Zahl: 90 Prozent. Jetzt ist sie in der Welt. Ein Ökonom, der damals im Marriott Hotel dabei war, erinnert sich, dass es im Anschluss an Rogoffs Präsentation ein paar Fragen gab, Anregungen, Gemurmel. Dann begann der nächste Vortrag.

Noch existiert die Zahl nur in der Welt der Wissenschaft, sie wird in einem Fachjournal veröffentlicht und tritt ihren Weg in die Hörsäle und Seminarräume an. Noch ist es gut möglich, dass sie für immer dort bleibt. Jedes Jahr gibt es auf

der Welt Hunderte ökonomischer Fachtagungen, Tausende Studien werden vorgestellt, Zehntausende Zahlen. Kaum eine schafft es, den akademischen Kosmos zu verlassen.

Mitte Oktober 2012. Thomas Herndon sitzt auf der tiefen Ledercouch in seinem Wohnzimmer, den Laptop auf den Knien. In der Ecke stehen seine Gitarren. Herndon liebt Musik, früher hat er in mehreren Bands gespielt.

Herndon lebt mit seiner Freundin und einem weiteren Mitbewohner in einem grauen Holzhaus aus den dreißiger Jahren. Die drei haben einen kleinen Hinterhof. Im Frühjahr wollen sie die Erde umgraben und Gemüse säen.

Herndon hat viel zu tun in diesem Semester. Er liest Bücher über die Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre und Aufsätze über die Europäische Währungsunion. Jetzt tippt er auf seinem Laptop herum. Er klickt die Internetseite an, auf der Reinhart und Rogoff ihren riesigen Datensatz veröffentlicht haben, die Grundlage ihrer Studie. Herndon lädt sich die Zahlen herunter.

Am Kopfende eines Festsaals in Europas größtem Bürogebäude, dem Bundesfinanzministerium (BMF) in Berlin, setzt Kenneth Rogoff einen schwarzen Kopfhörer auf, um zu verstehen, was der freundlich lächelnde Mann neben ihm sagt. Breite Säulen rahmen den Raum ein, 250 Menschen sitzen vor ihm, Bankmanager, Bundestagsabgeordnete, Ministerialbeamte, Journalisten.

Der Mann neben Rogoff ist Wolfgang Schäubles Staatssekretär Steffen Kampeter. Er hat Rogoff eingeladen. Kampeter stellt seinen Gast vor, der Simultandolmetscher übersetzt, dann beginnt Rogoff seinen Vortrag, Titel der Veranstaltung: "BMF im Dialog".

Es ist der 2. März 2011, die Euro-Krise ist jetzt Thema in fast jeder Nachrichtensendung, Berichte über Griechenland stehen auf den Titelseiten der Zeitungen.

Lange war nicht klar, wer schuld ist an dieser Krise. Die Spekulanten? Die Banken? Die verschwenderische Regierung in Athen? Es gab verschiedene Interpretationen, es galt, sich an neue Begriffe zu gewöhnen. Europäische Finanzstabilisierungsfazilität, kurz EFSE, Europäischer Stabilitätsmechanismus, kurz ESM. Die Krise war so komplex, dass der Einzelne sie kaum begriff. Umso größer der Wunsch nach Politikern, die das alles verstehen.

Die Bundesregierung war von Anfang an der Überzeugung, nur eisernes Sparen könne die Krise beenden. Im Frühsommer 2010 hat sie in Europa ein erstes hartes Sparprogramm für Griechenland durchgesetzt. Die Auseinandersetzung über den

richtigen Weg aber ist dadurch nicht beendet. Fast täglich melden sich jetzt Befürworter und Gegner der Kürzungen zu Wort. Ihr Streit begleitet jedes Gipfeltreffen, jede Krisensitzung.

Äußerlich bleiben die Regierenden gelassen. Schäuble gibt sich so zuversichtlich, als gehe es bloß um ein neues Abfallwirtschaftsgesetz. Was bleibt ihm auch übrig? Er muss Entscheidungen treffen, er muss sie begründen.

Der Ökonom füllt Säle, die Politik ist dankbar für seine Zahl

Jetzt steht da jemand in seinem Ministerium, der eine gute Begründung für die Sparpolitik gefunden hat. Er hat eine Zahl: 90 Prozent.

Rogoff lässt in seinem Vortrag Kurven und Ziffern an der Wand aufleuchten, er erzählt von Finanzkrisen der Vergangenheit, analysiert die Währungssysteme der Gegenwart. Am nächsten Tag schreibt der Berliner *Tagesspiegel*, Rogoff habe mit "der charmanten Souveränität eines amerikanischen Professors" gesprochen.

Im Nachhinein fällt auf, dass Rogoff in seinem Vortrag im Ministerium nicht näher auf seine Studie eingeht. Auch das Wort Höhenkrankheit fällt nicht. Einer von Schäubles engsten Mitarbeitern wird später sagen, die Fachleute im Ministerium seien trotzdem wie elektrisiert gewesen von Rogoffs Fachkenntnis. Und die Studie steht ja im Internet, man muss sie nur herunterladen.

In Massachusetts hat Thomas Herndon jetzt alle Daten von Reinhart und Rogoff auf seinem Computer. Es wird ihn ein paar Stunden kosten, sie nachzurechnen, vielleicht Tage, dann wird auch er die 90-Prozent-Schwelle ermittelt haben. So denkt er sich das.

Herndon aber schafft es nicht, die einzelnen Werte zueinander in Bezug zu setzen, die Verschuldungsdaten, die Wachstumsziffern. Wie er sie auch gewichtet, wie er die mathematischen Gleichungen auch zusammenfügt, er kommt nicht auf diese eine Zahl. Das Jahr 2012 geht zu Ende, und Herndon hat die 90 Prozent noch immer nicht gefunden.

Als Wolfgang Schäuble in Berlin ans Pult des Bundestags rollt, hat er die gelbe Mappe mit seinem Redemanuskript rechts zwischen sich und die Lehne des Rollstuhls geklemmt. Es ist der 6. September 2011, ein Dienstag. Schäuble will vor den Abgeordneten erneut für seinen Sparkurs werben.

Seit er Finanzminister ist, hat Schäuble sich abgewöhnt, frei zu sprechen. Er hält sich jetzt immer genau an den Text, den ihm seine Mitarbeiter aufgeschrieben haben. Seine Worte werden in der ganzen Welt gehört. Zu groß ist die Gefahr, mit

einem falschen Halbsatz die Finanzmärkte zu verstören.

Schäuble legt die Mappe vor sich auf das Rednerpult und schlägt sie auf. Er spricht über die hohen Staatsschulden in mehreren Euro-Ländern. Er sagt, Deutschland sei wegen seiner Forderung nach einem harten Sparkurs im Süden Europas erheblicher Kritik ausgesetzt.

Nach knapp elf Minuten kommt Schäuble zur entscheidenden Stelle seiner Rede. Er liefert die Untermauerung für seine Politik. Er sagt: "Man muss daran erinnern, dass die US-Ökonomen Reinhart und Rogoff vor Kurzem in einer viel beachteten Studie dargelegt haben, dass das Wirtschaftswachstum ab einem bestimmten Verschuldungsgrad durch öffentliche Verschuldung gedämpft wird." Da sind sie, die 90 Prozent.

Schäuble sagt, es gehe jetzt darum, hart zu sparen. "Das ist die richtige Politik."

Es ist der Augenblick, in dem die Zahl die Welt der Wissenschaft verlässt und die deutsche Politik erreicht. In den kommenden Monaten werden die 90 Prozent zum wiederkehrenden Element in Schäubles Reden und Stellungnahmen zur Euro-Krise. Rogoffs Zahl liefert die Begründung für die von der Bundesregierung vorangetriebenen Kürzungsprogramme in Südeuropa.

In Athen läuft Augustinos Mouzakis im hellblauen Kittel einen Krankenhausgang entlang. Er schiebt ein fahrbares Bett vor sich her, auf dem Bett liegt ein Mann, er hat sich das Bein gebrochen, Mouzakis bringt ihn in die Chirurgie. Der nächste Patient hat vielleicht nur eine Platzwunde, oder aber einen Hirnschlag, dann geht es um sein Leben, und Mouzakis wird rennen, so schnell er kann.

Augustinos Mouzakis arbeitet als Hilfskrankenpfleger im Evangelismos-Krankenhaus, 1884 gegründet, elf Stockwerke hoch, fast 1.000 Betten, die größte Klinik in Athen. Ein Krankenhaus wie eine Festung.

Als Wolfgang Schäuble im September 2011 im Bundestag spricht, ist Mouzakis 36 Jahre alt. Nach Schule und Wehrdienst hat er sich mit Gelegenheitsjobs in Fabriken und auf dem Bau durchgeschlagen, dann, im Jahr 2000, bekam er die Stelle in der Klinik, ihm war, als habe es das Schicksal gut mit ihm gemeint. Mouzakis hebt Kranke von Tragen auf Betten, von Betten in Rollstühle, 40 Stunden in der Woche, im Dreischichtbetrieb, morgens, abends, nachts. 1.300 Euro im Monat bekommt er dafür, oder genauer, so viel bekam er früher, bevor das erste Sparprogramm in Kraft trat.

Zeitungen bezeichnen Reinhart und Rogoff als "Leuchttürme der Krisenanalyse"

Mouzakitis ist Angestellter des griechischen Staates. Der Staat muss sparen, also hat er den Krankenpflegern das Gehalt gekürzt, auch allen Lehrern, Feuerwehrleuten, Polizisten.

Im September 2011 verdient Mouzakis nur noch knapp über 1.000 Euro. Seine Frau hat gerade ihren Teilzeitjob in einem Supermarkt verloren. Die Umsätze sind stark gesunken, seit die Leute weniger Geld verdienen.

Reich war sie nie, die Familie Mouzakis mit ihren beiden kleinen Kindern, jetzt muss sie sich noch mehr einschränken, aber bald wird seine Frau wieder Arbeit finden, hofft Augustinos Mouzakis, lange kann die Krise ja nicht mehr dauern.

Die Einkommenskürzungen würden die griechische Wirtschaft kurzfristig schwächen, prognostiziert der Internationale Währungsfonds, der die Sparmaßnahmen mit entworfen hat, im September 2011. Dann aber werde das Land eben dank dieser Sparmaßnahmen neue Kraft schöpfen.

Am 4. Februar 2013 öffnet Thomas Herndon sein E-Mail-Programm und tippt die Adressen von Carmen Reinhart und Kenneth Rogoff in die Empfängerzeile. Sein Professor versteht nicht, weshalb Herndon mit seiner Arbeit nicht weiterkommt. Die Studie von Reinhart und Rogoff sei methodisch wenig anspruchsvoll, die meisten anderen Studenten hätten weit kompliziertere Untersuchungen zu überprüfen. Herndon zweifelt an sich. Ist er zu dumm für diese Aufgabe?

Herndon schreibt an Rogoff und Reinhart: "Ich weiß, Sie haben viele Anfragen, aber ich schaffe es nicht, Ihre Ergebnisse nachzuvollziehen." Er bittet die beiden Professoren, ihm neben den Daten auch die Analysegleichungen zur Verfügung zu stellen, mit denen sie die Zahlen ihrer Studie zueinander in Bezug gesetzt haben. "Das wäre sehr hilfreich", schreibt Herndon. Dann schickt er die E-Mail ab.

Am 22. September 2011, knapp drei Wochen nach Schäubles Auftritt im Bundestag, ist Rogoff wieder in Deutschland, zum dritten und letzten Mal in dieser Geschichte sitzt er in einem Saal voller Menschen, diesmal in Frankfurt, in der Goethe-Universität.

Rogoff erhält eine vom Stiftungsfonds Deutsche Bank finanzierte Auszeichnung, den Deutsche Bank Prize in Financial Economics, der alle zwei Jahre an einen bedeutenden Wirtschaftswissenschaftler verliehen wird. In der Jury sitzen Professoren, Journalisten, Finanzökonomien. Josef Ackermann, damals noch Vorstandschef der Bank, hält die Laudatio. "Es gibt viele dornige Themen in der Finanzwelt, und Rogoff hat viele kleine Wahrheiten herausgefunden", sagt Ackermann vor mehreren Hundert Gästen.

Am nächsten Tag schreibt die *Süddeutsche Zeitung*: "Da schaute Rogoff kurz auf, der schmale Mann mit der dunkel gerahmten Brille, und schmunzelte das erste Mal. Es ist ja durchaus nicht leicht, die richtige Mimik zu finden, wenn andere einen vor großem Publikum über den grünen Klee loben."

Ackermann überreicht Rogoff eine aus dünnen Metallstreifen geflochtene, fußballgroße Kugel, die Trophäe. 50.000 Euro Preisgeld werden folgen. Gemeinsam stellen sich Ackermann und Rogoff vor eine Leinwand in den Farben der Deutschen Bank. Lächeln. Blitzlicht. Ruhm.

"Der Preis ehrt einen international anerkannten Wissenschaftler[...], dessen Arbeit zu praxis- und politikrelevanten Ergebnissen geführt hat." So steht es in den Statuten des Preises.

Zu diesem Zeitpunkt erfüllt Rogoff dieses Kriterium wie kaum ein anderer Ökonom. Die 90 Prozent sind das vielleicht klarste, das härteste Argument in der Schuldendebatte. Eine wissenschaftlich ermittelte Zahl ist kein Glaubenssatz, keine Ideologie. Eine Zahl ist objektiv. Sie ist wie eine Wahrheit.

Der Aufsatz *Growth in a Time of Debt* avanciert zu einer der einflussreichsten wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsarbeiten der vergangenen Jahrzehnte. Nun, da die Zahl die wohltemperierte Welt der Wissenschaft verlassen hat, ist sie in die Hitze des politischen und medialen Betriebs geraten.

Zeitungen bezeichnen Reinhart und Rogoff als "Leuchttürme der Krisenanalyse", von der "kritischen Rogoff-Marke" ist die Rede, von Rogoff, dem "Krisenversther", von der "Maginot-Linie" der 90 Prozent.

Alle leiten aus der Studie dasselbe ab: Sparen, sparen, sparen!

An dieser Stelle des Schauspiels wird es voll auf der Bühne. Bekannte Gesichter treten auf. Peer Steinbrück, damals noch nicht SPD-Kanzlerkandidat, sondern scheinbar am Ende seiner Karriere, sagt in einem Zeitungsinterview: "Staatsschulden erdrosseln alles. Eine Untersuchung der US-Ökonomen Carmen Reinhart und Kenneth Rogoff zeigt, dass Staaten mit einer Verschuldungsquote von oberhalb 90 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung ihr Wachstumspotenzial eher abwürgen."

Jean-Claude Trichet, damals Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB), erläutert: "Es gibt Belege für einen negativen Zusammenhang zwischen Staatsverschuldung und Wirtschaftswachstum, vor allem bei einem sehr hohen Schuldenniveau."

Jens Weidmann, Präsident der Deutschen Bundesbank, stellt fest: "Eine Studie von Carmen Reinhart und Kenneth Rogoff besagt, dass ein Schuldenstand von mehr als 90 Prozent das Wirtschaftswachstum reduziert."

Timothy Geithner, damals Finanzminister der USA, ist der Meinung: "Eine exzellente Studie, die das Risiko eher noch unterschätzt."

George Osborne, britischer Finanzminister, ist sich sicher: "Die neueste Forschung besagt: Sobald die Schulden ein Niveau von etwa 90 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erreichen, erhöht sich das Risiko eines stark negativen Einflusses auf das langfristige Wachstum deutlich."

Paul Ryan, damals Kandidat der US-Republikaner für das Amt des Vizepräsidenten, gibt bekannt: "Ökonomen, die die Staatsverschuldung untersucht haben, sagen uns, dass ein Anstieg der Verschuldung auf über 90 Prozent des Bruttoinlandsprodukts das Wachstum hemmt und das Risiko einer Wirtschaftskrise erhöht."

Die Investmentgesellschaft Pimco, der größte Anleihenhändler der Welt, entwickelt, basierend auf Reinharts und Rogoffs Analyse, den "Ring of Fire", eine Grafik, bei der Länder, deren Schulden sich der 90-Prozent-Marke nähern, von einem Feuerring umschlossen werden. Zeitungen drucken das Diagramm, Internetseiten verbreiten es um die Welt.

Nur eines scheint gegen den Verbrennungstod zu helfen: sparen, so hart und schnell wie möglich.

Griechenland kürzt das Kindergeld.

Spanien schafft ein Viertel der Krankenhausbetten ab, Notaufnahmen werden geschlossen.

Irland senkt den Mindestlohn und streicht jede zehnte Stelle im Staatsdienst, insgesamt 25.000 Jobs.

Portugal senkt die Bildungsausgaben auf das Niveau des Jahres 2001.

Einer der mächtigsten Akteure in der Euro-Krise ist der Rat der EU-Wirtschafts- und -Finanzminister, der Ecofin-Rat. Jedes Sparprogramm wird hier beschlossen. Am 13. Februar 2013 schickt der EU-Währungskommissar Olli Rehn den Ecofin-Ministern einen vier Seiten langen vertraulichen Brief, Kopien gehen an EZB-Präsident Mario Draghi und IWF-Direktorin Christine Lagarde. Der Brief liegt der ZEIT vor. Rehn, der von sich selbst sagt, Ökonomie sei nicht nur sein Job, sondern auch sein Hobby, setzt sich darin dafür ein, den harten Sparkurs

beizubehalten, er schreibt: "Es beruht auf seriösen wissenschaftlichen Erkenntnissen, dass, wenn die Staatsverschuldung auf über 90 Prozent steigt, dies einen negativen Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung hat."

Am Nachmittag des 4. April 2013 sitzt Thomas Herndon wieder auf seinem Ledersofa, wieder mit dem Laptop auf dem Schoß. Reinhart und Rogoff haben auf seine erste E-Mail nicht geantwortet. Er hat ihnen zwei weitere E-Mails geschickt.

"Wir haben ganz andere Positionen vertreten"

Um 17.43 Uhr blinkt in Herndons Posteingang ein Name auf. Carmen Reinhart. "Lieber Thomas", schreibt sie, "im Anhang die Tabelle mit den Daten." Es handle sich um einen "SEHR einfachen" Rechengang. Sie habe nicht früher geantwortet, sorry, aber sie habe mit ihren eigenen Studenten schon genug zu tun.

Der Student stellt fest: Der Professor beherrscht Excel nicht

Herndon klickt auf den Anhang. Langsam baut sich das Tabellenkalkulationsprogramm Excel auf. Zeilen und Spalten voller Zahlen in verschiedenen Farben. Das Programm ist seit bald 25 Jahren auf dem Markt, es wurde immer wieder weiterentwickelt und verbessert. Mit wenigen Mausklicks lassen sich lange Zahlenreihen addieren, multiplizieren, zu komplizierten Gleichungen zusammenfügen. Es geht ganz schnell und sieht so einfach aus.

Herndon braucht ein paar Minuten, um sich zu orientieren. Reinhart und Rogoff haben die von ihnen analysierten Länder nach der Höhe ihrer Verschuldung gruppiert und dann jeweils die durchschnittliche Wachstumsrate ausgerechnet. Deutschland steht in Zeile 42 der Excel-Tabelle, Japan in Zeile 38. Herndon prüft die Zahlen. Gleich wird er feststellen, warum er nicht auf die 90 Prozent kam. Gleich wird er seinen Fehler finden.

Er findet ihn nicht. Aber etwas anderes kommt ihm merkwürdig vor. Die Daten für Australien, Belgien und Dänemark sind in Reinharts und Rogoffs Berechnung nicht enthalten, auch Kanada und Österreich fehlen. Es sieht aus, als ob... ja, tatsächlich, Reinhart und Rogoff haben wohl nicht alle Staaten angeklickt, bevor sie ihren Computer rechnen ließen. Ihre Analysegleichung berücksichtigt zwar die Zeilen 30 bis 44 der Excel-Tabelle, lässt aber die Zeilen 45 bis 49 aus.

Herndon findet eine weitere Ungenauigkeit. Bei den Daten für Neuseeland sind ausgerechnet jene Jahre nicht berücksichtigt, in denen die Wirtschaft des Landes trotz sehr hoher Schulden stark gewachsen ist. Das verfälscht den Durchschnittswert.

Herndon holt seine Freundin. Sie studiert Soziologie. Von Wirtschaft hat sie wenig Ahnung, aber mit dem Computerprogramm Excel kennt sie sich aus. Sie schaut sich die Tabellen an, vergleicht die Daten. Auch sie sieht die Fehler.

"Auf die Seite, auf die Seite, ich habe einen Notfall, auf die Seite!" Augustinos Mouzakis rennt durch den Krankenhausflur, vor ihm im Bett liegt ein röchelnder Mann, Herzinfarkt, er droht zu sterben, aber Mouzakis hat keinen Platz, dauernd muss er ausweichen, die Gänge sind voll, Betten stehen herum, leere, kaputte Betten, die niemand repariert, Betten mit Patienten, für die kein Zimmer da ist. Jeden Monat wird das Krankenhaus voller. Denn viele kleinere Kliniken in Athen wurden geschlossen. Mouzakis kann den Fortgang der Wirtschaftskrise am Gedränge auf den Gängen ablesen.

Fast zwei Jahre sind vergangen seit Schäubles Rede im Bundestag, in Griechenland läuft das sechste Sparprogramm, oder ist es das siebte, das achte? Mouzakis hat aufgehört mitzuzählen. Seine Frau hat noch immer keinen neuen Job. Arbeitslosengeld erhält sie schon lange nicht mehr, eine Grundsicherung wie in Deutschland die Sozialhilfe gibt es in Griechenland nicht.

Mouzakis verdient nur noch 880 Euro im Monat, davon muss die Familie nun leben. Bei seinem Schwager hat er sich 400 Euro geliehen, seine Kreditkarte ist mit 1000 Euro belastet, jeden Monat fallen Zinsen an. Weil Griechenland spart, hat Mouzakis jetzt Schulden.

Thomas Herndon spricht mit seinem Professor. Reinhart und Rogoff hätten sich verrechnet, sagt er, die Studie sei falsch. Der Professor hört ihm zu, runzelt die Stirn. Es ist nicht das erste Mal, dass ein Student glaubt, er habe eine Koryphäe widerlegt. Rechnen Sie noch mal, sagt der Professor.

Herndon geht erneut die Tabellen durch, es bleibt, wie es ist. Vergessene Zahlen, Klickfehler. Später wird eine Zeitung schreiben, das Computerprogramm Excel verleite geradezu zu solchen Schludrigkeiten. Weil alles so einfach aussehe, sei die Verlockung groß, auf eine strenge Kontrolle zu verzichten.

Schon vor dem Fall Reinhart und Rogoff mussten mehrere Finanzunternehmen ihre Bilanzen wegen Excel-Fehlern korrigieren. Bei einem Investmentfonds vergaß ein Rechnungsprüfer ein Minuszeichen, als er Daten von einem Excel-Rechenblatt auf das andere übertrug – schon war der Wert um Milliarden Dollar gewachsen.

Am 17. April 2013 erscheint in der *Financial Times* ein Artikel, geschrieben von Thomas Herndons Professor und einem weiteren Ökonomen der Universität. Sie listen Rogoffs und Reinharts Fehler auf. Dann erläutern sie, was passiert, wenn man die Versäumnisse korrigiert: Die Zahl 90 verschwindet. Es gibt keine

90-Prozent-Schwelle mehr. Zwar ist in Ländern mit sehr hohen Staatsschulden das Wirtschaftswachstum tatsächlich etwas niedriger, aber der Unterschied ist zu gering, um eine eindeutige Aussage abzuleiten, außer dieser: Staatsschulden sind manchmal gefährlich und manchmal nicht. Bevor man ein Land zu massiven Sparmaßnahmen zwingt, sollte man lieber etwas genauer hinschauen.

Scharfe Kritik an der berühmten Rogoff-Studie, Wirtschaftspolitik mit Rechenfehler – so lauten jetzt die Überschriften der Zeitungen. Ein Wort für die Affäre um Reinhart und Rogoff ist schnell gefunden: Excelgate, in Anlehnung an den Watergate-Skandal der siebziger Jahre.

Thomas Herndon tritt in Radiosendungen und Fernsehshows auf, BBC und CNN berichten. Nur Rogoff schweigt. Journalisten rufen ihn an, auch die ZEIT versucht, ihn zum Gespräch zu bewegen, Rogoff antwortet nicht, niemandem, wochenlang, monatelang. Seine Kollegen in Harvard sagen, es gehe ihm nicht gut. Er bekomme Hassmails aus aller Welt, die Leute werfen ihm vor, er sei schuld an Arbeitslosigkeit und Armut.

Am 20. Mai 2013, fünf Wochen nach dem Bekanntwerden von Excelgate, veröffentlicht der Internationale Währungsfonds einen Bericht zur Lage in Griechenland. Mehrere Tage lang waren die IWF-Experten durch das Land gereist.

Der Text liest sich wie ein Schuldeingeständnis. Man habe die Wirkung der Sparmaßnahmen falsch eingeschätzt, steht da. Die griechische Wirtschaft erlebe eine "viel tiefere Rezession als erwartet", mit "außergewöhnlich hoher Arbeitslosigkeit".

Von neuer Stärke ist in Griechenland nichts zu bemerken. Das Land hat fast ein Viertel seiner Wirtschaftskraft verloren. Der IWF räumt ein, künftig müsse man mehr Rücksicht auf die individuelle Situation eines Landes nehmen.

Rogoff schweigt noch immer.

Der Weg zu seinem Büro führt an der Statue von John Harvard vorbei, dem Mäzen einer Schule, aus der später die berühmte Universität hervorging. Am Sockel der Statue prangt das Wappen, das überall in den Fakultäten und Instituten hängt: drei offene Bücher, auf jedem eine Silbe des lateinischen Wortes *veritas*. Wahrheit.

Auf einem dunkelbraunen Plastikschild neben einer abgewetzten Holztür steht "Kenneth Rogoff". Es ist ein Tag in der vergangenen Woche. Die Tür ist verschlossen, seine Assistentin im Büro nebenan sagt, Rogoff sei nicht da. Man solle ihm doch noch einmal eine E-Mail schreiben.

Also ein letzter Versuch: Man stehe auf dem Campus der Uni, ob er nicht doch

reden wolle. Nach wenigen Minuten leuchtet Rogoffs Antwort im Posteingang auf. Eine Telefonnummer, ein Satz: "Rufen Sie mich an."

Es wird ein langes Telefonat, das erste Gespräch, das er mit einem Journalisten nach Bekanntwerden seines Fehlers führt.

Rogoff redet schnell, er ist aufgereggt, manchmal schreit er fast. Harte Wörter fallen. Er fühlt sich missverstanden.

Paul Ryan, der Republikaner? "Ich habe ihn nie unterstützt."

Der Sparkurs, für den er jetzt verantwortlich gemacht wird? "Wir haben ganz andere Positionen vertreten."

Rogoff verweist auf ein Interview mit der BBC, in dem er schon 2011 gesagt habe, dass die Sparpolitik in Südeuropa nicht durchzuhalten sei. Er erwähnt einen zweiten Aufsatz, den er und Reinhart im Jahr 2012 veröffentlicht hätten, darin hätten sie ihre Resultate erweitert – und eingeräumt, dass es keine 90-Prozent-Schwelle gebe, dass alles komplizierter sei. Schließlich sei es selbstverständlich, dass Wissenschaftler ihre Ergebnisse korrigieren, wenn sie neue Erkenntnisse haben.

Tatsächlich, man kann sie nachlesen, diese zweite Studie. Sie ist in einem Fachjournal erschienen, genau wie die erste, sie steht im Internet. Aber anders als die erste Studie hat sie die akademische Welt nie verlassen. Sie ist bei Rogoff geblieben, während die 90 hinausflog zu den Krisengipfeln und Parlamentsdebatten. Vielleicht liegt Rogoffs eigentlicher Fehler darin, dass er nicht versucht hat, die Zahl wieder einzufangen. Aus Scham. Oder aus Angst, seinen Ruf zu verlieren, den er am Ende doch nicht schützen konnte.

Es war, als ob die 90 Prozent eine Sehnsucht stillten. Die Sehnsucht nach einer Welt, in der es keinen Richtungsstreit, kein rechts oder links mehr gibt, sondern nur noch richtig und falsch, in der Politiker zu Ärzten werden, die, weltanschaulich neutral, ihre Therapien allein danach aussuchen, was hilft. Ärzte, die das höhenkranke Europa heilen.

Die Zahl ist weg. Die Krise ist noch da. Dafür hat Thomas Herndon, der Student, der nur eine Seminararbeit schreiben wollte, jetzt einen Wikipedia-Eintrag, in Amerika kommt er bei Google auf elf Millionen Treffer, fünfmal so viele wie sein Professor.

Mitarbeit: Ferry Batzoglou



Leistungsbilanz

die zusammenfassende statistische Gegenüberstellung aller Bewegungen von Waren (Handelsbilanz) und Dienstleistungen (Dienstleistungsbilanz), die in das Ausland geliefert werden bzw. vom Ausland bezogen werden, sowie die Erwerbs- und Vermögenseinkommen (z. B. Arbeitsentgelte, Kapitalerträge) sowie die Übertragungen (z. B. Heimatüberweisungen ausländischer Arbeitnehmer, Entwicklungshilfezahlungen). Des Weiteren werden Transportleistungen, Patent- und Lizenzgebühren sowie Ausgaben und Einnahmen aus dem Tourismus ausgewiesen. Unterbilanzen der Leistungsbilanz sind demnach die Handelsbilanz für den Warenverkehr (Außenhandel), die Dienstleistungsbilanz, die Bilanz der Erwerbs- und Vermögenseinkommen sowie die Bilanz der laufenden Übertragungen. Die Leistungsbilanz ist eine Teilbilanz der **Zahlungsbilanz** (siehe dort). Ein Leistungsbilanzdefizit deutet darauf hin, dass das betreffende Land mehr verbraucht als produziert, also Auslandsvermögen abbaut bzw. sich im Ausland verschuldet. Weist die Leistungsbilanz einen Überschuss aus, so bedeutet dies, dass das Land mehr produziert hat, als es selbst an eigenen und fremden Gütern nachfragt. Dieses Land wird Geldvermögen (Auslandsvermögen) bilden und mehr Deviseneinnahmen als -ausgaben erzielen.

Duden Wirtschaft von A bis Z: Grundlagenwissen für Schule und Studium, Beruf und Alltag. 6. Aufl. Mannheim: Bibliographisches Institut 2016. Lizenzausgabe Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2016.



[Startseite](#)
[Weblog](#)
[Themen](#)
[Lexikon](#)
[Akteure](#)
[Literatur](#)
[Über HaushaltsSteuerung.de](#)

Lexikon

- » [Fachbegriffe von A bis Z](#)
- » [Suchen nach Definitionen](#)
- » [Mithelfen](#)

NEWSLETTER

Der Newsletter informiert Sie u.a. über neue Artikel, Blog-Einträge und aktuelle Besucherstatistiken.

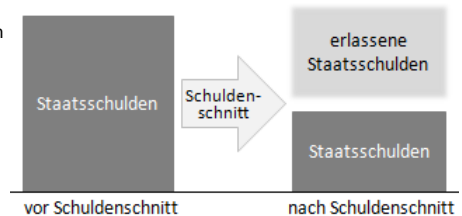
HaushaltsSteuerung.de » Lexikon » S » Schuldenschnitt

Lexikon zur öffentlichen Haushalts- und Finanzwirtschaft

A B C D E F G H I J K L M N O P Q R S T U V W X Y Z

Schuldenschnitt

Der Begriff des Schuldenschnitts (auch: Haircut) ist im Kontext der öffentlichen Finanzen definiert als ein teilweiser Schuldenerlass zugunsten eines sich in großen finanziellen Schwierigkeiten befindenden Staates. Es handelt sich bei einem Schuldenschnitt damit um eine radikale Form der Reduzierung des öffentlichen Schuldenstandes. Ein Schuldenschnitt wird i.d.R. dann in Erwägung gezogen, wenn davon ausgegangen wird, dass der Staat seinen Haushalt nicht aus eigener Kraft (d.h. insb. über das Erwirtschaften von Haushaltsüberschüssen) konsolidieren kann.



Der Schuldenschnitt ist ein letztes Mittel um einen quasi insolventen Staat wieder haushalts- und finanzpolitische Handlungsspielräume zu verschaffen. Ferner ist mit einem Schuldenschnitt die Erwartung verbunden, dass sich der jeweilige Staat dadurch dauerhaft saniert. Ein Schuldenschnitt erleichtert das Erreichen des Haushaltsausgleichs, da die Zinsausgaben vermindert werden.

Problematisch an einem Schuldenschnitt ist gleichwohl, dass die Kreditwürdigkeit des Staates dadurch langfristig negativ beeinflusst wird. So liegen der Notwendigkeit eines Schuldenschnitts i.d.R. gravierende strukturelle Probleme in dem jeweiligen Land zugrunde. Diese strukturellen Probleme werden nach einem Schuldenschnitt meist nicht beseitigt, da die Bevölkerung sowie die politischen Entscheidungsträger z.T. (bewusst oder unterbewusst) davon ausgehen, dass ihnen auch das nächste Mal wieder geholfen wird.

Aufgrund dessen, dass die Gläubiger des jeweiligen Staates (z.B. Sparer, Banken, andere Staaten) das geliehene Geld bei einem Schuldenschnitt nicht oder nicht in voller Höhe zurückgezahlt bekommen, mindert sich deren (Geld-)Vermögen. Dies kann u.a. zur Folge haben, dass sich die Kreditwürdigkeit der Gläubiger ebenfalls verringert.

Eine im Laufe der Geschichte häufig von Staaten angewendete Alternative zu einem Schuldenschnitt besteht z.B. im "Weginflationieren" der Schulden.

Siehe hierzu auch:

- Staatsverschuldung in der Europäischen Union (EU)
- Schuldenuhren zu den Staatsschulden der EU-Mitgliedsstaaten
- Schuldenuhr zur Staatsverschuldung der USA
- Staatsverschuldung in Deutschland (Bund, Länder, Kommunen)
- Aufsätze zum Thema "Haushaltskonsolidierung & Verschuldung"
- Vorträge/Präsentationen zum Thema "Haushaltskonsolidierung & Verschuldung"
- Blog-Einträge zum Thema "Verschuldung & Haushaltskonsolidierung"
- Blog-Einträge zum Thema "Schuldenfreie Kommunen"
- Blog-Einträge zum Thema "Nachhaltigkeitssatzungen & kommunale Schuldenbremsen"
- Zitate für Haushaltsreden zum Thema "Schulden | Staatsverschuldung"
- Zitate für Haushaltsreden zum Thema "Sparen | Haushaltskonsolidierung"

[More from The Economist](#)[My Subscription](#)[Subscribe](#)[Log in or register](#)**The
Economist**[World politics](#)[Business & finance](#)[Economics](#)[Science & technology](#)[Culture](#)[Blogs](#)[Debate](#)[Multimedia](#)[Print edition](#)**Interactive currency-comparison tool**

The Big Mac index

Global exchange rates, to go

JANUARY 17TH 2018, BY D.H. & R.L.W.

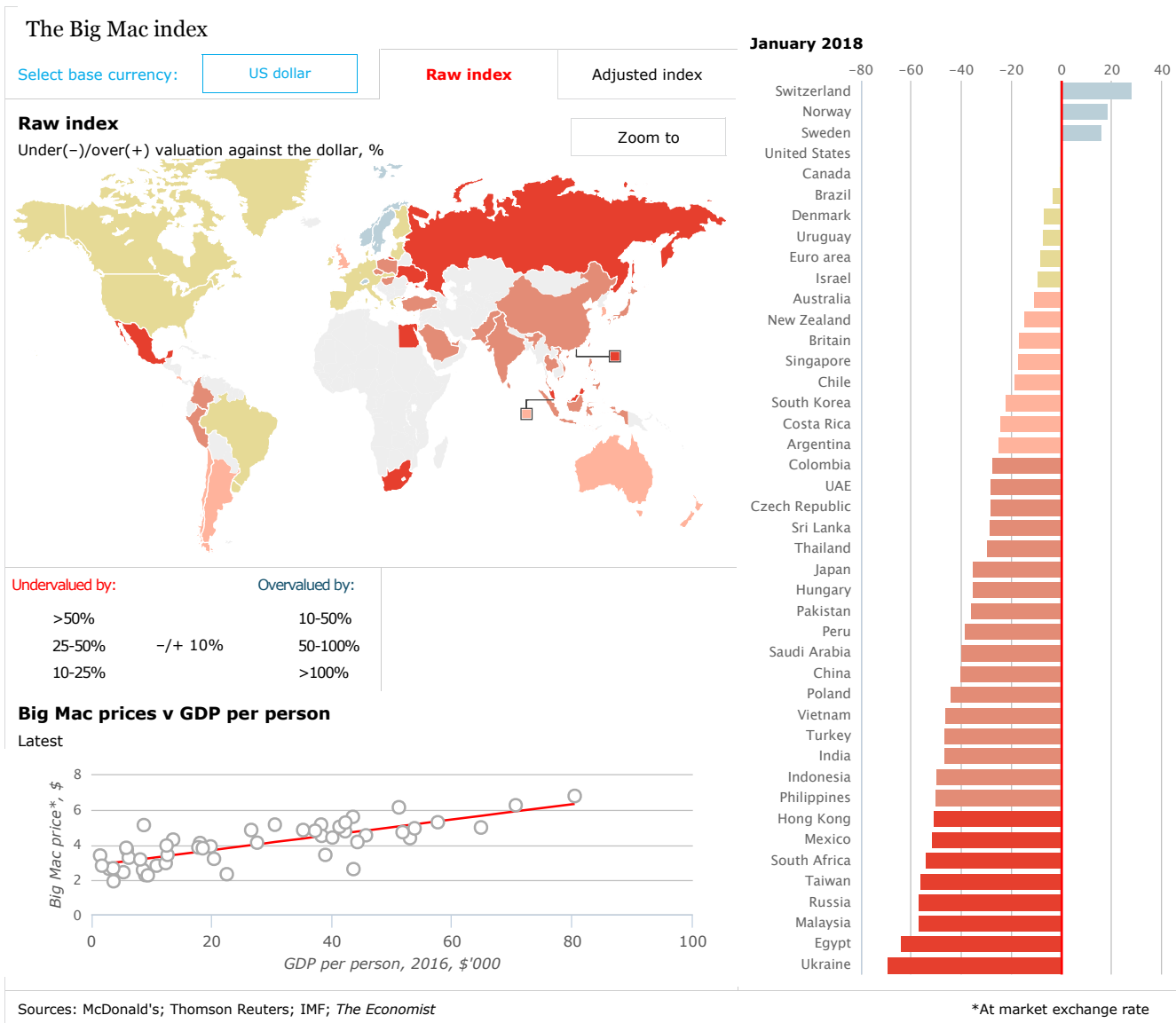
Like 54K

[Tweet](#)**HELP US TO IMPROVE OUR BIG MAC INDEX TOOL. TAKE OUR [SHORT SURVEY](#).**

THE Big Mac index was invented by *The Economist* in 1986 as a lighthearted guide to whether currencies are at their “correct” level. It is based on the theory of purchasing-power parity (PPP), the notion that in the long run exchange rates should move towards the rate that would equalise the prices of an identical basket of goods and services (in this case, a burger) in any two countries. For example, the average price of a Big Mac in America in January 2018 was \$5.28; in China it was only \$3.17 at market exchange rates. So the “raw” Big Mac index says that the yuan was undervalued by 40% at that time.

Burgernomics was never intended as a precise gauge of currency misalignment, merely a tool to make exchange-rate theory more digestible. Yet the Big Mac index has become a global standard, included in several economic textbooks and the subject of at least 20 academic studies. For those who take their fast food more seriously, we have also calculated a gourmet version of the index.

This adjusted index addresses the criticism that you would expect average burger prices to be cheaper in poor countries than in rich ones because labour costs are lower. PPP signals where exchange rates should be heading in the long run, as a country like China gets richer, but it says little about today's equilibrium rate. The relationship between prices and GDP per person may be a better guide to the current fair value of a currency. The adjusted index uses the “line of best fit” between Big Mac prices and GDP per person for 48 countries (plus the euro area). The difference between the price predicted by the red line for each country, given its income per person, and its actual price gives a supersized measure of currency under- and over-valuation.



User guide:

The 'select base currency' button allows you to choose from five base currencies: the yuan, the euro, the yen, sterling and the US dollar. You can also choose to see the index in its original 'raw' form, or adjusted for GDP per person. By default, the panel at the bottom displays a scatter chart plotting the local price of a Big Mac (expressed in the current base currency) against GDP per person in that country. Select individual points for details.

As you explore the map, the scatter chart will be replaced by a line chart plotting the highlighted country's under- or over-valuation against the current base currency over time. You can select a country on the map to 'freeze' it (with the exception of Internet Explorer), allowing you to mouse-over/tap the line chart and see detailed indicators for your selection over time. To 'unfreeze' the map, click/tap on the highlighted country again.

Read "Fundamentals now matter more in currency markets"; our January 2018 Big Mac index assessment [here](#).

HELP US TO IMPROVE OUR BIG MAC INDEX TOOL. TAKE OUR [SHORT SURVEY](#).



Download the [full data-set here](#)

Like 54K

Tweet

Share 3,693



Readers' comments

The Economist welcomes your views. Please stay on topic and be respectful of other readers. [Review our comments policy](#).

Der "Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union" hieß bis zum 30.11.2009 "Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft" und hatte eine abweichende Artikelabfolge. Die vorliegende, aktuelle Fassung beruht auf dem Lissabon-Vertrag.

Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union

Dritter Teil - Die internen Politiken und Maßnahmen der Union (Art. [26](#) - [197](#))

Titel VIII - Die Wirtschafts- und Währungspolitik (Art. [119](#) - [144](#))

Kapitel 4 - Besondere Bestimmungen für die Mitgliedstaaten, deren Währung der Euro ist (Art. [136](#) - [138](#))

Art. 136

(1) Im Hinblick auf das reibungslose Funktionieren der Wirtschafts- und Währungsunion erlässt der Rat für die Mitgliedstaaten, deren Währung der Euro ist, Maßnahmen nach den einschlägigen Bestimmungen der Verträge und dem entsprechenden Verfahren unter den in den Artikeln [121](#) und [126](#) genannten Verfahren, mit Ausnahme des in Artikel [126](#) Absatz 14 genannten Verfahrens, um

- a) die Koordinierung und Überwachung ihrer Haushaltsdisziplin zu verstärken,
- b) für diese Staaten Grundzüge der Wirtschaftspolitik auszuarbeiten, wobei darauf zu achten ist, dass diese mit den für die gesamte Union angenommenen Grundzügen der Wirtschaftspolitik vereinbar sind, und ihre Einhaltung zu überwachen.

(2) Bei den in Absatz 1 genannten Maßnahmen sind nur die Mitglieder des Rates stimmberechtigt, die die Mitgliedstaaten vertreten, deren Währung der Euro ist.

Die qualifizierte Mehrheit dieser Mitglieder bestimmt sich nach Artikel [238](#) Absatz 3 Buchstabe a.

(3) Die Mitgliedstaaten, deren Währung der Euro ist, können einen Stabilitätsmechanismus einrichten, der aktiviert wird, wenn dies unabdingbar ist, um die Stabilität des Euro-Währungsgebiets insgesamt zu wahren. Die Gewährung aller erforderlichen Finanzhilfen im Rahmen des Mechanismus wird strengen Auflagen unterliegen.

Fassung aufgrund des Beschlusses des Europäischen Rates vom 25. März 2011 zur Änderung des Artikels 136 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union hinsichtlich eines Stabilitätsmechanismus für die Mitgliedstaaten, deren Währung der Euro ist vom 25.03.2011 (ABl. EU L 91/1 vom 6.4.2011), in Kraft getreten am 01.05.2013.

Rechtsprechung zu Art. 136 AEUV

Einigung am Montagmorgen

10.05.2010 07:09 Uhr

EU spannt 750-Milliarden-Euro Rettungsschirm

Die Europäische Union hat zur Rettung kriselnder Euro-Mitglieder vor dem Staatsbankrott einen beispiellosen Rettungsschirm gespannt. Insgesamt 750 Milliarden Euro Kredite könnten im Notfall fließen, geknüpft an strenge Bedingungen zur Haushaltssanierung.

Nach gut zwölfstündigen Verhandlungen beschlossen die EU-Finanzminister am frühen Montagmorgen in Brüssel den Hilfsmechanismus, von dem gut ein Drittel vom Internationalen Währungsfonds (IWF) stammt. „Das zeigt, dass wir den Euro verteidigen werden, koste es, was es wolle“, sagte Währungskommissar Olli Rehn. „Es gibt ganz klar ein systemisches Risiko und eine Bedrohung für die finanzielle Stabilität von Eurozone und EU, es handelt sich nicht nur um eine Attacke auf einzelne Länder.“

Die EU will mit diesem einmaligen Schritt das Vertrauen in den angeschlagenen Euro stärken und gerüstet sein, sollte die griechische Schuldenkrise auf andere Euro-Länder wie Spanien oder Portugal überschwapen. Beide Länder sagten einen strikteren Sparkurs zu, über den sie am 18. Mai berichten wollten.

Das Hilffssystem der EU ist gestützt auf vier Säulen: Bis zu 60 Milliarden Euro Kredite sollen von der EU-Kommission kommen, ähnlich der Zahlungsbilanzhilfen für schwächelnde Nicht-Euro-Länder wie Ungarn, Lettland und Rumänien.

Sollten die 60 Milliarden Euro nicht ausreichen, kommen dazu bilaterale Garantien der Euro-Staaten von insgesamt bis zu 440 Milliarden Euro. Bis zu 123,2 Milliarden Euro kämen von Deutschland, würde der gleiche Verteilungsschlüssel wie zur Rettung Griechenlands angewandt. Deutschland habe stundenlang auf bilateralen Krediten beharrt und dem System der Garantien erst zugestimmt, als die Gründung einer eigenen Zweckgesellschaft beschlossen wurde.

Die genaue Ausgestaltung dieser Zweckgesellschaft („Special Purpose Vehicle“) werde noch „in den nächsten Tagen“ festgezurrt, sagte Bundesinnenminister Thomas de Maizière. Damit soll auch die so genannte „No-Bailout-Klausel“ (in etwa: „Kein-Herauskaufen“) im EU-Vertrag umgangen werden, die es verbietet, dass ein Euro-Land für die Schulden eines anderen einstehen darf. Zusätzlich zu den 500 Milliarden Euro der Europäer kommen nochmals bis zu 250 Milliarden Euro vom IWF. Der IWF ist bereits mit 30 Milliarden Euro Krediten für den schwer angeschlagenen Schuldensünder Griechenland mit im Boot.

Auch die Europäische Zentralbank (EZB) teilte noch in der Nacht mit, einen Beitrag leisten zu wollen und auf den Finanzmärkten wo nötig zu intervenieren.

Die von der Kommission zuvor vorgeschlagenen Garantien der Euro-Länder für von der Kommission für das jeweilige Schuldenland aufgenommene Kredite seien von Deutschland und den Niederlanden abgelehnt worden, sagten Diplomaten. Die beiden Länder hätten sich gegen die zentrale Stellung der Brüsseler EU-Behörde bei der Rettungsaktion gewehrt. Die Kommission hätte mit ihrer guten Bonität die Kredite zinsgünstig aufgenommen, von Euro-Staaten verbürgen lassen und dann an Krisenstaaten mit Aufschlag weitergereicht.

De Maizière verteidigte die deutsche Haltung. „Garantien gelten auf den ersten Blick als vielleicht nicht so gewichtig wie Kredite“, sagte er, „Aber Garantien aufgenommen durch die Europäische Union (...) wären der Einstieg in eine Transfer-Union geworden und das hätten wir nicht mitgemacht.“ De Maizière vertrat in Brüssel den erkrankten Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble, der am Abend wegen einer Medikamenten-Unverträglichkeit in einer Brüsseler Krankenhaus gebracht worden war. Es gehe Schäuble „sehr viel besser“, sagte de Maizière.

Der seit einem Attentat im Rollstuhl sitzende Schäuble hat sich nach einer Routine-Operation vor Ostern nicht vollständig erholt. Dem 67-Jährigen ging es am Abend zwar verhältnismäßig gut, er sollte dennoch über Nacht zur Beobachtung in der Klinik bleiben.

Ebenfalls am Sonntag telefonierte US-Präsident Barack Obama mit Bundeskanzlerin Angela Merkel, die danach die zuständigen Bundesminister zu einer Sitzung im Kanzleramt zusammenrief. Nach dem rund einstündigen Treffen wollte sich keiner der Teilnehmer äußern.

Beobachter werfen Deutschland seit Wochen einen Verzögerungskurs vor. Der Euro ist wegen der griechischen Schuldenkrise massiv unter Druck geraten und hat gegenüber dem Dollar erheblich an Wert eingebüßt. Erst am Freitag hatten die EU-Staats- und Regierungschefs ein einmaliges, 110 Milliarden Euro schweres Rettungspaket für Griechenland beschlossen, um das Land vor der Pleite zu retten. (dpa)

Mehr Politik? Jetzt E-Paper testen + 50 % sparen!

Euro-Finanzminister

22.01.2018 22:40 Uhr

Athen erhält weitere 6,7 Milliarden Euro

6,7 Milliarden Euro bekommt Griechenland als weitere Hilfe. Das beschlossen die Euro-Finanzminister am Montag.



Der Eurogruppen-Vorsitzende Mario Centeno (l), und EZB-Präsident Mario Draghi am Montag in Brüssel. FOTO: GEERT VANDEN WUNGAERT/AP/DPA

Die Euro-Finanzminister haben weiteren Hilfsmilliarden für das hoch verschuldete Griechenland zugestimmt. Das Land habe nahezu alle bis hierher vereinbarten Spar- und Reformmaßnahmen umgesetzt, erklärte **der neue Eurogruppen-Vorsitzende Mario Centeno** nach dem Treffen der Finanzminister des gemeinsamen Währungsgebiets am Montagabend in Brüssel. Unter der Voraussetzung, dass die letzten Schritte noch vollzogen werden, sollten demnach ab Februar rund 6,7 Milliarden Euro bereitgestellt werden. Damit sollten unter anderem ausstehende Rückstände beglichen werden. Außerdem sollten Finanzpuffer für Athens Rückkehr an die Märkte aufgebaut werden.

Griechenland ist seit 2010 auf internationale Finanzhilfen angewiesen. Im Gegenzug muss das Land zahlreiche einschneidende Spar- und Reformmaßnahmen umsetzen. Im derzeit laufenden dritten Hilfsprogramm stehen bis 20. August 2018 bis zu 86 Milliarden Euro bereit. Das Wirtschaftswachstum hatte zuletzt wieder leicht angezogen, Experten gehen davon aus, dass Griechenland nicht die gesamte Kreditsumme benötigen wird.

Athen hatte zahlreichen Reformen zugestimmt

Das Parlament in Athen hatte zuletzt ein großes Bündel an Reformen gebilligt. Unter anderem ist darin eine Einschränkung des Streikrechts vorgesehen. Die Euro-Finanzminister mahnten Griechenland nun, vor allem bei den Privatisierungen weiter Tempo zu machen. Athen peilte zuletzt an, nach der Verpachtung der zwei größten Häfen Piräus und Thessaloniki weitere wichtige Hafenanlagen zu privatisieren. Trotz der jahrelangen Reformbemühungen weist Griechenland nach wie vor mit rund 180 Prozent der Wirtschaftsleistung die mit Abstand höchste Verschuldung der Euro-Staaten auf.

In den kommenden Monaten dürfte vor allem die Frage nach einem reibungslosen Ende des griechischen Hilfsprogramms im August in den Mittelpunkt rücken. Nach dessen Abschluss will das Land wieder auf eigenen Beinen stehen und sich selbst finanzieren können. In diesem Zusammenhang dürfte auch die Debatte um mögliche Schuldenerleichterungen noch einmal an Bedeutung gewinnen.

Mehr zum Thema



Mário Centeno

Euro-Gruppenchef dringt auf schnelle Reform der Euro-Zone

Von Carla Neuhaus

„2018 wird für Griechenland ein entscheidendes Jahr werden“, meinte EU-Wirtschaftskommissar Pierre Moscovici. Die lange Zeit der Abhängigkeit von Finanzhilfen nähere sich dem Ende. „Die griechische Wirtschaft ist jetzt widerstandsfähiger.“ (dpa)

Mehr Wirtschaft? Jetzt E-Paper testen + 50 % sparen!

Antrag

des Bundesministeriums der Finanzen

Stabilitätshilfe zugunsten Griechenlands

hier: Einholung eines zustimmenden Beschlusses des Deutschen Bundestages, der Hellenischen Republik Stabilitätshilfe in Form einer Finanzhilfefazilität zu gewähren sowie zur Vereinbarung über ein Memorandum of Understanding zwischen der Hellenischen Republik und dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM)

Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen – 2015/0718353 – vom 17. August 2015

Anlagen: 18 (jeweils Original und deutsche Arbeitsübersetzung)

Anlage 1	Erklärung der Eurogruppe vom 14. August 2015
Anlage 1 a	– deutsche Arbeitsübersetzung –
Anlage 2	Memorandum of Understanding
Anlage 2 a	– deutsche Arbeitsübersetzung –
Anlage 3	Bericht der Institutionen zur Umsetzung der Vorabmaßnahmen (Prior Actions)
Anlage 3 a	– deutsche Arbeitsübersetzung –
Anlage 4	Schuldentragfähigkeitsanalyse
Anlage 4 a	– deutsche Arbeitsübersetzung –
Anlage 5	Analyse des Finanzbedarfs
Anlage 5 a	– deutsche Arbeitsübersetzung –
Anlage 6*	Vorschlag für eine Vereinbarung über eine Finanzhilfefazilität
Anlage 6 a*	– deutsche Arbeitsübersetzung –
Anlage 7*	Vereinbarung über eine Finanzhilfefazilität
Anlage 7 a*	– deutsche Sprachfassung –
Anlage 8*	Vorschlag für die Konditionen der ersten Tranche
Anlage 8 a*	– deutsche Arbeitsübersetzung –
Anlage 9	Erklärung des Internationalen Währungsfonds (IWF)
Anlage 9 a	– deutsche Arbeitsübersetzung –

* Das Bundesministerium der Finanzen hat die Anlagen 6/6 a, 7/7 a und 8/8 a als VS – Nur für den Dienstgebrauch eingestuft. Von einer Veröffentlichung in einer Bundestagsdrucksache wird daher abgesehen. Die Anlagen sind in der bundestagsinternen EuDoX-Datenbank hinterlegt und können dort vom berechtigten Nutzerkreis eingesehen werden.

Der Bundestag wolle beschließen:

Das Bundesministerium der Finanzen beantragt mit diesem Schreiben die Zustimmung des Deutschen Bundestages

1. gemäß § 4 Absatz 1 Nummer 2 des ESM-Finanzierungsgesetzes (ESMFinG), eine Vereinbarung über eine Finanzhilfefazilität mit Griechenland nach Artikel 13 Absatz 3 Satz 3 ESM-Vertrag anzunehmen sowie einem entsprechenden Memorandum of Understanding nach Artikel 13 Absatz 4 ESM-Vertrag zuzustimmen;
2. der Auszahlung der ersten Tranche der Finanzhilfe an Griechenland in Höhe von 26 Mrd. Euro zuzustimmen.

Ein zustimmender Beschluss des Deutschen Bundestages zu diesem Antrag würde es dem Vertreter der Bundesregierung im Gouverneursrat des ESM ermöglichen, dem in Anlage 6 beigefügten Vorschlag des Geschäftsführenden Direktors des ESM für eine Vereinbarung über eine Finanzhilfefazilität zwischen Griechenland und dem ESM nach Artikel 13 Absatz 3 Satz 3 ESM-Vertrag sowie dem in Anlage 2 beigefügten Memorandum of Understanding nach Artikel 13 Absatz 4 ESM-Vertrag, konkretisiert bzw. ergänzt durch die Eurogruppenerklärung in Anlage 1, zuzustimmen. Darüber hinaus würde ein zustimmender Beschluss des Deutschen Bundestages zu dem o. g. Antrag den Vertreter der Bundesregierung im Direktorium des ESM ermächtigen, dem in Anlage 7 beigefügten Entwurf für eine Vereinbarung über eine Finanzhilfefazilität sowie der Auszahlung der ersten Tranche der Finanzhilfe an Griechenland in Höhe von 26 Mrd. Euro auf Basis der in Anlage 8 beigefügten Konditionen zuzustimmen.

Die Beschlussfassung des ESM-Gouverneursrats und des ESM-Direktoriums ist derzeit für den 19. August 2015, 19:00 Uhr, vorgesehen.

Begründung

Mit Zustimmung des Deutschen Bundestages mit seinem Beschluss vom 17. Juli 2015 wurde den europäischen Institutionen zusammen mit dem IWF ein Mandat erteilt, mit Griechenland eine Vereinbarung für eine spezifische wirtschaftliche Konditionalität (Memorandum of Understanding) zu einem neuen makroökonomischen Anpassungsprogramm auszuhandeln.

Die Verhandlungen hierzu wurden am 11. August 2015 abgeschlossen. Die Finanzministerinnen und Finanzminister der Eurozone (Eurogruppe) haben den ausgehandelten Entwurf einer Vereinbarung zwischen Griechenland und den europäischen Institutionen bei ihrem Treffen am 14. August 2015 geprüft und durch eine Erklärung konkretisiert bzw. ergänzt. Die damit erzielte Vereinbarung entspricht den Zielen und Eckpunkten, die die Staats- und Regierungschefs der Eurozone auf dem Eurogipfel am 12. Juli 2015 als Voraussetzungen für ein neues, drittes Programm formuliert haben und die Grundlage des Beschlusses des Deutschen Bundestages vom 17. Juli 2015 waren. Diese Vereinbarung bildet einen umfassenden Rahmen, um die griechische Wirtschaft auf einen tragfähigen Pfad führen zu können.

Die Eurogruppe ist bei ihrem Treffen am 14. August 2015 übereingekommen, dass auf Basis des Verhandlungsergebnisses sowie der in der Eurogruppe erzielten Übereinkunft alle notwendigen Voraussetzungen vorliegen, um den nationalen Parlamenten vorzuschlagen, einer Vereinbarung mit Griechenland über ein neues Programm des ESM zuzustimmen (vgl. Anlage 1 und Anlage 1 a). Die Bundesregierung teilt die Bewertung der Eurogruppe, darunter die Einschätzung, dass das weitere Engagement des IWF für unabdingbar erachtet wird.

Im Einzelnen:

a) Vereinbarte Konditionalität (Memorandum of Understanding)

Die zwischen Griechenland und den Institutionen vereinbarte Konditionalität wurde in einem Memorandum of Understanding festgelegt (vgl. Anlage 2 und Anlage 2 a). Die Ziele des im Memorandum of Understanding festgelegten Maßnahmenpakets sind die Wiederherstellung der Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen, die Wahrung der Finanzstabilität, die Förderung von Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung und Investitionen sowie die Reform der öffentlichen Verwaltung. Um diese Ziele zu erreichen, basiert das makroökonomische Anpassungsprogramm – nach den Vorgaben des Eurogipfels vom 12. Juli 2015 – auf Reformvorhaben zur Konsolidierung des Staatshaushalts, zur Absicherung der Finanzstabilität, zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und zur Steigerung der Effizienz der öffentlichen Verwaltung.

Für den griechischen Staatshaushalt wird dabei ein Ziel für den Primärsaldo (Haushaltssaldo ohne Zinsaufwendungen) von -0,25 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) im Jahr 2015, +0,5 Prozent des BIP im Jahr 2016, +1,75 Prozent des BIP im Jahr 2017 und +3,5 Prozent des BIP ab dem Jahr 2018 verankert.

Die Finanzministerinnen und Finanzminister der Eurozone haben ergänzend zu der im Memorandum of Understanding vereinbarten Konditionalität hervorgehoben und vereinbart:

- Im Bankensektor wird infolge der Ergebnisse des geplanten Stresstests und der Überprüfung der Qualität der Vermögenswerte im Falle von erforderlichen Rekapitalisierungen das Instrument zur Beteiligung von vorrangigen Anleihegläubigern („bail in“) angewendet, während die Heranziehung von Einlagen ausgeschlossen bleiben soll.
- Für den Bereich der Strukturreformen wird betont, dass die vereinbarte Konditionalität entsprechend den Forderungen des IWF (vgl. Anlage 9 und Anlage 9 a) insbesondere in den Bereichen Pensionsreformen und Stärkung des Finanzsektors prioritär und in Abstimmung mit den drei Institutionen weiter ausgearbeitet und konkretisiert werden muss.
- Eine signifikant gestärkte Privatisierungsstrategie soll ein wichtiger Eckpunkt des Programms werden. Über die Vereinbarung im Memorandum of Understanding hinaus erwartet die Eurogruppe von der griechischen Regierung, dass bis zum Ende des Jahres 2015 ein unabhängiger Privatisierungsfonds unter der Aufsicht der relevanten europäischen Institutionen gegründet wird. Der Plan hierzu soll bis Ende Oktober 2015 von der griechischen Regierung gebilligt werden. Die Gesetzgebung hierzu wird mit den europäischen Institutionen abgestimmt. Die Aufgabe des Fonds wird sein, werthaltige Vermögenswerte während der Laufzeit des Programms in den Fonds zu transferieren, um diese im Wert zu entwickeln und anschließend zu privatisieren und dadurch zur Schuldenreduzierung beizutragen. Die Werthaltigkeit des Fonds wird damit durch die Anteile am rekapitalisierten Bankensektor gestärkt. Dies dient zugleich der Verbesserung der „Governance“ im Bankensektor.

b) Umsetzung von Vorabmaßnahmen (Prior Actions)

Das Memorandum of Understanding enthält eine Reihe von Prior Actions, die von Griechenland vor Freigabe der ersten Tranche zu beschließen waren. Diese beinhalten Maßnahmen in den Bereichen Haushalt, Steuerverwaltung, Renten, Gesundheit, Wettbewerb auf den Produktmärkten (inklusive Energiemärkte), regulierte Berufe und Insolvenzverfahren sowie die Rücknahme einiger von der griechischen Regierung einseitig umgesetzter Maßnahmen, die den bisherigen Programmzielen zuwiderliefen. Die Eurogruppe hat sich die positive Bewertung der Umsetzung der Prior Actions durch Institutionen zu eigen gemacht (vgl. Anlagen 3 und 3 a). Damit wird

ein wichtiger Beitrag für den schrittweisen Wiederaufbau von Vertrauen geleistet. Die griechische Regierung hat sich verpflichtet, bis September Folgemaßnahmen zu den Prior Actions vorzunehmen, einschließlich der Insolvenzordnung für Haushalte entsprechend den Vereinbarungen mit den Institutionen.

c) **Schuldenragfähigkeit**

Für die Tragfähigkeit der griechischen Staatsverschuldung wird in dem Bericht (vgl. Anlage 4 und Anlage 4 a) der Europäischen Kommission im Benehmen mit der Europäischen Zentralbank (EZB) festgehalten, dass seit Ende des letzten Jahres erheblich nachlassende Reformbemühungen und Rücknahmen früherer Reformen sowie ein allgemeines Klima der Unsicherheit zu einer deutlichen Verschlechterung des Wirtschaftswachstums und der Haushaltslage und somit der Schuldenragfähigkeit geführt haben.

Vor diesem Hintergrund prognostiziert die Europäische Kommission in einem Basisszenario, dass der Schuldenstand Griechenlands von 196 Prozent des BIP im Jahr 2015 auf 201 Prozent im Jahr 2016 steigt und danach auf 175 Prozent im Jahr 2020 und 160 Prozent im Jahr 2022 fällt. In einem Risikoszenario geht die Europäische Kommission von einem Schuldenstand von 199 Prozent im Jahr 2015, 207 Prozent im Jahr 2016, 186 Prozent im Jahr 2020 und 174 Prozent des BIP im Jahr 2022 aus. Die aus der vorliegenden Analyse hervorgehende hohe Schuldenquote und der Bruttofinanzierungsbedarf geben laut Europäischer Kommission Anlass zu ernsthafter Besorgnis im Hinblick über die Tragfähigkeit der griechischen Staatsverschuldung.

Die Europäische Kommission unterstreicht daher die Bedeutung eines weitreichenden und glaubwürdigen Reformprogramms und eines klaren Bekenntnisses zur Reformverantwortung seitens der griechischen Regierung für die Verbesserung der Schuldenragfähigkeit. Zudem erklärt die Europäische Kommission, dass der verschlechterten Schuldenragfähigkeit zusätzlich durch Maßnahmen zur Schuldenerleichterung, die unter angemessenen Auflagen gewährt würden, Rechnung getragen werden sollte. Nach Analyse der Europäischen Kommission würde es eine angemessene Kombination von schuldenreichternden Maßnahmen (z. B. Verlängerung der Laufzeiten und der tilgungsfreien Zeiten) ermöglichen, dass die griechischen Staatsschulden in Bezug auf den Bruttofinanzierungsbedarf wieder ein tragfähiges Niveau erreichen, ohne dass ein nominaler Schuldenschnitt erforderlich wäre, sofern das Reformprogramm glaubwürdig umgesetzt würde.

Der IWF hat in seiner Erklärung (Anlage 9 und Anlage 9 a) darauf hingewiesen, dass die Schuldenragfähigkeit Griechenlands zurzeit nicht gegeben sei und aus seiner Sicht nur über erhebliche Schuldenerleichterungen hergestellt werden könne.

Entsprechend den Vorgaben des Eurogipfels vom 12. Juli 2015 steht die Eurogruppe daher nach dem erfolgreichen Abschluss der ersten Programmüberprüfung bereit, falls notwendig, mögliche zusätzliche Maßnahmen zu erwägen, um den Bruttofinanzierungsbedarf Griechenlands auf einem tragfähigen Niveau zu halten. Ein nominaler Schuldenschnitt bleibt dabei ausgeschlossen. Diese Maßnahmen stünden unter dem Vorbehalt einer vollständigen Programmumsetzung.

d) **Finanzierungsbedarf, Umfang der Finanzhilfe und Konditionen des Darlehens**

Der noch nicht gedeckte Finanzierungsbedarf Griechenlands in der Programmperiode (August 2015 bis August 2018) wird nach Schätzung der vier Institutionen Europäische Kommission, EZB, IWF und ESM bis zu 86 Mrd. Euro betragen (vgl. Anlage 5 und Anlage 5 a). Hiervon werden rd. 54,1 Mrd. Euro für den Schuldendienst, rd. 7 Mrd. Euro für den Abbau von Zahlungsrückständen, 7,6 Mrd. Euro zum Aufbau von Reserven und bis zu 25 Mrd. Euro für die Rekapitalisierung von Banken benötigt. Bedarfsmindernd sind nach Schätzung der Institutionen im Zeitraum bis

Auf Arbeitsebene vereinbarter Entwurf - 11. August 2015

Griechenland

Memorandum of Understanding für ein dreijähriges ESM-Programm

1. Ausblick und Strategie

Griechenland hat seine europäischen Partner um Unterstützung ersucht, um zu nachhaltigem Wachstum zurückzukehren, Arbeitsplätze zu schaffen, Ungleichheiten abzubauen und die Risiken für seine eigene und die Finanzstabilität des Euro-Währungsgebiets aktiv anzugehen. Dieses Memorandum of Understanding (MoU) wurde anlässlich eines Ersuchens um Stabilitätshilfe in Form eines Darlehens mit einem Bereitstellungszeitraum von drei Jahren der Hellenischen Republik an den Vorsitz des Gouverneursrats des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) vom 8. Juli 2015 ausgearbeitet. In Übereinstimmung mit Artikel 13 Absatz 3 ESM-Vertrag sind in ihm die Auflagen im Einzelnen aufgeführt, die mit der den Zeitraum 2015 bis 2018 abdeckenden Finanzhilfefazilität verbunden sind. Die Auflagen werden vierteljährlich aktualisiert, wobei die im vorangegangenen Vierteljahr erzielten Reformfortschritte berücksichtigt werden. In jeder Überprüfung werden die konkreten politischen Maßnahmen und anderen Instrumente zur Verwirklichung der hier skizzierten allgemeinen Ziele in allen Einzelheiten und mit Zeitplan umfassend präzisiert.

Notwendige Vorbedingung für den Erfolg ist die Identifikation der griechischen Behörden mit dem Programm der Reformagenda. Die Regierung ist daher bereit, die Maßnahmen zu ergreifen, die im Falle geänderter Umstände hierfür gegebenenfalls erforderlich werden. Die Regierung verpflichtet sich, alle zur Verwirklichung der Ziele des Memorandum of Understanding erheblichen Maßnahmen mit der Europäischen Kommission, der Europäischen Zentralbank und dem Internationalen Währungsfonds zu beraten und zu vereinbaren, bevor sie ausgearbeitet und rechtsgültig verabschiedet werden.

In der Konsolidierungsstrategie wurde der Notwendigkeit sozialer Gerechtigkeit und Fairness innerhalb der und zwischen den Generationen Rechnung getragen.

Fiskalische Zwänge haben schwierige Entscheidungen erforderlich gemacht. Daher ist es wichtig, dass die Last der Anpassung von allen Teilen der Gesellschaft getragen und die finanzielle Leistungsfähigkeit berücksichtigt wird. Der Schwerpunkt wurde auf Maßnahmen zur Bekämpfung der Steuervermeidung, des Steuerbetrugs und der strategischen Säumigkeit gelegt, da durch diese Praktiken ehrliche Bürger und Unternehmen belastet werden, die ihre Steuern und Darlehen fristgerecht zahlen. Mit Produktmarktreformen sollen die Gewinne unterbunden werden, die Gruppen mit althergebrachten Ansprüchen zufließen, denn durch höhere Preise unterminieren diese das verfügbare Einkommen von Verbrauchern und schaden der Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen. Bei den Rentenreformen liegt der Fokus auf Maßnahmen zur Beseitigung von Befreiungen und

Abschaffung der Frühverrentung. Die Behörden werden in enger Zusammenarbeit mit den europäischen Partnern Maßnahmen zur Schaffung von 50.000 neuen Arbeitsplätzen insbesondere für Langzeitarbeitslose einleiten, um die Menschen wieder in Arbeit zu bringen und die Zementierung von Langzeitarbeitslosigkeit zu verhindern. Eine gerechtere Gesellschaft setzt voraus, dass Griechenland die Struktur seines Sozialsystems verbessert, so dass ein echtes soziales Sicherungssystem vorhanden ist, das die knappen Mittel denen zukommen lässt, die sie am dringendsten benötigen. Die Behörden beabsichtigen, verfügbare technische Hilfe internationaler Organisationen bei Maßnahmen in Anspruch zu nehmen, mit denen alle (auch die unversicherten Personen) Zugang zur Gesundheitsversorgung erhalten, und ein Basissystem der sozialen Sicherung in Form eines garantierten Mindesteinkommens (Guaranteed Minimum Income; GMI) einzuführen.

Die Umsetzung der Reformagenda wird die Grundlage für eine nachhaltige Erholung schaffen und die Maßnahmen sind vier Säulen zuzuordnen:

- Wiederherstellung der Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen (Abschnitt 2). Griechenland strebt einen mittelfristigen Primärüberschuss von 3,5 % des BIP an, der erzielt werden soll mit einer Kombination aus unmittelbaren parametrischen Haushaltsreformen, auch betreffend sein Umsatzsteuer- und Rentensystem, die durch ein ehrgeiziges Programm zur Verbesserung der Steuerehrlichkeit und der öffentlichen Haushaltsführung sowie zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung unterstützt werden, wobei ein angemessener Schutz von Randgruppen sichergestellt wird.
- Sicherung der Finanzstabilität (Abschnitt 3). Griechenland wird unverzüglich Schritte bezüglich der notleidenden Kredite (Non-Performing Loans; NPLs) unternehmen. Ein Verfahren der Banken-Rekapitalisierung, das von Begleitmaßnahmen zur Stärkung der *Governance* des Hellenischen Finanzstabilisierungsfonds (Hellenic Financial Stability Fund; HFSF) sowie von Banken flankiert ist, sollte vor Ende 2015 abgeschlossen sein.
- Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Investitionstätigkeit (Abschnitt 4): Griechenland wird ein breites Spektrum an Reformen in den Arbeits- und Produktmärkten (einschließlich des Energiemarkts) ausarbeiten und umsetzen, die nicht nur die EU-Vorgaben uneingeschränkt erfüllen, sondern auch das Erreichen europäischer bewährter Verfahren zum Ziel haben. Ein ambitioniertes Privatisierungsprogramm und Maßnahmen zur Investitionsförderung sind vorgesehen.
- Ein moderner Staat und eine moderne öffentliche Verwaltung (Abschnitt 5) sollten ein zentraler Schwerpunkt des Programms ein. Besondere Aufmerksamkeit sollte darauf gelegt werden, die Effizienz des öffentlichen Sektors bei der Bereitstellung unentbehrlicher öffentlicher Güter und Dienste zu steigern. Maßnahmen werden ergriffen, um die Effizienz des Rechtssystems zu verbessern und die Korruptionsbekämpfung auszubauen. Durch Reformen werden die institutionelle und die operationelle Unabhängigkeit wichtiger Institutionen, wie beispielsweise der Finanzverwaltung und der Statistikbehörde ELSTAT, gestärkt.

Notwendige Vorbedingung für den Erfolg ist die tragfähige Umsetzung vereinbarter Maßnahmen über viele Jahre hinweg. Hierzu ist politischer Wille erforderlich, aber auch die fachliche Fähigkeit der griechischen Verwaltung zur Bewältigung ihrer Aufgaben. Die Behörden haben sich verpflichtet, die verfügbare technische Hilfe umfassend zu nutzen, die auf europäischer Seite vom neuen Dienst zur Unterstützung von Strukturreformen (Structural Reform Support Service; SRSS) der Europäischen Kommission koordiniert wird. Technische Hilfe steht bereits für einige zentrale Reformzusagen bereit, darunter die Steuerpolitik, die Reform der Steuerverwaltung, die Überprüfung der Sozialfürsorge und die Modernisierung des Rechtssystems. Die Behörden sind bestrebt, bereits vorhandene Projekte für technische Hilfe rasch auszubauen, um Reformen zu unterstützen wie die OECD-Wettbewerbsbewertung, die Weltbank-Investmentlizenzierung (*World Bank investment licensing*), das Gesundheitswesen, die Überarbeitung der Einkommensteuer, die Unabhängigkeit der Steuerbehörden, den Abgleich und die Beitreibung von Sozialversicherungs- und Steuerschulden und die Reform der öffentlichen Verwaltung. In Betracht kommt zudem die Einrichtung von Projekten für technische Hilfe in Bereichen wie Energiepolitik, Arbeitsmarktmaßnahmen, darunter das Vorgehen gegen nicht angemeldete Erwerbstätigkeit, und Kodifizierung der griechischen Gesetzessammlung. Die griechischen Behörden werden bis Ende September 2015 einen mittelfristigen Plan für technische Hilfe mit der Europäischen Kommission fertigstellen.

Griechenland muss auf die vereinbarte Konsolidierungsstrategie aufbauen und eine echte Wachstumsstrategie entwickeln, mit der Griechenland sich identifiziert und die unter griechischer Führung steht. Hierbei sollte den in diesem MoU enthaltenen Reformen, maßgeblichen Initiativen der Europäischen Union, der Partnerschaftsvereinbarung für die Umsetzung des einzelstaatlichen strategischen Rahmenplans (National Strategic Reference Framework; NSRF) und anderen bewährten Verfahren Rechnung getragen werden. Griechenland muss von den erheblichen Mitteln in vollem Umfang profitieren, die der EU-Haushalt und die EIB zur Unterstützung von Investitionen und Reformanstrengungen zur Verfügung stellen. Im Zeitraum 2007-2013 standen Griechenland Zuschüsse aus EU-Programmen in Höhe von 38 Mrd. EUR zu, und es sollte von den derzeit verbleibenden Beträgen aus diesem Paket profitieren. Im Zeitraum 2014-2020 stehen Griechenland aus EU-Mitteln über 35 Mrd. EUR zu. Um eine möglichst umfassende Inanspruchnahme zu erzielen, wird der Investitionsplan für Europa der Europäischen Kommission eine zusätzliche Investitionsquelle sowie technische Hilfe für öffentliche und private Investoren zwecks Ermittlung, Förderung und Entwicklung hochwertiger und durchführbarer Finanzierungsprojekte bereitstellen. Die griechischen Behörden können technische Hilfe zur Weiterentwicklung der Wachstumsstrategie anfordern, die unter anderem auf die Schaffung eines attraktiveren Geschäftsumfelds, die Verbesserung des Bildungssystems und den Ausbau des Humankapitals durch berufliche Aus- und Weiterbildung, die Förderung von Forschung und Entwicklung sowie von Innovation zielen könnte. Hilfreich könnte zudem die Ausarbeitung sektoraler Prioritäten in Bereichen wie Tourismus, Transport und Logistik sowie Agrikultur sein. Die Behörden streben die Fertigstellung der Wachstumsstrategie bis März 2016 in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern, Wissenschaftlern und internationalen Organisationen an. Mit der Strategie sollte zudem die Notwendigkeit der Koordinierung der ehrgeizigen Reformagenda, der Stärkung des vorhandenen Generalsekretariats für Koordinierung und gegebenenfalls der Einbindung von Organisationen, die den Privatsektor repräsentieren, angegangen werden.

Gesetzentwurf

der Fraktionen der CDU/CSU und SPD

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung eines Maßnahmenpakets zur Stabilisierung des Finanzmarktes (Finanzmarktstabilisierungsgesetz – FMStG)

A. Problem und Ziel

Die seit einem Jahr bestehenden Spannungen auf den Finanzmärkten haben sich in den letzten Wochen dramatisch verschärft und zu weltweiten Turbulenzen geführt. Deutschland konnte sich diesen internationalen Entwicklungen nicht entziehen, auch der deutsche Finanzmarkt steht daher unter Druck. Direkte Effekte der Krise und das schwierige Marktumfeld führen zu einer angespannten Liquiditätslage. Die Unsicherheit der Marktteilnehmer ist groß, die Vertrauenskrise stellt sich als äußerst hartnäckig dar.

Ziel des Gesetzentwurfs ist es, durch ein Maßnahmenpaket ein tragfähiges Instrumentarium zu schaffen, um die bestehenden Liquiditätsengpässe zeitnah zu überwinden und die Stabilität des deutschen Finanzmarktes zu stärken.

B. Lösung

Der Gesetzentwurf sieht die Errichtung eines nichtrechtsfähigen Sondervermögens „Finanzmarktstabilisierungsfonds“ vor.

Die näheren Einzelheiten hinsichtlich der Verwaltung des Sondervermögens und der entsprechenden Rahmenbedingungen werden unbürokratisch und flexibel in einer begleitenden Rechtsverordnung der Bundesregierung näher konkretisiert.

C. Alternativen

Keine

D. Finanzielle Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte

1. Haushaltsausgaben ohne Vollzugsaufwand

Zunächst entstehen keine Haushaltsausgaben. Die Kreditaufnahme zur Refinanzierung des Fonds führt zu einer höheren Verschuldung. Da der Fonds Beteiligungen an Unternehmen des Finanzsektors erwerben kann und Garantieprämien erhebt, dürften die Belastungen der öffentlichen Haushalte begrenzt bleiben.

2. Vollzugsaufwand

Es entstehen Kosten für die Verwaltung des Fonds durch die Deutsche Bundesbank, die derzeit noch nicht bezifferbar sind.

E. Sonstige Kosten

Die begrenzte Erhöhung der Kreditaufnahme für den Fonds hat keinen spürbaren Zinseffekt. Auswirkungen auf das Preisniveau, insbesondere die Verbraucherpreise, sind nicht zu erwarten. Kosten für die Wirtschaft entstehen, wenn inländische Unternehmen des Finanzsektors von den Hilfsangeboten des Bundes Gebrauch machen und hierfür ein Entgelt zu entrichten haben. Insbesondere für Unternehmen des Finanzsektors bedeuten die Maßnahmen zur Stabilisierung des Finanzmarktes jedoch im Ergebnis eine massive Entlastung.

F. Bürokratiekosten

Für die Unternehmen werden nur geringe, für Bürgerinnen und Bürger sowie die Verwaltung werden keine Informationspflichten eingeführt, vereinfacht oder abgeschafft.

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung eines Maßnahmenpakets zur Stabilisierung des Finanzmarktes (Finanzmarktstabilisierungsgesetz – FMStG)

Vom ...

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Gesetz zur Errichtung eines Finanzmarktstabilisierungsfonds (Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz – FMStFG)

Inhaltsübersicht

- § 1 Errichtung des Fonds
- § 2 Zweck des Fonds
- § 3 Stellung im Rechtsverkehr
- § 4 Entscheidung über Stabilisierungsmaßnahmen, Verwaltung
- § 5 Vermögenstrennung, Bundeshaftung
- § 6 Rekapitalisierung
- § 7 Garantieermächtigung
- § 8 Risikoübernahme
- § 9 Kreditermächtigung
- § 10 Bedingungen für Stabilisierungsmaßnahmen
- § 11 Jahresrechnung
- § 12 Verwaltungskosten
- § 13 Befristung und Länderbeteiligung
- § 14 Steuern
- § 15 Sofortige Vollziehbarkeit
- § 16 Rechtsweg

§ 1

Errichtung des Fonds

Es wird ein Fonds des Bundes unter der Bezeichnung „Finanzmarktstabilisierungsfonds – FMS“ errichtet.

§ 2

Zweck des Fonds

(1) Der Fonds dient der Stabilisierung des Finanzmarktes durch Überwindung von Liquiditätsengpässen und durch Schaffung der Rahmenbedingungen für eine Stärkung der Eigenkapitalbasis von Instituten im Sinne des § 1 Abs. 1b des Kreditwesengesetzes, Versicherungsunternehmen und Pensionsfonds im Sinne des § 1 Abs. 1 Nr. 1 und 2 des Versicherungsaufsichtsgesetzes, Kapitalanlagegesellschaften im Sinne des Investmentgesetzes sowie der Betreiber von Wertpapier- und Terminbörsen und deren jeweiligen Mutterunternehmen, soweit diese Finanzholding-Gesellschaften, gemischte Finanzholding-Gesellschaften oder beaufsichtigte Finanzkonglomeratunternehmen sind und die vorgenannten Unternehmen ihren Sitz im Inland haben (Unternehmen des Finanzsektors).

(2) Der Fonds ist ein Sondervermögen im Sinne von Artikel 110 Abs. 1 und Artikel 115 Abs. 2 des Grundgesetzes.

§ 3

Stellung im Rechtsverkehr

Der Fonds ist nicht rechtsfähig. Er kann unter seinem Namen im rechtsgeschäftlichen Verkehr handeln, klagen und verklagt werden. Der allgemeine Gerichtsstand des Fonds ist Berlin.

§ 4

Entscheidung über Stabilisierungsmaßnahmen; Verwaltung

(1) Über vom Fonds gemäß den §§ 6 bis 8 vorzunehmende Stabilisierungsmaßnahmen entscheidet das Bundesministerium der Finanzen auf Antrag des Unternehmens des Finanzsektors nach pflichtgemäßem Ermessen unter Berücksichtigung der Bedeutung des jeweils von der Stabilisierungsmaßnahme erfassten Unternehmens des Finanzsektors für die Finanzmarktstabilität, der Dringlichkeit und des Grundsatzes des möglichst effektiven und wirtschaftlichen Einsatzes der Mittel des Fonds. Ein Rechtsanspruch auf Leistungen des Fonds besteht nicht. Die Verwaltung des Fonds obliegt dem Bundesministerium der Finanzen. Die Leistungen können von Bedingungen und Auflagen abhängig gemacht werden.

(2) Die Bundesregierung kann durch Rechtsverordnung, die nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf, der Deutschen Bundesbank die Entscheidung über Maßnahmen nach diesem Gesetz und die Verwaltung des Fonds übertragen. In soweit unterliegt die Deutsche Bundesbank der Rechts- und Fachaufsicht des Bundesministeriums der Finanzen.

(3) Die Richtlinien für die Verwaltung des Fonds bestimmt die Bundesregierung durch Rechtsverordnung, die nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf.

§ 5

Vermögenstrennung, Bundeshaftung

Der Fonds ist von dem übrigen Vermögen des Bundes, seinen Rechten und Verbindlichkeiten zu trennen. Der Bund haftet unmittelbar für die Verbindlichkeiten des Fonds; dieser haftet nicht für die sonstigen Verbindlichkeiten des Bundes.

§ 6

Rekapitalisierung

(1) Der Fonds kann sich an der Rekapitalisierung von Unternehmen des Finanzsektors beteiligen, insbesondere gegen Leistung einer Einlage Anteile oder stille Beteiligungen erwerben und sonstige Bestandteile der Eigenmittel dieser Unternehmen, einschließlich solcher, die durch Landesrecht geschaffen werden, übernehmen.

(2) Das Bundesministerium der Finanzen entscheidet über die Übernahme und Veräußerung von Beteiligungen nach Absatz 1. Eine Beteiligung durch den Fonds soll nur dann er-

folgen, wenn ein wichtiges Interesse des Bundes vorliegt und der vom Bund angestrebte Zweck sich nicht besser und wirtschaftlicher auf andere Weise erreichen lässt. Die §§ 65 bis 69 der Bundeshaushaltsordnung finden keine Anwendung.

(3) Die Bundesregierung kann durch Rechtsverordnung, die nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf, nähere Bestimmungen erlassen über

1. die Gegenleistung und die sonstigen Bedingungen der Rekapitalisierung,
2. Obergrenzen für die Beteiligung an Eigenmittelbestandteilen von einzelnen Unternehmen des Finanzsektors sowie für bestimmte Arten von Eigenmittelbestandteilen,
3. die Bedingungen, unter denen der Fonds seine Beteiligung an den Eigenmittelbestandteilen wieder veräußern kann, und
4. sonstige Bedingungen, die zur Sicherstellung des Zweckes dieses Gesetzes im Rahmen der Rekapitalisierung nach Absatz 1 erforderlich sind.

§ 7

Garantieermächtigung

(1) Das Bundesministerium der Finanzen wird ermächtigt, für den Fonds Garantien bis zur Höhe von 400 Milliarden Euro für ab Inkrafttreten dieses Gesetzes und bis zum 31. Dezember 2009 begebene Schuldtitel und begründete Verbindlichkeiten aus Einlagen von Unternehmen des Finanzsektors, die eine Laufzeit von bis zu 36 Monaten haben, zu übernehmen, um Liquiditätsengpässe zu beheben und die Refinanzierung am Kapitalmarkt zu unterstützen. Satz 1 gilt entsprechend für die Übernahme von Garantien für Verbindlichkeiten von Zweckgesellschaften, die Risikopositionen eines Unternehmens des Finanzsektors übernommen haben. Für die Übernahme von Garantien ist ein Entgelt in angemessener Höhe im Jahr zu erheben.

(2) § 39 Abs. 2 und 3 der Bundeshaushaltsordnung finden keine Anwendung.

(3) Eine Garantie ist auf den Höchstbetrag der entsprechenden Ermächtigung in der Höhe anzurechnen, in der der Fonds daraus in Anspruch genommen werden kann. Zinsen und Kosten sind auf den jeweiligen Ermächtigungsrahmen nur anzurechnen, soweit dies gesetzlich bestimmt ist oder bei der Übernahme ein gemeinsamer Haftungsbetrag für Hauptverpflichtung, Zinsen und Kosten festgelegt wird. Soweit der Fonds in den Fällen der Garantieübernahme nach Absatz 1 ohne Inanspruchnahme von seiner Haftung frei wird oder Ersatz für erbrachte Leistungen erlangt hat, ist eine Garantie auf den Höchstbetrag nicht mehr anzurechnen.

(4) Die Bundesregierung kann durch Rechtsverordnung, die nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf, nähere Bestimmungen erlassen über

1. die Art der Garantie und der Risiken, die durch sie abgedeckt werden können,
2. die Eigenmittelausstattung, die durch Maßnahmen nach Absatz 1 begünstigte Unternehmen des Finanzsektors mindestens aufweisen müssen,
3. die Berechnung und Anrechnung von Garantiebeträgen,

4. die Gegenleistung und die sonstigen Bedingungen der Garantie,
5. Obergrenzen für die Übernahme von Garantien für Verbindlichkeiten einzelner Unternehmen des Finanzsektors sowie für bestimmte Arten von Garantien und
6. sonstige Bedingungen, die zur Sicherstellung des Zweckes dieses Gesetzes im Rahmen der Garantieübernahme nach Absatz 1 erforderlich sind.

§ 8

Risikoübernahme

(1) Der Fonds kann von Unternehmen des Finanzsektors vor dem 13. Oktober 2008 erworbene Risikopositionen, insbesondere Forderungen, Wertpapiere, derivative Finanzinstrumente, Rechte und Pflichten aus Kreditzusagen oder Gewährleistungen und Beteiligungen, jeweils nebst zugehöriger Sicherheiten, erwerben oder auf andere Weise absichern. Dasselbe gilt gegenüber Zweckgesellschaften, die Risikopositionen eines Unternehmens des Finanzsektors übernommen haben.

(2) Die Bundesregierung kann durch Rechtsverordnung, die nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf, nähere Bestimmungen erlassen über

1. die Art der Risikopositionen, die erworben oder deren Risiken abgesichert werden können,
2. die Art des Erwerbs oder der Absicherung, einschließlich der dafür geltenden Bedingungen, Zusicherungen und Gegenleistungen,
3. Obergrenzen für die Risikoübernahmen bezogen auf einzelne Unternehmen des Finanzsektors und ihre verbundenen Unternehmen sowie für bestimmte Arten von Risikopositionen,
4. Rückkaufrechte zugunsten und Rückkaufverpflichtungen zulasten der begünstigten Unternehmen des Finanzsektors und andere geeignete Formen ihrer Beteiligung an den von dem Fonds übernommenen Risiken und
5. sonstige Bedingungen, die zur Sicherstellung des Zweckes dieses Gesetzes im Rahmen der Risikoübernahme nach Absatz 1 erforderlich sind.

§ 9

Kreditermächtigung

(1) Das Bundesministerium der Finanzen wird ermächtigt, für den Fonds zur Deckung von Aufwendungen und von Maßnahmen nach den §§ 6 und 8 dieses Gesetzes Kredite bis zur Höhe von 70 Milliarden Euro aufzunehmen.

(2) Dem Kreditrahmen nach Absatz 1 wachsen die Beträge aus getilgten Krediten wieder zu.

(3) Auf die Kreditermächtigung ist bei Diskontpapieren der Nettobetrag anzurechnen.

(4) Unter den Voraussetzungen des § 37 Abs. 1 Satz 2 der Bundeshaushaltsordnung kann der in Absatz 1 festgelegte Ermächtigungsrahmen mit Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages um bis zu 10 Milliarden Euro überschritten werden.

(5) Das Bundesministerium der Finanzen wird ermächtigt, für den Fonds im Falle der Inanspruchnahme aus einer

URL dieser Seite: https://www.diw.de/de/diw_01.c.413358.de/presse/diw_glossar/schuldenschnitt.html

Datum: 31.1.2018

DIW Glossar

Das DIW Glossar ist eine Sammlung von Begriffen, die in der wissenschaftlichen Arbeit des Instituts häufig verwendet werden. Die hier gelieferten Definitionen sollen dem besseren Verständnis der DIW-Publikationen dienen und wichtige Begriffe aus der empirischen Wirtschafts- und Sozialforschung so prägnant wie möglich erklären. Das Glossar hat keinen Anspruch auf lexikalische Vollständigkeit.

Schuldenschnitt

Von einem Schuldenschnitt (manchmal auch Haircut oder harte Umschuldung) wird gesprochen, wenn einem Schuldner - das können Unternehmen oder auch Staaten sein - ein Teil seiner Schulden dauerhaft erlassen wird. Anders als bei einer Insolvenz verlieren die Gläubiger nicht alle ihre Forderungen, sondern nur einen Teil.

Mit einem Schuldenschnitt - wie im Fall von Griechenland Anfang 2012 - ist die Hoffnung verbunden, die Situation des Schuldners zumindest so weit zu verbessern, dass er in der Lage ist den Rest seiner Schulden abzubezahlen. Mit einem Schuldenschnitt verbunden ist aber auch eine starke Verschlechterung der Kreditwürdigkeit des Schuldners. Zudem wird häufig kritisiert, dass Schuldenschnitte falsche Anreize setzen und den Schuldner nicht dazu bewegen, strukturelle Probleme - die überhaupt erst zur Überschuldung geführt haben - zu beseitigen.

Lesen Sie mehr zum Thema:

[DIW Wochenbericht 5/2012 | PDF, 1.19 MB "Griechenland: Endlich eine Industrie aufbauen"](#)

WIRTSCHAFT

BILANZ KARRIERE DIGITAL GELD

WIRTSCHAFT WOLFGANG SCHÄUBLE

„Griechenland hat über seine Verhältnisse gelebt“

Veröffentlicht am 06.05.2015 | Lesedauer: 2 Minuten



Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) weist die Kritik der Griechen zurück

Quelle: dpa/gam lof

Erst hat Griechenland seine Gläubiger für das Stocken der Auszahlung weiterer Hilfgelder verantwortlich gemacht. Nun hält Bundesfinanzminister Schäuble dagegen: Griechenland sei selbst schuld.

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble sieht die Verantwortung für die wirtschaftliche Misere Griechenlands in erster Linie bei den Griechen selbst. „Weder die Troika noch Europa, noch Deutschland ist schuld an den griechischen Problemen“, sagte der CDU-Politiker am Mittwoch bei einer Veranstaltung mit Schülern und Auszubildenden in Berlin. „Griechenland hat über viele Jahre über seine Verhältnisse gelebt.“

Nun sei es an den Griechen, die gekaufte Zeit zu nutzen, um ihr Land finanziell wieder auf die Beine zu stellen. Deutschland und Europa wollten weiter helfen. Auf Russland oder China als Geldgeber sollte Athen nach Schäubles Einschätzung dagegen nicht hoffen.

Besser nicht auf Russland und China hoffen

Russland habe selbst enorme Probleme, sagte Schäuble. Er verwies darauf, dass der russische Haushalt im Wesentlichen mit dem Verkauf von aktuell billigem Öl und Erdgas finanziert werde. Jetzt kämen die Sanktionen gegen Moskau im Zuge der Ukraine-Krise hinzu, die massive Rubel-Abwertung sowie das gesunkene Vertrauen internationaler Kreditgeber.

„Und die Chinesen verschenken kein Geld“, sagte der Bundesfinanzminister weiter. Allenfalls gehe es um Privatisierungen an chinesische Investoren. Aber das sei zu wenig. „Niemand auf der Welt ist bereit, die griechischen Probleme auch nur in Ansätzen zu lösen“, sagte Schäuble und unterstrich: „Griechenland bekommt Hilfe von Europa.“

Athen gibt weiter den Gläubigern die Schuld

Zuvor hatte Griechenland die Europäische Union und den Internationalen Währungsfonds (IWF) für das Stocken der Verhandlungen über die Auszahlung weiterer Hilfgelder verantwortlich gemacht. Zwischen den Gläubigern gebe es „ernsthafte Differenzen und Widersprüche“, erklärte die Regierung in Athen am Dienstag. Eine Einigung auf die nächste Kredittranche für Griechenland in den kommenden Tagen halten beide Seiten für unwahrscheinlich.

„Ernsthafte Differenzen und Widersprüche zwischen den Gläubigern, der Europäischen Union und dem Internationalen Währungsfonds behindern die Verhandlungen“, monierte Athen. Das schleichende Vorankommen sei daher ihre „ausschließliche Verantwortung“.

Die so Angegriffenen wiesen am Mittwochabend die Vorwürfe zurück. „Die EU-Kommission, die Europäische Zentralbank und der Internationale Währungsfonds teilen dasselbe Ziel, Griechenland zu helfen, Finanzstabilität und Wachstum zu erlangen“, teilten die Institutionen in einer Erklärung mit.

Die Euro-Finanzminister wollen am Montag erneut über die Reformauflagen für weitere Hilfskredite der Euro-Zone und des IWF beraten. Medienberichten zufolge besteht der IWF darauf, nur Länder mit tragbaren Schulden zu unterstützen.

Lesen Sie alles Wichtige rund um Wirtschaft – im täglichen Newsletter der WELT.

Nur noch ein Schritt:

Bitte klicken Sie den Bestätigungs-Link in der E-Mail, die wir soeben an ###eMail### geschickt haben.

Reuters/dpa/ith

© WeltN24 GmbH. Alle Rechte vorbehalten.

© WeltN24 GmbH

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/140581463>

WIRTSCHAFT

BILANZ KARRIERE DIGITAL GELD

WIRTSCHAFT EURO-KRISE

Griechenland reißt EU-Schuldenvorgabe für 2020

Veröffentlicht am 06.10.2012 | Lesedauer: 3 Minuten

Griechenland droht in den kommenden Wochen einmal mehr die Zahlungsunfähigkeit. EZB-Direktor Asmussen sieht keine Möglichkeit für ein Entgegenkommen. Die Langfrist-Prognose ist schlechter als bekannt.

Griechenlands Lage wird immer schlimmer. Nicht nur in den kurzfristigen Haushaltsplanungen Athens klafft eine große Finanzlücke. Nach Informationen der "Welt am Sonntag" sieht es auch in langfristigen Prognosen schlechter aus als bislang bekannt.

"Die Griechen laufen auf einen Schuldenstand von 140 Prozent des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2020 zu", heißt es in Verhandlungskreisen. Ursprünglich hatte sich die Troika aus Internationalem Währungsfonds (IWF), EU-Kommission und Europäischer Zentralbank (EZB) mit den Griechen darauf geeinigt, den Schuldenstand in den kommenden acht Jahren auf 120 Prozent zu senken.

Die Vorgabe der 120 Prozent ist Voraussetzung für das laufende zweite Hilfsprogramm. Bei Werten darüber gelten die Schulden eines Staates als nicht mehr tragfähig. Offen ist, wie Troika und Athen mit dieser Prognose umgehen werden.

Mehrere Vorschläge kursieren: Die Ideen reichen von einer Verschiebung der Sparziele um zwei Jahre bis zu einer Streichung des Ziels selbst. Beide Ideen sind bei den Geldgebern umstritten. Die Griechen selbst fordern von den Rettern Zugeständnisse.

EZB kann finanziell nicht entgegenkommen

So könnten die 48 Milliarden Euro Bankenhilfe, die im Rahmen des zweiten Hilfsprogramms eingeplant sind, aus der Staatsschuld herausgerechnet werden. Auch einen weiteren Schuldenschnitt, von dem die EZB und die Euro-Staaten mit ihren Hilfskrediten betroffen wären, hat Athen gefordert.

Ein drittes Hilfspaket oder einen Forderungsverzicht bei den eigenen Krediten schließt man nach Informationen der „Welt am Sonntag“ in Berlin aus. Eher würde man Athen innerhalb der Euro-Zone pleitegehen lassen.

EZB-Direktor Jörg Asmussen sieht keine Möglichkeit, den Wunsch des griechischen Ministerpräsidenten Antonis Samaras nach finanziellen Erleichterungen zu erfüllen. „Wir können weder die Laufzeiten für griechische Anleihen verlängern noch die Zinsen senken“, sagte das deutsche EZB-Direktoriumsmitglied der „Bild am Sonntag“. „Beides wäre eine Form von Schuldenerlass und damit eine direkte Finanzierung des griechischen Staates. Das aber ist der EZB rechtlich nicht erlaubt.“

November-Tranche kein Selbstläufer

Es sei „kein Selbstläufer“, dass Griechenland im November die nächste Tranche der vereinbarten Hilfszahlungen erhalte und damit vor der Pleite gerettet werde. „Meine klare Präferenz ist, dass Griechenland im Euro bleibt. Aber der Schlüssel dafür liegt in Athen“, sagte Asmussen.

„Die Voraussetzung für die Auszahlung der nächsten Tranche an Griechenland ist, dass das Haushaltsloch für 2013/2014 geschlossen wird und umfangreiche Strukturreformen durchgeführt werden.“

Der Chef des dauerhaften Euro-Rettungsschirms ESM, Klaus Regling, warnte vor weiteren Diskussionen über ein mögliches Ausscheiden Griechenlands aus der Euro-Zone: „Ein Austritt Griechenlands aus der Währungsunion wäre die teuerste aller denkbaren Lösungen.“

Zudem ermahnt Regling die Staaten der Euro-Zone zu weiteren Reformen. „Meine größte Sorge ist, dass einige Krisenländer nicht die politische Kraft haben, den schmerzhaften, aber wirksamen Reformkurs bis zum Ende durchzuhalten. Das wäre ein Katastrophe“, sagte Regling der „Rheinischen Post“.

„Hälfte des Weges geschafft“

Regling zog eine positive Bilanz der bisherigen Politik zur Überwindung der Schuldenkrise: „Die Krise ist noch nicht vorbei. Aber wir haben mehr als die Hälfte des Weges bei den nationalen Anpassungslasten geschafft.“ Die Unterschiede zwischen den Euro-Staaten bei Haushalts- und Leistungsbilanzdefiziten verringerten sich seit zwei Jahren. Zugleich steige die Wettbewerbsfähigkeit in allen südlichen Mitgliedsländern der Euro-Zone.

Die „Troika“ mit Vertretern der internationalen Geldgeber hat bisher nicht das neue Sparprogramm Griechenlands von 14,5 Milliarden Euro gebilligt. Dies ist aber die Voraussetzung für die Freigabe einer neuen, dringend benötigten Hilfstranche von 31,5 Milliarden Euro.

Die Finanzminister der Eurozone werden bei ihrem Treffen am Montag in Luxemburg von der „Troika“ nur einen Zwischenbericht erhalten – wann die endgültige Version vorliegen wird, ist bisher offen. Auch beim EU-Gipfel am 18./19. Oktober werden keine Entscheidungen zu Griechenland erwartet. Am Dienstag reist Merkel zu Gesprächen mit Samaras nach Athen.

jhi/dams/fbr/fas/dpa/AFP

© WeltN24 GmbH. Alle Rechte vorbehalten.

© WeltN24 GmbH

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/109662125>

Achtlose EU-Beamte ermöglichten Griechen-Beitritt

Veröffentlicht am 19.05.2010 | Lesedauer: 2 Minuten

Im Jahr 2001 wurde Griechenland Mitglied der Euro-Zone – dabei hatte das Land falsche Defizitzahlen vorgelegt. Warum das niemandem auffiel, ist Gegenstand heftiger Debatten. Einem Bericht zufolge soll das EU-Statistikamt die Zahlen nur schlampig geprüft haben. Eine "tiefer gehende Analyse" habe es nicht gegeben.

Woran lag es, dass Griechenland im 2001 Mitglied der Euro-Zone werden durfte, obwohl es falsche Defizitzahlen vorlegte? Einem Bericht zufolge soll das EU-Statistikamt Eurostat eine Mitschuld tragen. Es habe die griechischen Haushaltsstatistiken nur schlampig überprüft, berichtet stern.de. Dies habe die EU-Kommission, zu der Eurostat gehört, bereits im Dezember 2004 in einer Mitteilung an das Europaparlament und den Ministerrat eingeräumt.

Öffentlich allerdings behauptete die Brüsseler Behörde bis heute das Gegenteil: Man habe nicht die nötigen Kompetenzen gehabt, um die Defizitzahlen zu überprüfen, die sich 2004 schließlich als frisiert erwiesen.

Dass die Falschangaben der Griechen nicht bemerkt wurden, habe auch daran gelegen, dass Eurostat es versäumt habe, „eine tiefer gehende, systematischere Analyse der Kohärenz und Konsistenz der Daten“ anzustellen, gestand die Kommission laut stern.de im Dezember 2004.

„Insbesondere im März 2000“, also unmittelbar vor der Entscheidung der EU-Mitgliedsländer über Griechenlands Aufnahme in die Euro-Zone, hätte Eurostat „auf mögliche Probleme“ bei der „Übereinstimmung“ der griechischen Zahlen mit den rechtlich bindenden EU-Statistikregeln hinweisen können, gaben die Brüsseler Beamten demnach zu.

„Eurostat verkannte die Notwendigkeit, die Probleme unverzüglich auf die richtige öffentliche Ebene zu bringen“, urteilte die EU-Kommission laut stern.de damals. Auch die Kommission insgesamt hätte die Mitgliedsstaaten „früher und nachdrücklicher über die aufgetretenen Probleme“ informieren müssen, heißt es in dem EU-Papier von 2004 selbstkritisch. Laut dem Eingeständnis der EU-Exekutive hatte es Eurostat versäumt, die eigenen Ressourcen stärker „auf den Kernbereich“ seiner Aufgaben zu konzentrieren.

Lesen Sie alles Wichtige rund um Politik – im täglichen Newsletter der WELT.

Nur noch ein Schritt:

Bitte klicken Sie den Bestätigungs-Link in der E-Mail, die wir soeben an ###eMail### geschickt haben.

WON

© WeltN24 GmbH. Alle Rechte vorbehalten.

© WeltN24 GmbH

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/102804739>

NEWSTICKER

NEWS1 (AFP - JOURNAL) HAUSHALT

Griechenland bekommt aus Hilfsprogramm weitere 6,7 Milliarden Euro

Veröffentlicht am 22.01.2018 | Lesedauer: 3 Minuten



Griechenlands Finanzminister Tsakalotos

Quelle: AFP/EMMANUEL DUNAND

Eurogruppe lobt Athens Reformbemühungen nach Jahren der Krise

Frisches Geld für Griechenland: Die Euro-Finanzminister haben am Montag grundsätzlich grünes Licht für die Auszahlung von 6,7 Milliarden Euro bis zum Frühjahr gegeben. Sieben Monate vor dem Ende des dritten Hilfsprogramms lobte die Eurogruppe den Reformwillen der linksgeführten Regierung in Athen und forderte vor dem endgültigen Auszahlungsbeschluss nur noch einige wenige Nachbesserungen.

Für Griechenland seien das "gute Nachrichten", sagte der neue Eurogruppen-Chef Mário Centeno, der am Montag erstmals ein Treffen der Euro-Finanzminister leitete. Griechenland habe "fast alle" geforderten Reformmaßnahmen umgesetzt. Der

Bereits im Februar sollten weitere 5,7 Milliarden Euro an Griechenland gehen. Nochmals eine Milliarde soll dann im April folgen.

EU-Wirtschaftskommissar Pierre Moscovici sagte, Athen habe bisher 95 von 110 geforderten Reformmaßnahmen erfüllt. Praktisch "jede Minute" komme eine weitere hinzu. Die Eurogruppe forderte Griechenland in einer Erklärung "dringend" auf, alle Reformforderungen umzusetzen. Dies soll nun aber nicht mehr auf Ebene der Minister, sondern in der sogenannten Euro-Arbeitsgruppe der Staatssekretäre überwacht werden.

Das mehrfach vor dem Staatsbankrott gerettete Griechenland hängt seit 2010 am Tropf internationaler Geldgeber. 2015 vereinbarte Athen mit den Euro-Partnern ein drittes Hilfspaket über bis zu 86 Milliarden Euro. Die schrittweise Auszahlung ist an Bedingungen geknüpft. Bisher hat Griechenland 40,2 Milliarden Euro erhalten.

Anders als bei früheren Auszahlungen ist Athen derzeit nicht in akuter Finanznot. Es stehen in absehbarer Zeit keine großen Rückzahlungen von Krediten an internationale Gläubiger an.

Nur 3,3 der 6,7 Milliarden Euro der Finanzspritze sind dann auch für den Schuldendienst vorgesehen, wie der Chef des Euro-Rettungsfonds ESM, Klaus Regling, sagte. Mit 1,5 Milliarden Euro kann Athen Zahlungsrückstände im Inland begleichen - was de facto wie ein kleines Konjunkturprogramm wirkt. Weitere 1,9 Milliarden Euro sollen dazu dienen, einen "Cash-Puffer" für die Zeit nach dem Hilfsprogramm aufzubauen.

Dieses endet im August. Die Eurogruppe könne nun mit "technischen Arbeiten" zu möglichen Schuldenerleichterungen beginnen, sagte Centeno. Dies war Athen 2016 zugesagt worden war. Ob die Schuldenerleichterungen aber kommen, hängt von

Moscovici zeigte sich überzeugt, dass Griechenland die Zeit der Hilfsprogramme hinter sich bringen und auf eigenen Beinen stehen wolle. Die Frage von Schuldenerleichterungen dürfte bis zum Programmende noch für einige Diskussionen sorgen. Insbesondere Deutschland hat bisher an der Notwendigkeit gezweifelt. In der Erklärung der Eurogruppe findet sich dann auch ein "falls nötig" zu der Frage.

Klar ist bereits. Die 86 Milliarden Euro aus seinem dritten Hilfsprogramm wird das Land dann nach Einschätzung eines Eurozonen-Vertreters bei weitem nicht gebraucht haben. Aus dem Programm würden "mindestens 25 Milliarden Euro" übrig bleiben.

afp.com

© WeltN24 GmbH

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/172740435>

[Startseite](#) [Begriffe](#)
[Aktuell](#)

Zahlen und Fakten

[In aller Kürze](#) [FAQ](#)
[Schuldenuhr](#)
[Gegenwärtige Höhe](#)
[Bund, Länder ...](#)
[Vergangenheit](#)
[Gläubiger](#)
[Einnahmen](#) [Ausgaben](#)
[Ausland: Europa](#)
[Ausland: USA](#)
[Ausland: Japan](#)

Ursachen

[Falsche Finanzpolitik](#)
[Finanzminister](#)
[Untätigkeit der Bürger](#)
[Bevölkerungsrückgang](#)
[Psycholog. Ursachen](#)

Folgen

[Schuldenspirale](#)
[Erblast](#) [Inflation](#)
[Was kann passieren?](#)

Auswege

[Alternativen](#)
[EU-Stabilitätspakt](#)
[Schuldenbremse 2016](#)
[links/rechts](#)
[Und wir selbst?](#)

[Links](#) [Kontakt](#)



Was sind EFSF und ESM?

Die **EFSF** (European Financial Stability Facility) wurde buchstäblich über Nacht geschaffen: Um Montag, den 10.05.2010, erwartete Zahlungsunfähigkeit Griechenlands abzuwenden, wurde in der Nacht von Sonntag auf Montag unter extremem Zeitdruck die Gründung dieser neuen Einrichtung beschlossen. Rechtliche Grundlage ist ein [Rahmenvertrag](#) vom 07.06.2010. Vertragsparteien sind 17 Staaten, in denen der Euro eingeführt ist. Der Vertrag ist bis zum 30.06.2013 befristet. In deutsches Recht wurde dieser Vertrag durch das [StabMech-Gesetz](#) umgesetzt. Die EFSF ist eine anonyme mit Sitz in Luxemburg, also eine privatrechtliche Gesellschaft. Diese eigentümliche Konstruktion wurde gewählt, weil direkte Kredite und Bürgschaften eines Mitgliedstaates für ein anderes nach Artikel 125 des [Vertrages von Lissabon](#) verboten sind.

Die EFSF nimmt am Kreditmarkt Darlehen von bis zu 440 Mrd. € auf und leitet sie an diejenigen Staaten weiter, die für ihre [Umschuldungen](#) keine Gläubiger mehr finden. Derzeit sind dies Griechenland, Portugal und Irland. Die Euro-Staaten bürgen für die EFSF, Deutschland in Höhe von **147,6 Mrd. €** (120% des im StabMech-Gesetz genannten Betrages von 123 Mrd. €). Dieser Betrag ist in der Staatsverschuldung von derzeit rund 2000 Mrd. € (2 Billionen €) nicht enthalten. Er würde dazukommen, wenn die Schuldnerstaaten zahlungsunfähig werden.

Gegenwärtig behandelt der Bundestag eine Änderung des StabMechG. Die Bürgschaft Deutschlands auf 253 Mrd. € erhöht werden (120% des im [Änderungsantrag](#) genannten Betrags von 211 Mrd. €).

Die EFSF ist Teil des **Euro-Rettungsschirms**. Dazu zählt noch der EFSM (European Financial Stability Mechanism), ein EU-Fonds, der 60 Mrd. € bereitstellt. Außerdem gibt der Internationale Währungsfonds 250 Mrd. €, und die Europäische Zentralbank kauft von Banken Darlehensforderungen gegen derartige Länder.

Der **ESM** (European Stability Mechanism) soll EFSF und EFSM ab Anfang 2013 ersetzen. Rechtsgrundlage ist wiederum ein [Vertrag](#) der 17 Staaten der Euro-Währungsunion. Dieser muss von den 17 Parlamenten bestätigt ("ratifiziert") werden. Der ESM soll eine Dauereinrichtung werden. Geplant ist eine Aufstockung des Finanzvolumens auf 700 Mrd. €. Die deutsche Haftungssumme beträgt **190 Mrd. €** (eine Erhöhung auf 120% wie im EFSF-Rahmenvertrag und im StabMech ESM-Vertrag nicht bisher enthalten!). Einen Teilbetrag von 80 Mrd. € (Deutschland 21,7 Mrd. €) zahlen die Staaten beim ESM ein. Dieser Betrag erhöht die aktuelle Staatsverschuldung sofort bei der Einzahlung.

Geplant ist außerdem eine Änderung des Vertrags von Lissabon, mit der ein "Mechanismus zur Wahrung der Stabilität der Euro-Währungsunion" zugelassen wird.

Wie schon in den [Maastricht-Regeln](#) lebt der Geburtsfehler des Euro fort: Die Staaten haben eine gemeinsame Währung, aber sie behalten die Hoheit über ihre nationalen Staatshaushalte.

Und wenn schon Griechenland "too big to fail" ist, wird man auch versuchen, Italien aufzufangen. Aber was sollen 700 Mrd. € Kreditmittel bei einem Land ausrichten, das 1800 Mrd. € Schulden hat? Es wird nicht bei den 190 Mrd. € für Deutschland bleiben.

Stand: 30. August 2011, ergänzt am 10.09.2011

Top credit rating for EFSF's debut debt issuance

19/01/2011 | Press releases

EFSF

Luxembourg – All three major credit rating agencies have today assigned the best possible credit rating - Standard & Poor's "AAA", Moody's "Aaa" and Fitch Ratings "AAA" - to the European Financial Stability Facility's (EFSF) bond issuance programme.



According to the three CRAs, the top rating reflects the strong shareholder support and credit enhancements such as a 120% over-guarantee and cash buffer. Following the announcement by the rating agencies, Klaus Regling, EFSF's CEO commented "we are very pleased with the confirmation of the top credit ratings from all three agencies which underlines the solidity of the EFSF name. We expect investor interest to be high as our debut issue provides a good opportunity for investors to diversify into a new supranational and liquid asset". In September 2010 all three agencies assigned an initial triple A rating to the EFSF as an issuer.

The first EFSF issue, as part of the financial support package agreed for Ireland, will be placed, subject to market conditions, during the week of 24th January 2011. This syndicated issue will be jointly lead managed by Citi, HSBC and Société Générale.

About the EFSF:

The European Financial Stability Facility (EFSF) was incorporated in Luxembourg under Luxembourg law on June 7th 2010. Its objective is to preserve financial stability of Europe's Economic and Monetary Union by providing temporary financial assistance to euro area Member States in difficulty. In order to reach its objective the EFSF can - with the support of the German Debt Management Office (DMO) - issue bonds or other debt instruments on the market to raise the funds needed to provide loans to countries which would submit a request. Issues are backed by guarantees given by euro area Member States of up to € 440 billion.

The EFSF is part of a wider safety net. Its funds are combined with loans of up to € 60 billion coming from the European Financial Stabilisation Mechanism (EFSM), i.e. funds raised by the European Commission and guaranteed by the EU budget, and up to € 250 billion from the International Monetary Fund (IMF) for an overall rescue package worth up to € 750 billion. Any financial assistance by EFSF, EFSM and IMF to a country in need is linked to very strict policy conditions.

For further information also see FAQ.

Sonderbericht

Die Rolle der Kommission in der griechischen Finanzkrise

(gemäß Artikel 287 Absatz 4 Unterabsatz 2 AEUV)



4
1977 - 2017



EUROPÄISCHER
RECHNUNGSHOF

INHALT

	Ziffer
Abkürzungen	
Zusammenfassung	I - XIV
Über diesen Bericht	I
Die griechischen Anpassungsprogramme	II - V
Zur Prüfung des Hofes	VI - VII
Die Feststellungen des Hofes	VIII - XIII
Empfehlungen des Hofes	XIV
Einleitung	1 - 15
Die drei wirtschaftlichen Anpassungsprogramme für Griechenland	1 - 6
Programmziele	7
Die Programmpartner und die Rolle der europäischen Institutionen	8 - 10
Der Programmplanungsprozess	11 - 15
Prüfungsansatz	16 - 20
Bemerkungen	
Teil I - Verwaltung der wirtschaftlichen Anpassungsprogramme für Griechenland	21 - 54
Regelungen für die Ausgestaltung und Überwachung der Programmbedingungen	22 - 40
Dringlichkeit bei der Aufnahme der Programme	22 - 23
Ausgestaltungsverfahren und Ergebnisse	24 - 28
Allgemeine Wachstumsstrategie	29 - 30
Politische Instabilität während des Programmzeitraums	31 - 32
Überwachungsverfahren	33 - 35
Überwachungspraxis	36 - 40
Zusammenarbeit mit den Programmpartnern	41 - 43
Den Programmen zugrunde liegende wirtschaftliche Annahmen	44 - 54

ABKÜRZUNGEN

AEUV: Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union

AMC: *Asset Management Company* (Vermögensverwaltungsgesellschaft)

AROP: *Administrative Reform Operational Programme* (Operationelles Programm "Verwaltungsreform") für den Programmplanungszeitraum 2007-2013

BIP: Bruttoinlandsprodukt

BoG: Bank of Greece (Bank von Griechenland)

EAP: *Economic Adjustment Programme* (Wirtschaftliches Anpassungsprogramm)

EDP: *Excessive Deficit Procedure* (Verfahren bei einem übermäßigen Defizit)

EEF: *European Economic Forecasts* (Europäische Wirtschaftsprognosen)

EFSF: *European Financial Stability Facility* (Europäische Finanzstabilisierungsfazilität)

EFSM: Europäischer Finanzstabilisierungsmechanismus

EK: Europäische Kommission

ENFIA-Steuer: Einheitliche Steuer auf Immobilienbesitz

EPL: *Employment protection legislation* (Beschäftigungsschutzgesetzgebung)

ESM: Europäischer Stabilitätsmechanismus

ESVG: Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen

EuGH: Gerichtshof der Europäischen Union

EZB: Europäische Zentralbank

FDI: *Foreign Direct Investment* (Ausländische Direktinvestitionen)

FG: *Funding Gap* (Finanzierungslücke)

GD ECFIN: Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen der Europäischen Kommission

GLF: *Greek loan facility* (Darlehensfazilität für Griechenland)

HFSF: *Hellenic Financial Stability Fund* (Griechischer Finanzstabilisierungsfonds)

IWF: Internationaler Währungsfonds

LFA: *Loan facility agreement* (Darlehensrahmenvereinbarung)

MEFP: *Memorandum of Economic and Financial Policies* (Vereinbarung über Wirtschafts- und Finanzpolitik)

MoU: *Memorandum of Understanding*

NPL: *Non-Performing Loans* (Notleidende Kredite)

OECD: *Organisation of Economic Co-operation and Development* (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)

PA: *Public Administration* (Öffentliche Verwaltung)

PPC levy: *Public Power Corporation levy* (über die öffentliche Stromversorgungsgesellschaft erhobene Abgabe)

PSC: *Point of Single Contact* (Einheitlicher Ansprechpartner)

PSI: *Private Sector Involvement* (Beteiligung des Privatsektors)

SGPR: *General Secretariat for Public Revenue* (Generalsekretariat für öffentliche Einnahmen)

SSM: *Single Supervisory Mechanism* (Einheitlicher Aufsichtsmechanismus)

T-Bills/Schatzwechsel: Kurzfristige Schuldtitel mit einer Laufzeit von einem Jahr oder weniger

TFGR: Task-Force für Griechenland

TMoU: *Technical Memorandum of Understanding*

ULC: *Unit labour costs* (Lohnstückkosten)

ZUSAMMENFASSUNG

Über diesen Bericht

I. Der Hof hat untersucht, wie die Kommission die drei wirtschaftlichen Anpassungsprogramme für Griechenland verwaltet hat, wobei er den institutionellen Aufbau der verschiedenen Finanzhilfeeinstrumente im Blick behielt. In Bezug auf das laufende Programm wurden bei der Prüfung nur Aspekte der Ausgestaltung betrachtet. Die für das erste Programm (Darlehensfazilität für Griechenland, GLF) im Jahr 2010 bereitgestellten Mittel betragen 110 Milliarden Euro, für das zweite Programm (EFSF 2012) 172,6 Milliarden Euro und für das dritte Programm (ESM, 2015) 86 Milliarden Euro. Mitte 2017 benötigte Griechenland immer noch finanziellen Beistand, und der Hof stellte fest, dass die Ziele der Programme nur in begrenztem Umfang erreicht waren. Insgesamt ermöglichte die Ausgestaltung der Programme Fortschritte im Reformprozess in Griechenland, doch stellte der Hof Mängel fest. Der Hof unterbreitet der Kommission eine Reihe von Empfehlungen für künftige Hilfsprogramme.

Die griechischen Anpassungsprogramme

II. Mit Beitritt zum Euro-Währungsgebiet profitierte Griechenland von einem Wirtschaftsboom, der durch einen leichten Zugang zu Krediten und eine großzügige Haushaltspolitik befeuert wurde. Die weltweite Finanzkrise der Jahre 2008-2009 offenbarte die Schwachstellen des Landes: wachsende makroökonomische Ungleichgewichte, hohe Staats- sowie Auslandsverschuldung, geringe externe Wettbewerbsfähigkeit, ein nicht tragfähiges Rentensystem und schwache Institutionen. All diese Faktoren beeinträchtigten in Verbindung mit Enthüllungen über die Meldung falscher amtlicher Statistiken das internationale Vertrauen. Der Preis, den Griechenland für die Aufnahme von Geld auf den Finanzmärkten zu zahlen hatte, wurde untragbar, und im April 2010 beantragte das Land finanziellen Beistand von den Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets und dem IWF.

III. Das erste wirtschaftliche Anpassungsprogramm für Griechenland wurde im Jahr 2010 angenommen und umfasste Mittel in Höhe von 110 Milliarden Euro. Doch weder die haushalts- und strukturpolitischen Maßnahmen noch die im Jahr 2012 vorgenommene

Umschuldung reichten aus, um Griechenland die Rückkehr zur Marktfinanzierung zu ermöglichen. Aus diesem Grund wurden zwei weitere Programme angenommen, das erste über 172,6 Milliarden Euro im Jahr 2012, das zweite über 86 Milliarden Euro im Jahr 2015.

IV. Die Anpassungsprogramme zielten auf die Beseitigung der wirtschaftlichen Ungleichgewichte in Griechenland ab, um dadurch ein Übergreifen der griechischen Wirtschaftskrise auf das übrige Euro-Währungsgebiet zu verhindern. Sie sollten eine gesunde und tragfähige wirtschaftliche und finanzielle Situation in Griechenland herstellen und das Land in die Lage versetzen, sich wieder vollständig auf den Finanzmärkten zu finanzieren. Die Unterstützung war an politische Auflagen geknüpft, die von den griechischen Behörden und den Kreditgebern einvernehmlich festgelegt wurden. Mit den Auflagen, die praktisch alle Aufgaben des griechischen Staates betrafen, wurden drei wesentliche Ziele verfolgt: Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen, Finanzstabilität und Rückkehr zum Wachstum. Die Europäische Kommission überprüfte, inwieweit Griechenland die Bedingungen erfüllte, und erstattete darüber Bericht.

V. Die Kommission verwaltete die Anpassungsprogramme in Abstimmung mit der Europäischen Zentralbank im Auftrag der europäischen Kreditgeber für das jeweilige Programm: die Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets für das erste, die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität für das zweite und der Europäische Stabilitätsmechanismus für das dritte Programm.

Zur Prüfung des Hofes

VI. Der Hof untersuchte, ob die Kommission die Anpassungsprogramme für Griechenland angemessen verwaltet hat. Insbesondere wurden folgende Fragen analysiert:

- Verfügte die Kommission über geeignete Verfahren für die Verwaltung der Programme?
- Waren die politischen Auflagen angemessen ausgestaltet und wurden sie wirksam umgesetzt?
- Wurden die wichtigsten Ziele der Anpassungsprogramme erreicht?

VII. Entsprechend seinem Auftrag, die Effizienz der Verwaltung der EZB zu prüfen, strebte der Hof an, die Mitwirkung der Bank an den wirtschaftlichen Anpassungsprogrammen für Griechenland in seine Untersuchung einzubeziehen. Die EZB stellte jedoch den Auftrag des Hofes in diesem Zusammenhang infrage und legte keine Nachweise in ausreichendem Umfang vor. Somit ist es dem Hof nicht möglich, über die Rolle der EZB in den griechischen Programmen zu berichten.

Die Feststellungen des Hofes

VIII. Als das erste Programm für Griechenland anlief, hatte die Kommission noch keine Erfahrung mit der Verwaltung eines derartigen Prozesses. Nach fast einem Jahr wurden Verfahren eingeführt, die sich jedoch hauptsächlich auf die förmlichen Regelungen für die Genehmigung von Dokumenten, den Informationsfluss und den Auszahlungszeitplan bezogen. Es gab auf der Ebene der Kommission keine spezifischen internen Leitlinien für die eigentliche Ausgestaltung der Programmbedingungen, zum Beispiel hinsichtlich des Umfangs oder Detaillierungsgrads. Trotz ihrer wachsenden Zahl wurden die Bedingungen im ersten und im zweiten Programm nicht angemessen nach ihrer relativen Bedeutung gereiht, und sie waren nicht in einer umfassenderen Strategie für das Land verankert. Die Kommission richtete ein funktionierendes System für die Bewertung der Bedingungen ein, doch stellte der Hof daraus resultierende Mängel fest, insbesondere bei der Bewertung der Umsetzung der Strukturreformen.

IX. In den Programmen waren zwar komplexe institutionelle Regelungen vorgesehen, doch die operationellen Einzelheiten der Zusammenarbeit der Kommission mit den Programmpartnern, vor allem mit dem IWF und der EZB, wurden nie formalisiert.

X. Den allgemeinen wirtschaftlichen Rahmen für die Ausgestaltung der Programme bildeten die Berechnungen der Finanzierungslücken und gesamtwirtschaftliche Projektionen. Die Kommission aktualisierte ihre Analyse in regelmäßigen Abständen, und die Genauigkeit der Projektionen war vergleichbar mit jener bei anderen internationalen Organisationen. Der Hof stellte jedoch Mängel bei der Dokumentation, der Begründung der Annahmen und den Qualitätskontrollen fest.

XI. Eine gründliche Analyse der Ausgestaltung und Umsetzung der Reformen in vier besonders wichtigen Politikbereichen (Steuerwesen, öffentliche Verwaltung, Arbeitsmarkt und Finanzsektor) zeigt ein gemischtes Bild. Die Reformen des Steuerwesens und der öffentlichen Verwaltung führten zu Haushaltseinsparungen, aber die Umsetzung der strukturellen Komponenten war unzulänglich. Der Arbeitsmarkt ist flexibler und wettbewerbsfähiger geworden, und weitere regulatorische Änderungen sind im dritten Programm noch im Gange. Der Finanzsektor wurde erheblich umstrukturiert, wofür jedoch dem Bankensystem mehr als 45 Milliarden Euro zugeführt werden mussten, von denen nur ein geringer Teil möglicherweise wiedererlangt werden kann. In allen Politikbereichen wurde eine Reihe wesentlicher Reformen mit erheblichen Verzögerungen oder nicht wirksam umgesetzt.

XII. Insgesamt ermöglichte die Ausgestaltung der Bedingungen Fortschritte im Reformprozess, der Hof stellte jedoch Mängel fest. Einige wesentliche Maßnahmen wurden nicht ausreichend begründet oder an die spezifischen Schwächen der einzelnen Sektoren angepasst. Bei anderen Maßnahmen trug die Kommission bei der Ausgestaltung der Umsetzungskapazität Griechenlands nicht umfassend genug Rechnung und passte daher Umfang und Zeithorizont nicht entsprechend an. Der Hof ermittelte zudem Fälle, in denen Bedingungen zu eng gefasst waren, um die Ungleichgewichte in den wichtigsten Sektoren zu beheben, sowie Fälle, in denen Maßnahmen zur Beseitigung großer Ungleichgewichte spät in die Programme aufgenommen wurden.

XIII. Die Kommission hat keine umfassende Evaluierung der ersten beiden Programme durchgeführt, obwohl eine solche Analyse für die Anpassung der Reformprozesse von Interesse sein könnte. Mitte 2017 benötigte Griechenland immer noch finanziellen Beistand, was darauf hindeutet, dass es mit den früheren Programmen - auch aufgrund mangelhafter Umsetzung - nicht gelungen ist, die Fähigkeit des Landes, sich auf den Finanzmärkten selbst zu finanzieren, wiederherzustellen. Die spezifischen Ziele der Programme wurden nur in begrenztem Umfang erreicht:

- *Rückkehr zum Wachstum:* Das BIP sank während der Laufzeit der Programme um mehr als ein Viertel, und Griechenland befand sich im Jahr 2012 nicht, wie ursprünglich vorgesehen, wieder auf Wachstumskurs.

- *Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen:* Bei den strukturellen Haushaltssalden ist eine weitreichende Haushaltskonsolidierung festzustellen. Wegen ungünstiger gesamtwirtschaftlicher Entwicklungen und Zinsaufwendungen für bestehende Schulden stieg die Schuldenquote aber weiter an.
- *Finanzstabilität:* Mit den Programmen wurde die kurzfristige Finanzstabilität gesichert. Eine deutliche Verschlechterung der Bilanzen der Banken, die in erster Linie auf die ungünstige makroökonomische und politische Entwicklung zurückzuführen war, konnte damit jedoch nicht vermieden werden, wodurch die Banken nur bedingt in der Lage waren, der Realwirtschaft Finanzmittel bereitzustellen.

Empfehlungen des Hofes

XIV. Die Europäische Kommission sollte

- a) die Verfahren für die Ausgestaltung von Hilfsprogrammen verbessern, insbesondere durch Festlegung des Umfangs aller Analysearbeiten, die für die Begründung des Inhalts der Bedingungen erforderlich sind;
- b) die Bedingungen besser priorisieren und präzisieren, welche Maßnahmen dringend erforderlich sind zur Behebung der Ungleichgewichte, deren Beseitigung für die Erreichung der Programmziele entscheidend ist;
- c) sofern für die Behebung der zugrunde liegenden wirtschaftlichen Ungleichgewichte relevant, dafür sorgen, dass die Programme in eine allgemeine Wachstumsstrategie für das Land eingebunden werden;
- d) über klare Verfahren verfügen und gegebenenfalls zentrale Leistungsindikatoren festlegen, damit die Programmüberwachung systematisch erfolgt und genau dokumentiert wird;
- e) das Problem der Datenlücken von Anfang an umfassender angehen;
- f) sich um eine Einigung mit den Programmpartnern bemühen, damit die Rollen und die Modalitäten der Zusammenarbeit klar festgelegt und transparent sind;

- g) die Annahmen und Änderungen besser dokumentieren, die an den der Programmausgestaltung zugrunde liegenden wirtschaftlichen Berechnungen vorgenommen werden;
- h) bei der Bewertung der Verwaltungskapazität des Mitgliedstaats zur Umsetzung der Reformen und seines Bedarfs an technischer Hilfe systematischer vorgehen, wobei die Bedingungen an die Ergebnisse dieser Bewertung angepasst werden sollten;
- i) ihre Analysearbeit zur Programmausgestaltung ausbauen. Insbesondere sollte sie Eignung und Zeitplan der Maßnahmen an der konkreten Situation im Mitgliedstaat ausrichten;
- j) Zwischenbewertungen für aufeinanderfolgende Programme mit einer Gesamtlaufzeit von mehr als drei Jahren vornehmen und die Ergebnisse dazu nutzen, um die Regelungen für die Ausgestaltung und Überwachung der Programme zu bewerten;
- k) analysieren, wie der geeignete Rahmen für Unterstützung und Aufsicht nach Ablauf des Programms aussehen sollte.

Unabhängigkeit



Politische Unabhängigkeit

Umfassende theoretische Analysen und empirische Belege zur Zentralbankunabhängigkeit zeigen, dass die Unabhängigkeit der Zentralbank – und somit auch der Europäischen Zentralbank (EZB) – der Gewährleistung von Preisstabilität förderlich ist.

Die Unabhängigkeit der EZB ist im institutionellen Rahmen für die einheitliche Geldpolitik (dem Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, AEU-Vertrag, und der ESZB-Satzung) festgelegt.

Auswirkungen in der Praxis

Weder die EZB noch eine nationale Zentralbank noch ein Mitglied ihrer Beschlussorgane darf Weisungen von Organen oder Einrichtungen der EU, Regierungen der EU-Mitgliedstaaten oder anderen Stellen einholen oder entgegennehmen.

Die Organe und Einrichtungen der Europäischen Union (EU) sowie die Regierungen der Mitgliedstaaten verpflichten sich, diesen Grundsatz zu beachten und nicht zu versuchen, die Mitglieder der Beschlussorgane der EZB zu beeinflussen (Artikel 130 des AEU-Vertrags).

Sonstige Bestimmungen

Die Finanzvereinbarungen der EZB sind von denen der EU getrennt. Die EZB verfügt über einen eigenen Haushalt. Ihr Kapital wird von den nationalen Zentralbanken des Euroraums gezeichnet und eingezahlt.

Die Satzung sieht für die Mitglieder des EZB-Rats lange Amtszeiten vor. Mitglieder des Direktoriums können nicht wiederernannt werden.

Die Kontinuität der Amtszeit für Präsidenten der nationalen Zentralbanken und Mitglieder des Direktoriums wird wie folgt gewährleistet:

- > eine Amtszeit von mindestens fünf Jahren für die Präsidenten der nationalen Zentralbanken;
- > eine Amtszeit von acht Jahren für die Mitglieder des Direktoriums der EZB; eine Wiederernennung ist nicht zulässig;
- > eine Amtsenthebung ist in beiden Fällen nur möglich, wenn die erforderlichen Voraussetzungen für die Ausübung des Amtes nicht mehr erfüllt sind oder eine schwere Verfehlung begangen wurde;
- > für die Beilegung von Rechtsstreitigkeiten ist der Gerichtshof der Europäischen Union zuständig.

Das Eurosystem darf keine Darlehen an Einrichtungen der EU oder nationale Einrichtungen öffentlichen Rechts vergeben. Durch diese Bestimmung wird es zusätzlich gegen etwaige Einflussnahmen durch öffentliche Einrichtungen abgeschirmt.

Das Eurosystem ist funktionell unabhängig. Die EZB verfügt über alle Instrumente und Kompetenzen, die für die Durchführung einer effizienten Geldpolitik erforderlich sind, und ist befugt, selbstständig über deren Einsatz zu entscheiden.

Darüber hinaus hat die EZB das Recht, soweit dies für die Erfüllung der Aufgaben des Europäischen Systems der Zentralbanken erforderlich ist sowie in bestimmten anderen Fällen, die in Rechtsakten des EU-Rats speziell festgelegt sind, bindende Verordnungen zu erlassen.

DAX ® 13.197,71 -0,95%	E-STOXX 50® 3.606,75 -1,00%	MDAX ® 26.706,18 -0,96%	Dow Jones 26.076,89 -1,37%	Gold (USD) 1.344,50 +0,44%	EUR/USD 1,2439 +0,27%	Börsenkurse Indikationen
----------------------------------	---------------------------------------	-----------------------------------	--------------------------------------	--------------------------------------	---------------------------------	-----------------------------

Die WirtschaftsWoche > Politik > Europa > Urteil gegen Griechenland: Sanktionen, die nicht stattfinden

Urteil gegen Griechenland

EU-Strafen gegen Mitgliedsstaaten sind zahnlos

Sanktionen, die nicht stattfinden

ANZEIGE

Was lernen wir daraus? Es funktioniert offenbar nicht, was man sich in der EU als Druckmittel zur Einhaltung des EU-Rechts durch die Mitgliedsstaaten dachte. Geldstrafen, die dem Verurteilten nicht wehtun, weil er ohnehin nicht aus eigener Kraft zahlungsfähig ist, sind zahnlose Tiger.

Es ist höchst fragwürdig, ob EU-Institutionen überhaupt in der Lage sind, Mitgliedsstaaten zu etwas zu zwingen, was deren Regierung nicht will – oder kann. Je wichtiger das Thema, desto schwächer scheint die Durchsetzungsfähigkeit der EU zu sein. Jüngstes Beispiel: Flüchtlinge. Nicht einmal die vereinbarte Verteilung der vergleichsweise kleinen Zahl von 160.000 Flüchtlingen funktioniert. Viele Staaten widersetzen sich einfach. Das fällt ihnen umso leichter, weil ohnehin die meisten Flüchtlinge nach Deutschland wollen.

Dass interne EU-Sanktionen niemanden zu schrecken brauchen, zeigte sich vor allem im Rahmen der Währungsunion. Das vorgesehene Defizitverfahren erwies sich als Luftnummer, als Deutschland und Frankreich die Kriterien schon kurz nach der Einführung des Euro verletzen und ein Verfahren unter fadenscheinigen Vorwänden verhindern. Gegen die beiden wichtigsten Länder läuft in Brüssel bekanntlich ohnehin nichts. Bisher hat nie ein Defizitverfahren stattgefunden.

Griechenland, USA, Japan

Die größten Pleitestaaten der Welt



Was hätte auch das Ergebnis sein können: Eine Geldstrafe gegen einen Staat, dem es an Geld mangelt? Strafen, die das Problem, um das es geht, verschärfen, sind offensichtlich nicht nur kontraproduktiv, sondern absurd. Die Sünde des Sünders besteht darin, dass er nicht genug Geld hat. Und dafür soll er eine Geldstrafe zahlen? De facto läuft es – bislang – umgekehrt: Der vertragsbrüchige Staat, der schließlich kein Verbrechen begangen hat, sondern eine fiskalische Vorgabe nicht erfüllen wollte oder konnte, erhielt keine Strafe. Wenn, wie im Falle Griechenlands, das Defizit besonders groß wird, bekommt er sogar das Gegenteil einer Geldstrafe, nämlich finanzielle Unterstützung.

Schwache Mitgliedsstaaten werden weiter geschwächt

Versenden
Drucken
Merken
Startseite

finanziell Starken können sich, sofern sie groß genug sind, mit politischen Mitteln entziehen. Die Ereignisse der vergangenen Jahre haben überdeutlich gezeigt: Es gibt keine wirksamen Druckmittel gegen Mitgliedsstaaten, die kein Eigeninteresse an der Umsetzung von EU-Vorgaben haben.

Versenden
Drucken
Merken
Startseite



Einblick Hinter Schulden keine Welt

Systemrelevanz, der Begriff reicht weiter, als man denkt, so zeigt sich an den Finanzmärkten. Echte Rettung ist nicht in Sicht.

Das jahrelange Prozessieren der Kommission gegen Griechenland und die Absurdität einer Geldstrafe gegen das aus eigener Kraft zahlungsunfähige Land offenbaren aber nicht nur die Fragwürdigkeit von EU-internen Sanktionen. Der Fall zeigt auch noch ein ganz grundsätzliches Problem der Union: Nämlich die zum Teil sehr großen Unterschiede der politischen Kultur zwischen den Mitgliedsstaaten und die Schwierigkeiten der EU-Kommission beim Versuch, diese durch gemeinsame Richtlinien oder Urteile aus der Welt zu schaffen.

ANZEIGE

Im Mitgliedsstaat Griechenland gehört die Einrichtung einer Sondermüll-Infrastruktur zum Schutz der Umwelt und der Gesundheit von Anwohnern ganz offensichtlich nicht zu den Dingen, die besondere Priorität haben. Dem Land eine solche aufzuerlegen, trifft offenbar auf Widerstände, die nicht nur durch den Mangel an Geldmitteln zu erklären sind. Denn die von Brüssel gewünschten Müll-Anlagen wurden nicht nur nicht gebaut. Sieben Jahren nach dem ersten Urteil hat die griechische Verwaltung nicht einmal einen „spezifischen Plan für die Bewirtschaftung gefährlicher Abfälle“ vorlegen können, wie das Gericht feststellt.

ANZEIGE

Seite 1: **EU-Strafen gegen Mitgliedsstaaten sind zahnlos**

Seite 2: **Sanktionen, die nicht stattfinden**

Seite 2/2 | **Alles zeigen**

◀ | 1 | 2 | ▶



Autor Ferdinand Knauß
Reporter, Redakteur Politik WirtschaftsWoche Online

Artikel bewerten

Schlagworte: EU-Mitgliedstaat | Europäischer Gerichtshof

© Sie wollen unsere Inhalte verwenden? Erwerben Sie hier die Rechte!

ANZEIGE

Mehr zum Thema

WIRTSCHAFT

BILANZ KARRIERE DIGITAL GELD

WIRTSCHAFT SCHLAMPIGE POLITIKER

Die Schuldigen des Griechenland-Desasters

Von Florian Hassel | Veröffentlicht am 02.05.2010 | Lesedauer: 8 Minuten



1 von 2

Diese Politiker haben nicht genau genug hingesehen: Hans Eichel, Gerhard Schröder, Jaques Chirac, Nikolas Sarkozy, Konstantin Karamanlis, Valery Giscard d'Estaing, Helmut Schmidt, ...

Quelle: pa/pa

Auch sie tragen eine Mitschuld: Andreas Angela Merkel, Peer Steinbrück und Geo

Quelle: picture alliance/picture alliance

Das griechische Schuldendrama hat sich lange angekündigt. Doch in Bonn und Berlin, Brüssel und Paris hat sich niemand ernsthaft für die maroden Staatsfinanzen des südeuropäischen Staates interessiert. Das geht schon seit Jahrzehnten so – und Gründe dafür gibt es viele.

Es war ein explosiver Bericht, den Inspektoren der EU-Statistikbehörde Eurostat dem deutschen Finanzminister Hans Eichel (SPD) und seinen Kollegen der Eurozone im November 2004 auf den Tisch legten. Thema: der griechische Staatshaushalt. Knapp vier Jahre zuvor war das südeuropäische Land in die Währungsunion aufgenommen worden. In ihrem Bericht zogen die Inspektoren ein vernichtendes Fazit: Sowohl vor als auch nach ihrer Aufnahme in die Eurozone hatten die Griechen ihre Haushaltszahlen kräftig geschönt.

Von 1997 bis 2003 waren alle Haushaltsdefizite in Wahrheit deutlich höher als von Athen zuvor an Brüssel gemeldet. Mehr noch: In jedem Jahr lagen die neuen Schulden über der im Stabilitätspakt von Maastricht erlaubten Obergrenze von drei Prozent der Wirtschaftsleistung. Das unausgesprochene Fazit: Griechenland hätte nie in die Eurozone aufgenommen werden dürfen. Die Regierung in Athen hatte milliardenschwere Ausgaben für Panzer oder Jagdflugzeuge verschleiert, Schulden in Staatsbetriebe außerhalb des Haushalts verlagert, die Steuereinnahmen zu hoch und die Schulden zu gering geschätzt. Außerdem hatte sie etliche Mittel regelwidrig im Staatshaushalt verbucht, darunter EU-Fördergelder und Geld der Postsparkasse.

Der Vertrag von Maastricht sieht vor, dass Schuldensünder mit Milliardenbußgeldern und strengen Kontrollen des Haushaltes durch Brüssel bestraft werden können. Das Problem war nur: Deutschland und Frankreich, die wichtigsten Länder der Eurozone, machten

selbst mehr Schulden als erlaubt und hatten auch Tricks zur Haushaltskosmetik angewendet. Seit dem Frühjahr 2003 stritt die EU-Kommission daher mit Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) und Eichel in Berlin und mit Frankreichs Präsident Jacques Chirac und seinem Finanzminister Nicolas Sarkozy in Paris. Die Kommission verlangte von Berlin und Paris vergeblich mehr Haushaltsdisziplin und leitete ein Defizitverfahren ein.

Um keinen Präzedenzfall zu schaffen, lehnten Eichel und Sarkozy Strafen und scharfe Kontrollen der Griechen trotz des Statistik-Skandals ab. Berlin und Paris wollten selbst nicht mehr, sondern weniger Haushaltsdisziplin - und setzten schließlich durch, dass die Sanktionsbestimmungen für Schuldensünder im Stabilitätspakt aufgeweicht wurden. Athen kam mit einer milden Verwarnung davon.

Es war nicht das letzte Mal, dass bei der Behandlung Griechenlands politische Opportunität über wirtschaftliche Notwendigkeit und Sachverstand siegte. Und auch nicht das erste Mal.

Schon kurz nach dem Ende einer desaströsen Militärjunta in Griechenland beantragte der konservative Premier Konstantin Karamanlis in Brüssel 1975 Griechenlands Aufnahme in die damalige Europäische Gemeinschaft (EG). Karamanlis wollte sein Land auf diese Weise unwiderruflich in Europa verankern. Doch die EG-Kommission riet im Januar 1976 von einer schnellen Aufnahme ab: Griechenlands landwirtschaftlich geprägte Wirtschaft sei nicht konkurrenzfähig, Inflation, Arbeitslosigkeit und Handelsdefizit seien problematisch hoch. Mit heute prophetisch klingenden Worten warnten die Eurokraten damals, Griechenland werde die Gemeinschaft viel Geld kosten.

Doch Frankreichs Präsident Valéry Giscard d'Estaing unterstützte Griechenlands Aufnahmegesuch, um die Region Südosteuropa zu stabilisieren. Deutschland wiederum war Griechenlands führender Handelspartner und hoffte, diese Position auszubauen. Und so sicherte Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) dem Junta-Überwinder Karamanlis schon vor der Stellungnahme der EG-Kommission eine "vorbehaltlose Unterstützung" zu. Außenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) reiste durch Europa, um widerstrebende Kollegen zur Zustimmung für Griechenlands Aufnahme zu bringen.

Mit Erfolg: Am 9. Februar 1976 stimmte der Ministerrat der damals neun EG-Länder zu, mit den Griechen über den Beitritt zu verhandeln. Athens Versprechen, Ordnung in die eigenen Staatsfinanzen zu bringen, blieb aber auch nach dem formellen Beitritt zur EG 1981 unerfüllt. Das galt erst recht, nachdem im Herbst des Jahres Andreas Papandreou mit seinen Sozialisten die Macht übernahm.

Zwar bekam Athen nun viel Geld aus Brüssel, um seine Wirtschaft zu modernisieren. Doch Papandreou setzte stattdessen lieber populistische Wahlkampfversprechen um: Löhne und Sozialleistungen wurden kräftig erhöht. Die Arbeitskosten kletterten jährlich um 20 Prozent - weit schneller als die Produktivität. Vor allem aber führte Papandreou die griechische Tradition fort, Loyalität mit Staatsposten zu erkaufen. So ließ der Regierungschef an einem einzigen Tag im Dezember 1984 gleich 50.000 "außerordentliche Beamte" einstellen.

Kaum war Papandreou im Juni 1985 wiedergewählt, musste er seine Landsleute an eine wirtschaftliche Grundregel erinnern: "Wir können nicht mehr konsumieren, als wir produzieren." Im Oktober 1985 verhängten er und sein neuer Finanzminister Kostas Simitis einen Einstellungs- und Lohnstopp, versprachen die Bekämpfung der notorischen Steuerhinterziehung und werteten die Drachme um 15 Prozent ab. Die Europäische Gemeinschaft rettete Griechenland mit einem 1,75-Milliarden-ECU-Kredit vor dem Bankrott.

Das Geld europäischer Steuerzahler floss auch in den Jahren danach über Brüssel weiter nach Athen. 1989 entsprachen die EG-Transfers schon 4,5 Prozent der griechischen Wirtschaftsleistung. Die Brüsseler Kontrolleure waren bald "genervt vom Missbrauch der EG-Gelder, die zum großen Teil für Konsum ausgegeben wurden", stellte der damalige griechische Diplomat Mark Dragoumis später fest. EG-Kommission und OECD warnten, Griechenland falle auch im Vergleich zu Ländern wie Portugal oder Irland weiter

zurück. Doch die Mächtigen Europas wie Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) schauten nicht nach Südeuropa: Ihr Interesse galt zunächst der kriselnden Sowjetunion und danach der Wiedervereinigung Deutschlands.

Zudem sah es Anfang der 90er-Jahre kurz so aus, als würde Griechenland die Kurve kriegen. Nach einem Wahlsieg der Konservativen begann der unerschrockene Finanzminister Stephanos Manos damit, radikal Ausgaben zu streichen. Bald aber hatten die Griechen genug vom Sparen und wählten 1993 Papandreou zurück an die Macht. Der alternde Patriarch musste das Feld rasch Kostas Simitis überlassen. Dieser professoral wirkende Regierungschef und Europa-Anhänger begann mit Reformen und kürzte scheinbar erfolgreich die Staatsausgaben. Das Defizit, das noch 1993 bei 13 Prozent der Wirtschaftsleistung lag, schmolz wundersam schnell. 1998 ließ Simitis nur noch 2,5 Prozent Haushaltsdefizit nach Brüssel melden. Und im Jahr 2000, dem Jahr der Entscheidung über die Aufnahme in die Eurozone, gar nur noch ein Prozent.

Die Eurostat-Fachleute indes zweifelten bereits seit Jahren an den Zahlen aus Athen. Doch trotz der Warnungen nickten Finanzminister Eichel und seine europäischen Kollegen die griechischen Berichte im Frühjahr 2000 ab. Am 20. Juni ließ sich Simitis beim EU-Ratsgipfel im portugiesischen Santa Maria da Feira von seinen Amtskollegen feiern. Kanzler Schröder und die anderen Staats- und Regierungschefs applaudierten, als der Grieche vor die Mikrofone trat und verkündete, dass sein Land zum 1. Januar 2001 den Euro einführen würde. Anschließend stießen die Chefs mit altem Portwein an. Schröder und seine Kollegen gratulierten Griechenland zur "gesunden wirtschaftlichen und Finanzpolitik" der vergangenen Jahre.

Die Eurostat-Inspektoren weigerten sich dagegen mehrfach, Daten aus Athen abzusegnen. Grund zur Skepsis gab es genug. Allein von 2000 bis 2006 durfte Griechenland in Brüssel 28 Milliarden Euro abrufen - überwiegend aus dem Hilfsfonds zur Förderung zurückgebliebener Regionen. Oft mahnte Brüssel vergeblich Belege über die ordnungsgemäße Verwendung der Milliarden an. Auf der Führungsebene der EU wurde dies aber ebenso wenig zum Thema wie zwischen Schröder und Eichel.

Bis im Mai 2004 die Illusion solider griechischer Finanzen platzte. In Athen regierte nun der neue, konservative Premier Kostas Karamanlis, ein Neffe von Konstantin Karamanlis, dem mehrmaligen Regierungschef. Kaum im Amt, rechnete Karamanlis junior im Parlament mit seinem sozialistischen Vorgänger ab. Simitis habe das griechische Haushaltsdefizit nur mit "kreativer Buchhaltung" unter die für die Eurozone entscheidende Drei-Prozent-Grenze gerechnet. "Der Haushalt war von Anfang an eine Fiktion", gab Karamanlis zu.

Dennoch ließen die EU-Regierungen Athen weiterhin gewähren. Ein Vorstoß der Kommission, den Eurostat-Inspektoren echte Prüfungsvollmacht zu geben, scheiterte 2005 im EU-Ministerrat: Weder Schröder und Eichel noch Chirac und Sarkozy wollten riskieren, dass Aufpasser aus Brüssel plötzlich auch in ihren Finanzministerien auftauchen könnten.

In Athen versprach Karamanlis ab sofort Ehrlichkeit und Transparenz. Doch es sollte anders kommen. So ließ der Regierungschef die Größe der griechischen Wirtschaft neu berechnen, vor allem des bis dahin statistisch vernachlässigten Dienstleistungssektors. Dass die griechische Wirtschaftsleistung tatsächlich 25,7 Prozent höher ist als zuvor ausgegeben, verkündete er allerdings mit deutlicher zeitlicher Verzögerung. Der Grund: Karamanlis' Minister verhandelten gerade darüber, wie viele Milliarden sie künftig aus Brüssel bekommen sollten. Die EU-Strukturhilfen erhalten nur Regionen, deren Wirtschaftsleistung unter 75 Prozent des EU-Durchschnitts liegt.

Griechenlands BIP lag zum Zeitpunkt der Verhandlungen offiziell bei 74,9 Prozent - nach der Revision der Wirtschaftsleistung aber bei 98,5 Prozent. "Hätten die neuen Zahlen schon zum Zeitpunkt der Verhandlungen über die Strukturhilfen vorgelegen, hätte Griechenland nur ein Drittel der 20,4 Milliarden Euro bekommen, die ihm als Strukturhilfe zugestanden wurden", urteilte Robert McDonald vom Wirtschaftsforschungsinstitut Economist Intelligence Unit.

Zumindest die Eurostat-Fachleute bezweifelten auch andere Angaben der Karamanlis-Truppe. Ihre Bedenken wurden weder von der EU-Führung noch in den europäischen Hauptstädten ernst genommen. Vielleicht spielte auch eine Rolle, dass konservative Politiker wie EU-Kommissionschef José Manuel Barroso und Kanzlerin Angela Merkel (CDU) keinen Konflikt mit dem ebenfalls konservativen Karamanlis wünschten. Und vor allem saßen Merkel und ihr damaliger Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) im Glashaus: Erst im Oktober 2006, nach viereinhalb Jahren, setzte die EU ihr Defizitverfahren gegen Deutschland aus.

Die nächste Bombe platzte daher erst nach einem erneuten Machtwechsel in Athen. Regierungschef Karamanlis half es nicht, dass er 2009 im Wahlkampf nach alter Sitte 29 000 Beamte einstellen ließ. Am 4. Oktober 2009 siegten die Sozialisten unter George Papandreou. Auch der neue Regierungschef und sein Finanzminister George Papakonstantinou führten ihre Vorgänger vor: Wieder war Brüssel jahrelang belogen worden, stellten sie nach einem finanziellen Hausputz fest. Und wieder wurde das Haushaltsdefizit für mehrere Jahre nach oben korrigiert - für 2009 gar von 3,7 auf 12,5 Prozent.

Im Februar barmte Papakonstantinou im Interview mit der "Welt am Sonntag": "Mein Hauptproblem ist, dass niemand meinen Zahlen glaubt." Dabei habe Griechenland der EU nun "alle Daten, alle Informationen" geschickt: "Alles ist auf dem Tisch."

Seitdem wurde allein das Haushaltsdefizit für 2009 bereits zwei Mal nach oben korrigiert - zuletzt durch Eurostat am 22. April. Und noch immer, so die Inspektoren, bestünden Zweifel "an der Qualität der von Griechenland gemeldeten Daten".

Lesen Sie alles Wichtige rund um Wirtschaft – im täglichen Newsletter der WELT.

Nur noch ein Schritt:

Bitte klicken Sie den Bestätigungs-Link in der E-Mail, die wir soeben an ###eMail### geschickt haben.

© WeltN24 GmbH. Alle Rechte vorbehalten.

© WeltN24 GmbH

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/102730611>

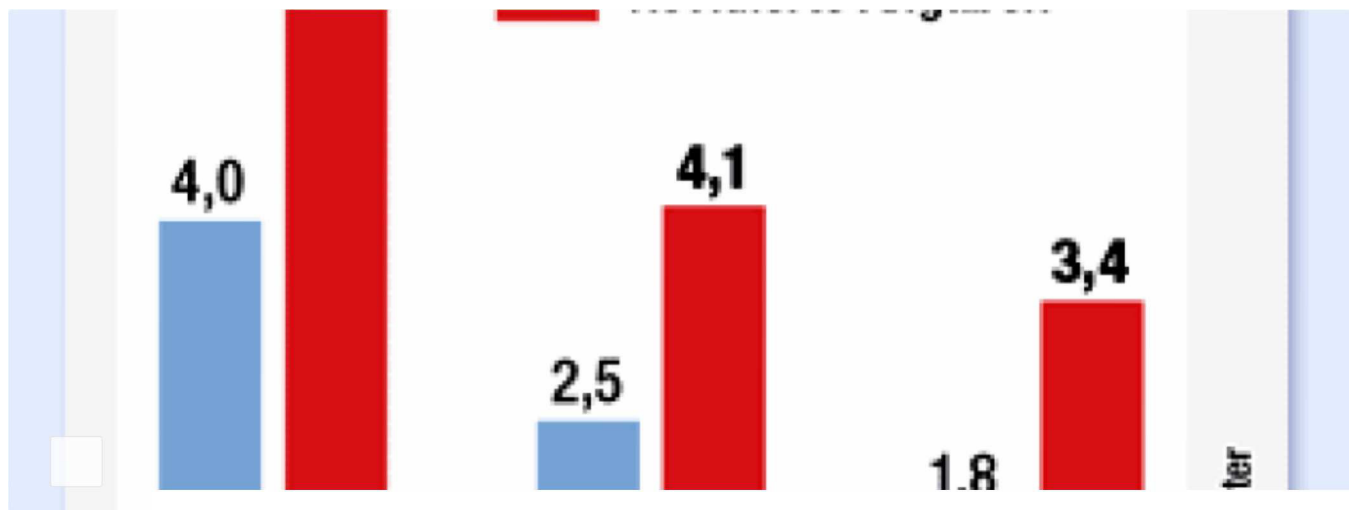
Wirtschaft

F.A.Z.-INDEX	2.630,02	+0,53 %	DAX °	13.260,14	+0,47 %	EUR/USD	1,2440	+0,29 %	DOW JONES	26.076,89	-1,37 %	ALLE KURSE
--------------	----------	---------	-------	-----------	---------	---------	--------	---------	-----------	-----------	---------	------------

EURO-RAUM

Griechenland erschwindelte Euro-Beitritt

AKTUALISIERT AM 16.11.2004 - 08:57



Griechenland hätte den Euro nicht einführen dürfen, das Haushaltsdefizit lag zwischen 1997 und 1999 über drei Prozent. Konsequenzen aus dem Schwindel sind aber keine zu erwarten.

Griechenland hat auch in den Jahren 1997 bis 1999 falsche Angaben über das staatliche Haushaltsdefizit an die Europäische Union gemeldet. Das geht aus einem Bericht des europäischen Statistikamts Eurostat hervor. Danach lag das Haushaltsdefizit in diesen drei Jahren, die als Referenzzeitraum für den Beitritt des Landes in die Europäische Währungsunion im Jahr 2001 galten, jeweils oberhalb des Maastrichter Referenzwerts von 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Aufgrund der jetzt bekannten Zahlen hätte Griechenland den Euro nicht einführen dürfen. Im September hatte die Regierung in Athen bereits eingeräumt, daß die Defizitzahlen für die Jahre 2000 bis 2003 zu niedrig ausgewiesen waren.

Eine Delegation von Eurostat hat in der vergangenen Woche in Athen die griechischen Zahlen für 1997 bis 1999 nochmals überprüft. Die Ergebnisse ihres Berichts sind vorläufig. Aus Kommissionskreisen verlautet aber, daß die Zahlen sich nur noch minimal ändern könnten. Danach belief sich das Staatsdefizit 1997 auf 6,4 Prozent des BIP, 1998 auf 4,1 Prozent und 1999 auf 3,4 Prozent. Der Konvergenzbericht für Griechenland, der die Grundlage für den Beschluß zur Aufnahme des Landes in die Währungsunion bildete, hatte Defizite von 4 Prozent (1997), 2,5 Prozent (1998) und 1,8 Prozent (1999) des BIP ausgewiesen.

MEHR ZUM THEMA

Das Hauen und Stechen um den Stabilitätspakt hat begonnen

1 / 7

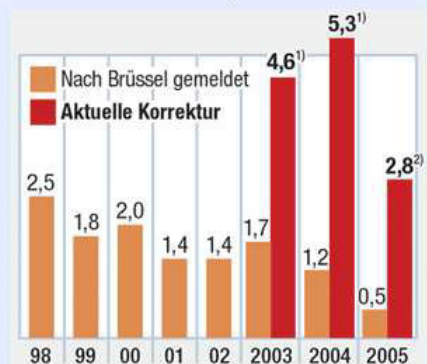
Keine gravierenden Sanktionen erwartet

Der griechische Finanzminister Giorgos Alogoskoufis bestätigte am Montag in Athen lediglich frühere Angaben, daß das Defizit im Jahr 1999 über 3 Prozent des BIP gelegen habe. Die Finanzminister des Euro-Raums diskutierten den Eurostat-Bericht am Montag abend in Brüssel, zogen aber wegen dessen Vorläufigkeit noch keine Konsequenzen. Auch über das laufende Defizitverfahren gegen Griechenland, das auf einem zu hohen Defizit in den Jahren 2002 und 2003

beruht, wollen die Minister erst im Dezember beraten.

Griechenlands Defizit

Nach Brüssel gemeldete Neuverschuldung in Prozent des Bruttonettoproduktivs



1) Von der griechischen Regierung unter Ministerpräsident Kostas Karamanlis eingestandenes Defizit. 2) Regierungsziel.

Quellen: Eurostat; griechische Regierung / FAZ.-Grafik Brocker

Gravierende Sanktionen wegen der falschen Zahlen erscheinen derzeit unwahrscheinlich. Sowohl die Kommission als auch Brüsseler Diplomaten weisen darauf hin, daß die jetzige griechische Regierung die Fehlberechnungen der vergangenen Jahre aufgedeckt habe und dafür nicht bestraft werden dürfe. Der für Wirtschafts- und Währungsfragen zuständige EU-Kommissar **Joaquín Almunia** hatte bereits im September angekündigt, ein Vertragsverletzungsverfahren zu prüfen. Der juristische Dienst der Kommission sieht derzeit aber keine rechtliche Grundlage dafür, Griechenland im Nachhinein aus dem Euro-Raum auszuschließen, auch wenn es zum Beitrittszeitpunkt die Bedingungen für einen Beitritt nicht erfüllt hat. Die einzige Sanktion, über die offen in Brüssel gesprochen wird, ist die Sperrung von EU-Fördergeldern. Hier steht ein Betrag von rund einer halben Milliarde Euro in Rede.

Bild: F.A.Z.

Kritik an Eurostat

In der Kritik stehen auch Eurostat und die Kommission. Es sei unverständlich, daß die EU-Behörden so lange nichts unternommen hätten, obwohl die griechische Nationalbank die "richtigen" Zahlen schon früher veröffentlicht habe, sagten Diplomaten. Aus deutschen Delegationskreisen war zudem zu hören, es sei erstaunlich, mit welcher Akribie die Kommission die Neuverschuldung in Deutschland verfolge, während sie schwerwiegende Verstöße gegen die Maastricht-Kriterien in anderen Ländern lange übersehen habe.

Die Gründe für die Falschmeldungen sind noch nicht bekannt. In Athen wird auf unterschiedliche "Berechnungsmethoden" verwiesen. In Brüssel hieß es, die Diskrepanzen hätten ähnliche Gründe wie diejenigen der Falschmeldungen für die Jahre 2000 bis 2003. In diesen Jahren hatte die griechische Regierung vor allem Militärausgaben zu gering und Überschüsse aus der Sozialversicherung zu hoch veranschlagt.

Quelle: wmu., Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.11.2004, Nr. 268 / Seite 11



[Startseite](#) > [Technik](#) > [Wirtschaft](#) > [Politik](#)

PHOTOVOLTAIK 13.04.2012, 11:58 Uhr

Solar-Projekt Helios: Griechenland will Sonne versilbern

Mit dem EU-Projekt Helios sollen bis 2020 hocheffiziente Solarstromkraftwerke in Griechenland mit rund 10 GW Nennleistung Ökostrom produzieren. Via Stromkabel durch die Adria soll ein Großteils des regenerativ erzeugten Stroms nach Süddeutschland eingespeist werden. Und den Griechen ein bisschen mehr der so arg benötigten Wirtschaftskraft bringen.

Die Götter meinen es gut mit den Griechen: Schon am frühen Morgen lässt der Frühling über der Athener Altstadt Plakka in der Osterwoche am Himmel sein blaues Band wieder flattern. Wolkenlos und sonnig mit 17 °C bereits zur Frühstückszeit. Das Thermometer verspricht, an diesem Apriltag deutlich über 20 °C zu klettern.

Der meist gut gelaunte EU-Energiekommissar Günther Oettinger strahlt an diesem Morgen in der griechischen Hauptstadt noch mehr als sonst in Brüssel. Als Hauptredner stellt er auf einer EU-Energiekonferenz zum Thema „Erneuerbare Energien und die Infrastrukturentwicklung Südeuropas“ das EU-Energieprojekt Helios vor. Oettinger hat die Vision eines grüneren Europas, basierend auf einem Anteil von bis zu 50 % regenerativer Energien an der Stromerzeugung bis 2050. Bis 2020 soll das strategische Ziel erreicht sein, einen Anteil von 20 % am tatsächlichen Stromverbrauch der EU mit Energiegewinn aus Erneuerbaren zu erzielen.

Solar-Projekt Helios erfüllt Oettingers Visionen

Ein Flaggschiffprojekt für Oettingers Visionen soll hierbei Helios in Griechenland werden, benannt nach dem Sonnengott der griechischen Mythologie. Mit der zwischen Athen und Brüssel eng verzahnten Initiative soll die europäische Zusammenarbeit im Bereich erneuerbarer Energien auf eine neue Grundlage gestellt werden. Ziel ist es, die Kosteneffizienz der Ökostromerzeugung deutlich zu steigern und den Solarstrom in den sonnenreichen Regionen Südeuropas bis zum Ende des Jahrzehnts ohne direkte Subventionierung konkurrenzfähig zu machen.

Um diese Entwicklung erfolgreich vorzubereiten, müsse das Helios-Projekt von Beginn an den Ressourcenvorteil Griechenlands überzeugend in einen ökonomischen Vorteil für die europäischen Verbraucher umsetzen. Oettinger bringt dies auf die griffige Formel: „Mehr Sonne gleich niedrigere Preise“.

In der Tat liegt die mittlere jährliche Sonneneinstrahlung in Griechenland mit 1800 kWh/m² mehr als doppelt so hoch wie in Deutschland. Kein Wunder also, dass allein das Sonnenenergiepotenzial für Griechenland bei konsequenter technologischer Nutzung schon über 20 % der Stromerzeugung ausmachen könnte.

Solar-Projekt Helios: Griechische Sonne als Exportschlager

Mehr noch: Die griechische Sonne könnte den defizitären, nahezu bankrotten Staat aus den roten Zahlen führen und zum Exportschlager werden. Bei einem Ausbau auf bis zu 10 GW elektrische Nennleistung, wie von der griechischen Regierung derzeit geplant, würden nach griechischer Lesart bis zu 60 000 Arbeitsplätze vor Ort entstehen – vorausgesetzt, ein erheblicher Teil der Photovoltaikmodule würde auch tatsächlich auf den griechischen Inseln entstehen.

Der griechische Wirtschaftsminister George Papaconstantinou kündigte an, Photovoltaikanlagen auf einer Gesamtfläche von 200 km² zu errichten. Die Flächen hierfür will der griechische Staat zur Verfügung stellen. Die Voraussetzungen für eine EU-Kofinanzierung sind nach Angaben der EU-Kommission auf einem gutem Weg. Schon

bis 2017 will Griechenland Photovoltaikanlagen nach einer Pilotphase im ersten Abschnitt mit 300 MW Leistung errichten.

Für den griechischen Solarstrom soll mithilfe des europäischen Höchstspannungsnetzverbundes ENTSO-E (European Transmission Systems Operators) ein Netz von 35 000 km bis 2020 aufgebaut werden. Kosten ca. 25 Mrd. €.

Um den griechischen Sonnenstrom aufs europäische Festland zu bringen, sind verschiedene Varianten denkbar: Landtrassen über den westlichen oder östlichen Balkan bzw. über den italienischen Landweg die Apenninenhalbinsel hinauf via Österreich oder die Schweiz bis nach Süddeutschland.

EU: Helios-Strom soll durch die Adria nach Deutschland fließen

Die EU-Kommission favorisiert eine Seekabelverbindung durch die Adria mit kurzen Landwegtrassen durch Italien und Österreich bis an die deutsche Grenze. Eine derartige Verbindung würde eine Transportkapazität von bis zu 10 GW aufweisen, wo hingegen die aufwendigeren Landtrassen nur Kapazitäten von 150 MW bis 800 MW schaffen würden.

Ein griechisches Einspeisegesetz soll in der ersten Projektphase privates Kapital mobilisieren. Hans Ten Berge, Generalsekretär der Europäischen Elektrizitätsindustrie (Eurelectric), zeigt sich in Athen zuversichtlich, dass das griechische Modell ausreichend Kapital in den südeuropäischen Sonnengürtel bringen werde.

Bundesregierung dämpft Hoffnung auf Hilfe für Solarindustrie in Griechenland

Die Bundesregierung hat hingegen auf der Konferenz in Athen Hoffnungen auf eine Hilfe beim Ausbau der dortigen Solarindustrie gedämpft. Umwelt-Staatssekretär Jürgen Becker machte deutlich, dass für Deutschland der Import von griechischer Sonnenenergie derzeit

nicht infrage komme.

Priorität habe für Deutschland der Ausbau der erneuerbaren Energien im Inland, sagte Becker der Konferenz. Er verwies zudem darauf, dass der Einkauf von Solarenergie aus Griechenland zurzeit viel zu teuer wäre, da der Staat dort den Betreibern von Solaranlagen höhere Preise garantiere: „Gegenwärtig ist der Solarstrom trotz der deutlich höheren Sonneneinstrahlung in Griechenland fast doppelt so teuer wie in Deutschland.“ Zudem müsse die Athener Regierung Beckers Worten zufolge erst noch die Grundlagen dafür schaffen, dass ausländische Unternehmen angezogen würden.

Von Thomas A. Friedrich

Tags: Solarenergie

[Facebook](#)

[Twitter](#)

[Xing](#)

[LinkedIn](#)

[Mail](#)

Fritz W. Scharpf Die Währungsunion ist das Problem

Die Eurokrise spaltet Europa: In Griechenland, Irland, Portugal und Spanien (GIPS-Staaten) protestieren die Massen gegen die Spardiktate der Deutschen und der „Troika“ (Europäische Zentralbank, EU-Kommission und Internationaler Währungsfonds). Und in Berlin, Frankfurt und Brüssel sieht man die Schuld allein bei den GIPS-Ländern, die über ihre Verhältnisse gelebt und gegen alle Regeln des Stabilitätspaktes verstoßen haben. Weil man jedoch glaubt, dass Europa scheitert, wenn der Euro kippt, und dass dieser kippt, wenn auch nur ein GIPS-Staat insolvent wird, müssen die Sünder um jeden Preis gerettet werden. Aber um die Kredithilfen zu erhalten, sollen sie unter der Kuratel der Troika drakonische Sparauflagen erfüllen.

Diese vor allem in Berlin verbreitete Situationsdeutung ist wenig zutreffend. Eine leichtfertige Finanzpolitik hat gewiss in Griechenland zu der gegenwärtigen Krise beigetragen. Aber in Irland und Spanien haben die Regierungen nach der Einführung des Euro die Staatsverschuldung weit unter die Maastricht-Grenze (und weit unter das deutsche Niveau) gesenkt (Abbildung 1), und sie haben (wieder im Gegensatz zu Deutschland) bis zum Beginn der internationalen Finanzkrise im Jahre 2008 ihre Haushalte ausgeglichen oder sogar Überschüsse erzielt. Hier war die Staatsverschuldung nicht die Ursache, sondern eine Folge der Finanzkrise — weil (ebenso wie bei uns) Banken vom Staat gerettet und Arbeitsplätze gesichert werden sollten. Dass aber die Staatsverschuldung dort viel stärker eskalierte als bei uns, und dass die Finanzmärkte darauf mit prohibitiven Risikoprämien reagierten, liegt an Fehlentwicklungen vor der Krise, für die nicht die Finanzpolitik der GIPS-Regierungen, sondern in erster Linie die Europäische Währungsunion selbst und die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank verantwortlich waren.

Die Währungsunion war auf französischen Druck zustande gekommen, aber Deutschland hatte dafür gesorgt, dass die Europäische Zentralbank (EZB) und deren Geldpolitik dem Modell nachgebildet wurden, das die Bundesbank bei uns in den siebziger Jahren durchgesetzt hatte. Darin sicherte die unabhängige Zentralbank nicht nur den Geldwert, sondern ermöglichte auch inflationsfreies Wirtschaftswachstum, sofern nur die Finanz-

politik und die Lohnpolitik der Sozialpartner sich in dem von der Geldpolitik vorgegeben Rahmen hielten. Dieses (im Prinzip monetaristische) Modell hatte in der Bundesrepublik zumeist recht gut funktioniert – weil die Bundesbank ihre Geld- und Zinspolitik an den jeweils akuten Inflationsgefahren und Wachstumspotentialen der eigenen Wirtschaft orientierte, weil der Kontakt zwischen Bank und Regierung eng war und weil die ökonomisch sachverständigen deutschen Industriegewerkschaften in der Lage waren, die jährlichen Vorgaben der Geldpolitik bei ihrer Einschätzung des lohnpolitischen Spielraums zu berücksichtigen.

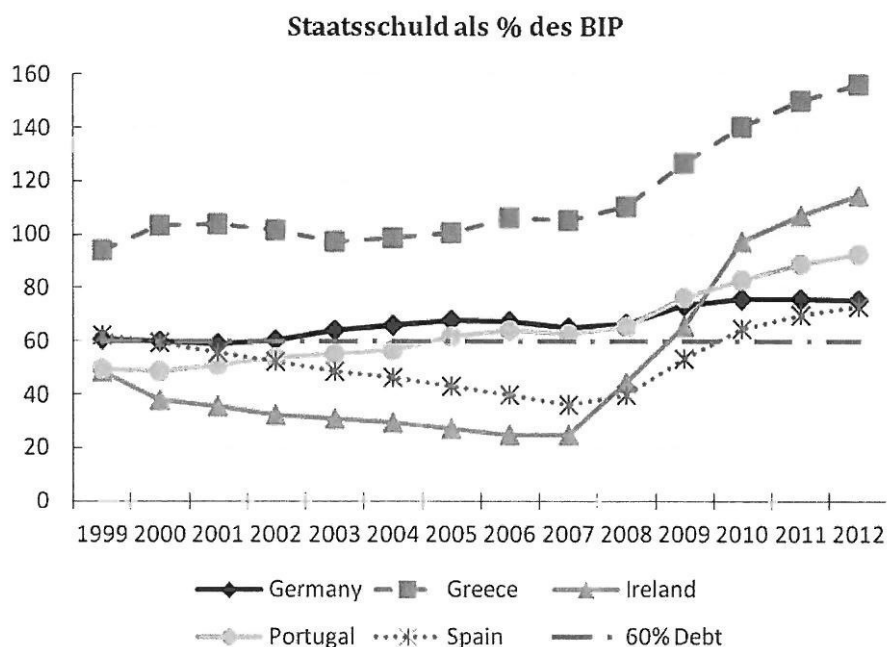


Abb. 1: Staatsschuld als Prozent des Bruttoinlandprodukts
© MPI für Gesellschaftsforschung

Diese Funktionsvoraussetzungen konnten bei der Übertragung des Modells selbstverständlich nicht reproduziert werden. Die Währungsunion startete am 1. Januar 1999 zunächst mit elf Mitgliedern – darunter Irland, Portugal und Spanien, während Griechenland erst 2001 aufgenommen wurde. Obwohl alle in den neunziger Jahren heroische Anstrengungen unternommen hatten, um die „Maastricht-Kriterien“ für den Beitritt zu erfüllen, waren die wirtschaftlichen, politischen und institutionellen Unterschiede innerhalb der Euro-Gruppe so groß, dass die Eurozone nach dem Urteil insbesondere amerikanischer Ökonomen nicht als „optimal currency area“ qualifiziert werden konnte, in der die makroökonomische Entwicklung durch eine zentralisierte, einheitliche Geldpolitik erfolgreich gesteuert werden konnte. Die Befürworter der

Währungsunion dagegen hatten erwartet, dass die Währungsunion selbst und der leichtere Handels- und Kapitalverkehr im einheitlichen Währungsraum die Konvergenz fördern und die noch vorhandenen Unterschiede rasch eibebnen werde.

Und zunächst schienen sie ja auch Recht zu behalten: Die Inflationsraten waren gesunken, die staatlichen Defizite reduziert worden und die Zinsen auf die Staatsschuld überall auf das niedrige deutsche Niveau gefallen, sobald die Finanzmärkte nicht mehr mit der Gefahr von Abwertungen rechnen mussten (Abbildung 2). Anders als Deutschland profitierten Länder, die zuvor hohe Risikozuschläge hatten bezahlen müssen, nun von stark verbilligten Krediten und zusätzlichen Wachstumsimpulsen, die auch die Einhaltung der Defizit-Regeln des Stabilitätspaktes erleichterten. Anders als zuvor befürchtet, lagen die Risiken also zunächst nicht bei der Finanzpolitik der Mitgliedstaaten. Sie lagen vielmehr bei der Geldpolitik, die man allein der unabhängigen Europäischen Zentralbank überlassen hatte.

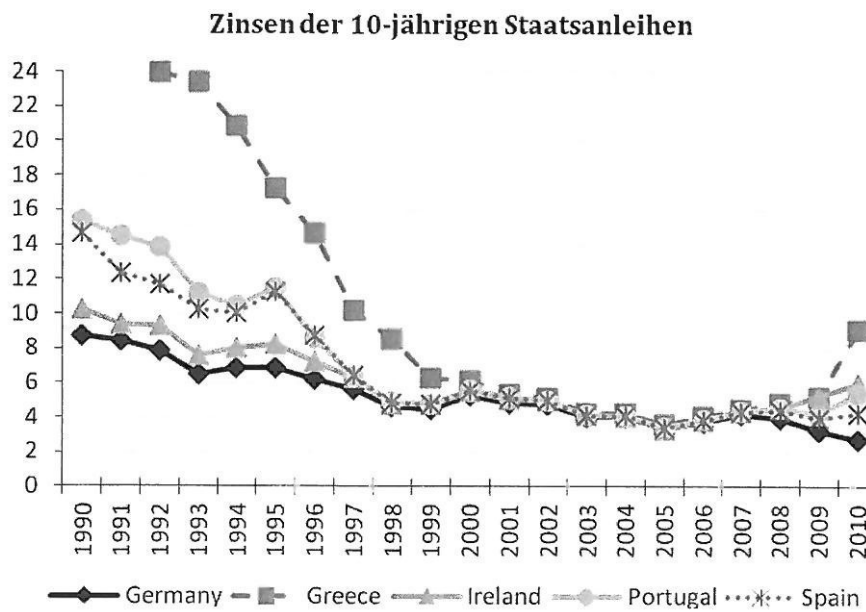


Abb. 2: Zinsen der 10-jährigen Staatsanleihen
© MPI für Gesellschaftsforschung

Für die Senkung der Inflationsraten auf das Maastricht-Kriterium hatten die Beitrittsländer noch die restriktive Geldpolitik ihrer nationalen Zentralbanken einsetzen können. Im Ergebnis erreichten sie damit auch annähernd (aber eben nicht ganz) das niedrige deutsche Niveau (Abbildung 3).

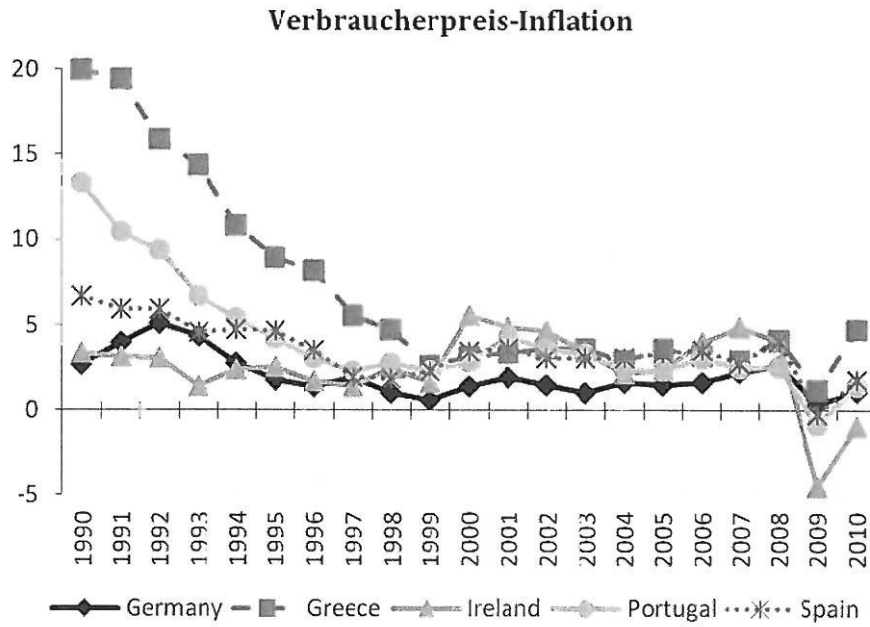


Abb. 3: Verbraucherpreis-Inflation
© MPI für Gesellschaftsforschung

Mit dem Eintritt in die Währungsunion aber verloren sie jeden Einfluss auf die monetären Instrumente. Und die nun zuständige EZB orientiert ihre Geldmengen- und Zinspolitik an der Eurozone im Ganzen und nicht an den Problemen einzelner Euroländer. Damit konnte sie zwar die durchschnittliche Euro-Inflationsrate erfolgreich begrenzen. Aber für Länder, deren Inflations- oder Wachstumsraten über oder unter dem Durchschnitt der Eurozone liegen, war und ist die EZB nicht in der Lage, die Funktion zu übernehmen, die die Bundesbank für die deutsche Wirtschaft erfüllt hatte. Ihre am Euro-Durchschnitt orientierte einheitliche Geldpolitik ist vielmehr für manche Länder zu restriktiv und für andere zu lax. Für beide Gruppen wirken ihre monetären Impulse deshalb als Fehlsteuerung. Sie treibt die einen in die konjunkturelle Überhitzung und vertieft in anderen die Rezession.

Das erste Opfer dieser monetären Fehlsteuerung war Deutschland, das der Währungsunion im Konjunkturabschwung und mit der niedrigsten Inflationsrate beigetreten war. Dafür war der nominale EZB-Zinssatz zu hoch, während er für die GIPS-Länder mit ihren deutlich höheren Inflationsraten zu niedrig war. Deshalb waren die für wirtschaftliche Entscheidungen maßgeblichen (inflationsbereinigten) Realzinsen in Deutschland besonders hoch, während sie in den GIPS-Ländern zeitweise sogar unter den Nullpunkt fielen (Abbildung 4).

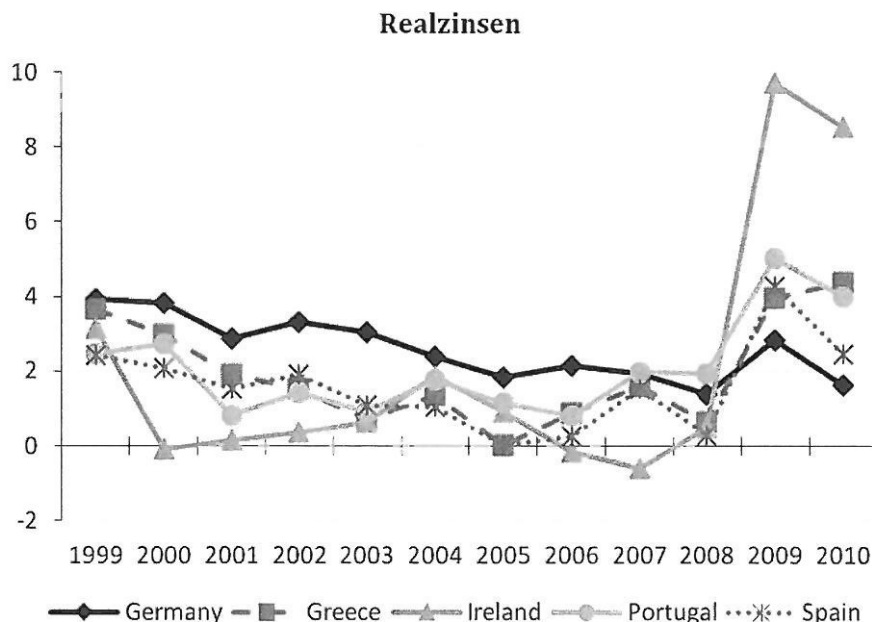


Abb. 4: Realzinsen
 © MPI für Gesellschaftsforschung

Die ohnehin schwache Konsum- und Investitionsnachfrage wurde also in Deutschland durch überhöhte Kreditzinsen zusätzlich gedämpft, während extrem niedrige Realzinsen in den GIPS-Ländern die Nachfrage anheizten. Im Ergebnis geriet Deutschland deshalb zwischen 2001 und 2005 in eine langwierige Rezession mit steil ansteigender Arbeitslosigkeit, während zumindest in Irland, Spanien und Griechenland das kreditfinanzierte starke Wirtschaftswachstum die Arbeitslosigkeit abnehmen ließ (Abbildung 5).

In der ersten Hälfte des Jahrzehnts war Deutschland also der „kranke Mann Europas“. Ohne die Währungsunion hätte die Geldpolitik gegensteuern, und eine expansive Finanzpolitik hätte die Beschäftigung stabilisieren können. Da diese auf Binnennachfrage zielenden Optionen ausgeschlossen waren (Deutschland verletzte den Stabilitäts пакт ja schon durch die rezessionsbedingten Mindereinnahmen und Mehrausgaben), blieb nur die angebotsseitige Hartz-IV-Politik und die Flucht in den Export. Ermöglicht wurde diese durch eine extrem vorsichtige Lohnpolitik der Industriegewerkschaften, die bei uns die Reallöhne sinken ließ. In den GIPS-Ländern dagegen trieb die kreditfinanzierte Binnenkonjunktur nicht nur die Importnachfrage, sondern auch die Löhne und die Lohnstückkosten in die Höhe (Abbildung 6) — und dem daraus folgenden Verlust der

internationalen Wettbewerbsfähigkeit entsprach die zunehmende Diskrepanz der Leistungsbilanzen (Abbildung 7).

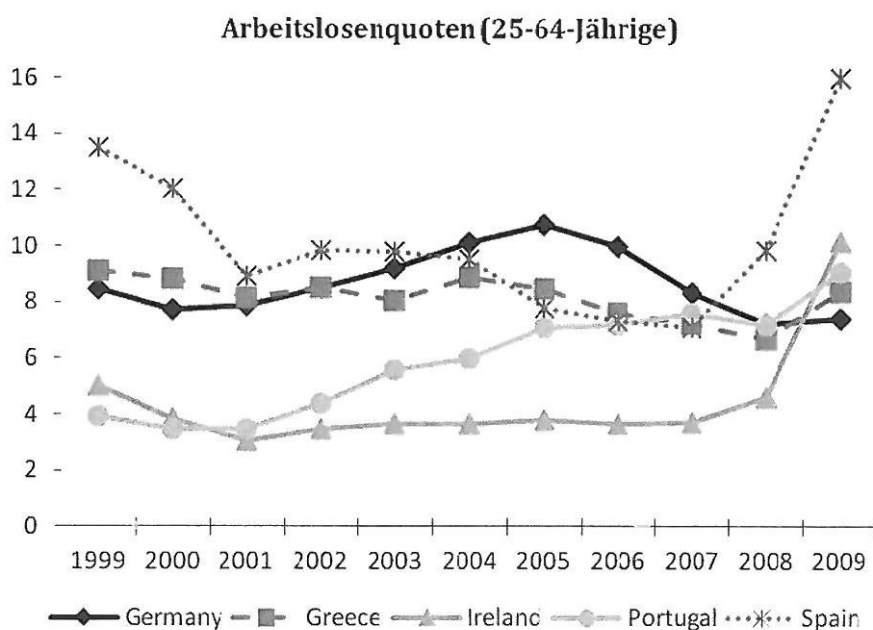


Abb. 5: Arbeitslosenquoten der 25- bis 64-Jährigen
© MPI für Gesellschaftsforschung

Ohne die Währungsunion wären Leistungsbilanzdefizite durch Zahlungsbilanzkrisen oder durch fallende Wechselkurse und höhere Risikozinsen korrigiert worden. In der Eurozone aber gab es für Anleger kein Wechselkursrisiko. Und weil bei der schwachen Konjunktur in Deutschland die Einnahmen aus Exportüberschüssen nicht im Inland konsumiert oder investiert werden konnten, finanzierten deutsche Kapitalexperte auch die wachsende Kreditnachfrage aus den GIPS-Ländern (Abbildung 8). Das Ergebnis waren systematisch erzeugte makroökonomische Ungleichgewichte in der Eurozone.

Diesem Teufelskreis setzte erst die internationale Finanzkrise ein Ende. Während die Banken in den Gläubigerländern Anlagen in amerikanischen Wertpapieren abschreiben mussten, fiel bei Banken in den Schuldnerländern die Refinanzierung aus. In beiden Fällen mussten die Staaten sich deshalb verschulden, um Banken zu retten und Arbeitsplätze zu sichern. Die von Krediten abhängige Wirtschaft der GIPS-Länder aber wurde durch die globale Kreditklemme (und in Irland und Spanien durch platzende Immobilienblasen) in eine besonders tiefe Krise gestürzt, die auch in den bisher beson-

ders soliden Ländern die Staatsschuld eskalieren ließ (Abbildung 1). Und erst jetzt bezweifelten auch die Rating-Agenturen und die Finanzmärkte die Zahlungsfähigkeit der GIPS-Staaten – mit der Folge, dass neue Kredite nun nur noch mit exorbitanten Risikoaufschlägen zu erhalten waren. Um dieses Problem geht es bisher bei den europäischen Rettungsaktionen für Griechenland, Irland und Portugal.

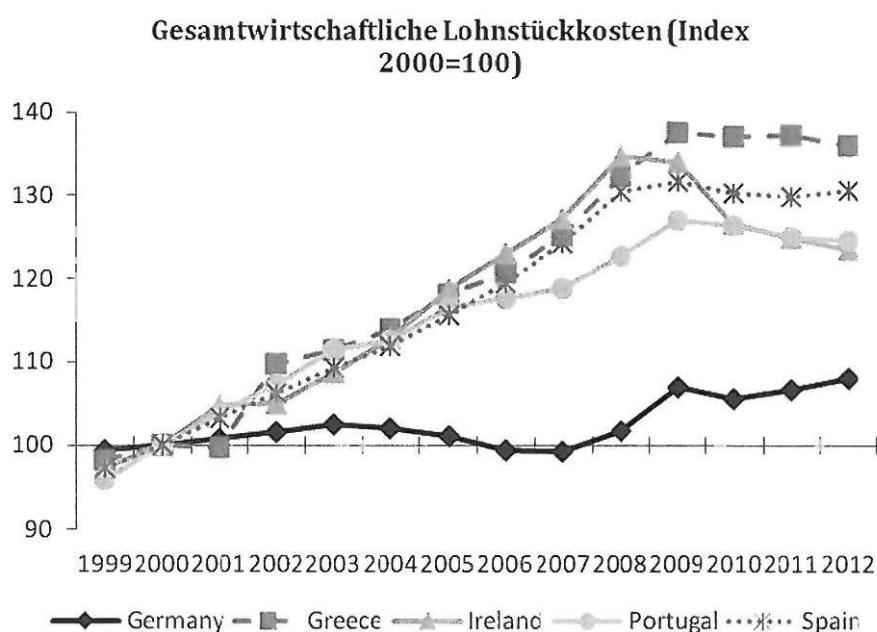


Abb. 6: Gesamtwirtschaftliche Lohnstückkosten (Index 2000 = 100)
© MPI für Gesellschaftsforschung

Aber mit der Ermöglichung bezahlbarer Kredite wird allenfalls Zeit gewonnen. Und auch mit der in jedem Falle notwendigen Verminderung extremer Staatsschulden wäre es nicht getan. Die eigentliche Größenordnung des zu bewältigenden Problems wird erst deutlich, wenn man die Entwicklung der realen effektiven Wechselkurse in Betracht zieht (Abbildung 9). Sie zeigt, wie dramatisch die internationale Wettbewerbsfähigkeit der GIPS-Länder seit Beginn der Währungsunion verfallen ist. Wenn dieser Rückstand nicht korrigiert wird, können alle Rettungsaktionen nichts an der Abhängigkeit von Krediten oder Transfers aus dem Ausland ändern. Für eine solche Korrektur aber gibt es nur zwei Möglichkeiten: entweder die nominale Abwertung oder die reale Abwertung.

Die nominale Abwertung, die bei den hoch verschuldeten Staaten auch einen drastischen Schuldenschnitt voraussetzt, wird in der bisherigen politischen Diskussion kate-

gorisch ausgeschlossen — weil sie den zumindest vorübergehenden Austritt des betroffenen Landes aus der Währungsunion erforderte, und weil ein solcher rhetorisch mit dem Scheitern der europäischen Integration gleichgesetzt wird. Würde man sich dennoch dazu entschließen, dann könnten jedoch die Ausfuhren des Landes sofort verbilligt, die Leistungsbilanz ausgeglichen und die Abhängigkeit von Kapitalzuflüssen überwunden werden. Freilich würden wegen der Verteuerung der Importe auch die Preise steigen und die Reallöhne sinken.

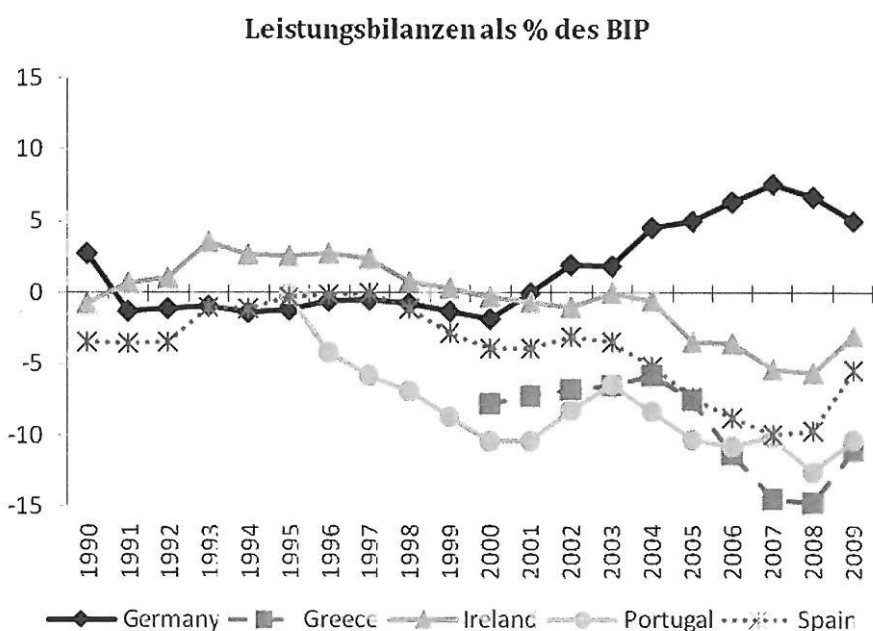


Abb. 7: Leistungsbilanzen als Prozent des BIP
© MPI für Gesellschaftsforschung

Um die wiedergewonnene internationale Wettbewerbsfähigkeit nicht zu gefährden, müssten deshalb die Gewerkschaften in den Exportbranchen darauf verzichten, die realen Verluste durch nominale Lohnsteigerungen kompensieren zu wollen. Dies wäre gewiss schwierig, aber es gibt (nicht nur in Deutschland) durchaus Beispiele dafür, dass Lohnzurückhaltung im Konsens mit den Gewerkschaften erreicht werden kann. Wenn dies gelingt, dann könnte das betreffende Land der Abhängigkeit vom internationalen Kapitalmarkt und von europäischen Rettungsaktionen entgehen und sich aus eigener Kraft wirtschaftlich erholen.

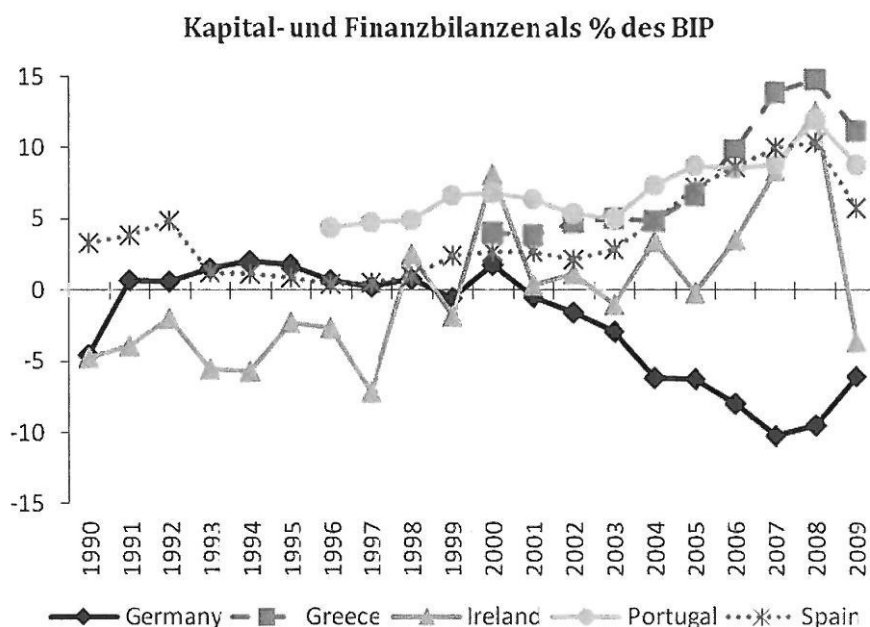


Abb. 8: Kapital- und Finanzbilanzen als Prozent des BIP
© MPI für Gesellschaftsforschung

Wird stattdessen die Mitgliedschaft in der Währungsunion auch weiterhin verteidigt, dann müsste die zur Wiederherstellung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit notwendige Senkung der Exportpreise durch eine *reale* Abwertung erreicht werden, die eine rasche Senkung der Lohnstückkosten — und im Ergebnis eine drastische Senkung der *nominalen* Löhne — erforderte. Dies aber könnte nirgendwo, auch nicht in Deutschland, im Konsens mit den Gewerkschaften erreicht werden. Nötig wären also staatlich erzwungene Lohnsenkungen. Sie könnten vielleicht im öffentlichen Sektor durchgesetzt werden. In der privaten Wirtschaft dagegen (auf die es für die Wettbewerbsfähigkeit ja ankäme), fehlten dem Staat (jedenfalls bei uns) die verfassungsrechtlichen und (überall) die faktischen Mittel, um ein Lohndiktat wirksam durchzusetzen. Daran könnte auch eine europäische „Wirtschaftsregierung“ nichts ändern. Die Senkung der Lohnstückkosten könnte also allenfalls auf längere Sicht über den Markt (und das heißt, unter dem Druck hoher Arbeitslosigkeit) erreicht werden.

Bis es so weit wäre, bliebe die Leistungsbilanz im Defizit. Und deshalb bleibt es auch bei der Abhängigkeit der GIPS-Länder von Kapitalzuflüssen aus dem Ausland — und angesichts misstrauischer Kapitalmärkte bleibt es dann auch auf absehbare Zeit bei der Notwendigkeit von europäischen Stützungskrediten oder Eurobonds, um so wenigstens die Zinskosten der weiter zunehmenden Verschuldung zu senken.

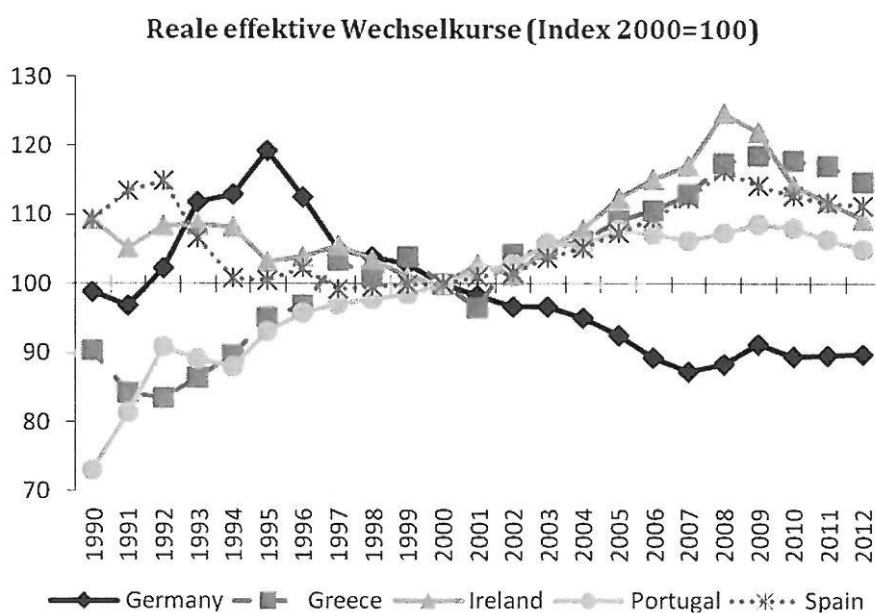


Abb. 9: Reale effektive Wechselkurse (Index 2000=100)

© MPI für Gesellschaftsforschung

Bei alledem aber erweist sich die einheitliche Geldpolitik der EZB auch weiterhin als Teil des Problems. Für die tiefe Krise der GIPS-Länder sind ja selbst die gegenwärtig niedrigen EZB-Zinsen zu hoch, und die Realzinsen haben dort ein extremes Niveau erreicht (Abbildung 4). Trotzdem sollen nun in Antizipation steigender Inflationsraten in Deutschland die EZB-Zinsen steigen, auch wenn dies einer wirtschaftlichen Erholung der Krisenländer strikt zuwiderliefe. Denn die EZB sieht, wie ihr Direktoriumsmitglied Jürgen Stark am 20. Juni in einem Vortrag erklärte, ihre Aufgabe allein „*darin, die Preisstabilität für den Euroraum zu gewährleisten. Die EZB darf und wird davon nicht abweichen, weil beispielsweise das reale Wachstum oder die Inflationsrate in einigen Mitgliedsländern des Euroraumes erheblich niedriger sind als in anderen Mitgliedstaaten*“. Die einheitliche Geldpolitik in der nicht einheitlichen Eurozone, die den Anstieg der makroökonomischen Ungleichgewichte verursacht hat, steht also auch der Krisenbewältigung innerhalb der Währungsunion im Wege.

Fazit: Der Versuch, den Euro in seiner gegenwärtigen Form durch Kredite, Eurobonds oder direkte Finanztransfers an die Defizitländer zu retten, kann an den grundlegenden Strukturproblemen der Währungsunion nichts ändern. In den GIPS-Ländern erleichtern die Hilfen zwar die Finanzierung der Defizite, aber die rigorosen Sparauflagen vertiefen und verlängern die wirtschaftliche Krise und sie zwingen die Regierungen zu

Maßnahmen, die demokratisch nicht legitimiert werden können. Falls sie überhaupt durchgeführt werden, erscheinen sie dort als Oktroi europäischer Instanzen und der Zahler-Länder. Hier aber steigt die politische Verdrossenheit über offenbar unaufhalt-sam zunehmende Einstandspflichten, die anscheinend die versprochene Wirkung doch nicht erreichen. Die versuchte Rettung des Euro ist deshalb eher geeignet, die demokra-tisch Legitimität der Politik in den Mitgliedstaaten zu untergraben und die europäischen Völker auseinanderzutreiben, als dass sie den Fortschritt zu einer demokratisch legiti-mierten politischen Union fördern könnte. Wer also mit dem Euro zugleich die europäi-sche Integration retten will, der müsste die Eurozone auf den Kern der eng miteinander verflochtenen und dauerhaft stabilitätsfähigen Mitglieder verkleinern — und den übrigen EU-Mitgliedern die Rückkehr zu dem flexibleren Europäischen Währungssystem er-möglichen. Andernfalls könnte die Eurokrise tatsächlich zum Sprengsatz für die Euro-päische Union werden.

Internet-Adresse dieser Seite: <https://www.zinsen-berechnen.de/wechselkurs/grd-eur.php>**Wechselkurs von Währungen**[◀ Zurück zum Währungsrechner](#)**Wechselkurs von Griechische Drachme (GRD) zu Euro (€) (EUR)****Die Umrechnungstabelle dient als Merk- und Rechenhilfe für die Umrechnung zwischen den Währungen Griechische Drachme und Euro (€).**

Aufgrund der jeweils angegebenen ganzen, runden Währungsbeträge können Sie sowohl von GRD nach EUR, also auch von EUR zu GRD umrechnen.

ONLINE-FINANZRECHNER

**Währungsrechner für internationale Währungen**

Der Währungsrechner dient der Umrechnung zwischen wichtigen internationalen Währungen zum tagesaktuellen Wechselkurs.

Währungsrechner**Wechselkurs von Griechische Drachme (GRD) zu Euro (€) (EUR)**

GRD Griechische Drachme	EUR Euro (€)	EUR Euro (€)	GRD Griechische Drachme
100	0,29	1	340,75
200	0,59	2	681,50
300	0,88	3	1.022,25
400	1,17	4	1.363,00
500	1,47	5	1.703,75
600	1,76	6	2.044,50
700	2,05	7	2.385,25
800	2,35	8	2.726,00
900	2,64	9	3.066,75
1.000	2,93	10	3.407,50
2.000	5,87	20	6.815,00
5.000	14,67	50	17.037,50
10.000	29,35	100	34.075,00
20.000	58,69	200	68.150,00
50.000	146,74	500	170.375,00
100.000	293,47	1.000	340.750,00

Zugrunde liegender Wechselkurs:
100 GRD = 0,293470 EUR

Zugrunde liegender Wechselkurs:
1 EUR = 340,750 GRD

Quelle: Europäische Zentralbank, Angaben ohne Gewähr. Stand: 29.01.2018

Weitere Wechselkurse

[Wechselkurs Griechische Drachme zu anderen Währungen](#)

[Wechselkurs Euro \(€\) zu anderen Währungen](#)

[Währungsrechner für beliebige Währungsumrechnung](#)

Der zugrunde liegende Wechselkurs für die beiden Währungen beruhen auf der täglichen Abstimmung zwischen den Zentralbanken in Europa und weltweit. Die Tabelle gibt Ihnen eine Orientierung über den aktuellen Wechselkurs. Die Ergebnisse sind auf zwei Nachkommastellen gerundet. Beim Geldumtausch in der Praxis können ungünstigere Wechselkurse zugrunde gelegt werden. Der Wechselkurs wird werktäglich um 15 Uhr Mitteleuropäischer Zeit aktualisiert.

Griechische Drachme (GRD)

Die Griechische Drachme war die Währung von Griechenland bis zur Einführung des Euro zu Beginn des Jahres 2001.

Die international gebräuchliche Abkürzung für die Griechische Drachme lautete "GRD".

Die Griechische Drachme war unterteilt in 100 Lepta.

Im Zuge der Einführung des Euro wurde der Wechselkurs zur Griechische Drachme mit 1 Euro = 340,750 Drachmen festgelegt. Für 100 Drachmen bekam man also 0,293470 Euro.

Euro (€) (EUR)

Der Euro ist die Währung der Europäischen Union (EU) und wurde im Jahre 1999 als Buchgeld und schließlich 2002 als Bargeld eingeführt.

Der Euro löste die nationalen Währungen der mittlerweile 23 europäischen Staaten als Zahlungsmittel ab.

Die international gebräuchliche Abkürzung für den Euro lautet EUR. Daneben findet das Euro-Symbol € als Abkürzung Verwendung.

Als offizielle Währung gilt der Euro in 23 europäischen Staaten, wovon 17 der EU angehören: Andorra, Belgien, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Malta, Kosovo, Monaco, Montenegro, Niederlande, Österreich, Portugal, San Marino, Slowakei, Slowenien, Spanien, Vatikanstadt und Zypern. Neben diesen Ländern nutzen außerdem die französischen Überseegebiete Guadeloupe, Französisch-Guayana, Französische Süd- und Antarktisgebiete, Martinique, Mayotte, Réunion, Saint-Barthélemy, Saint-Martin und Saint-Pierre und Miquelon ebenfalls den Euro als Zahlungsmittel.

Der Euro ist unterteilt in 100 Cent. Er wird in Banknoten zu 5, 10, 20, 50, 100, 200 und 500 Euro ausgegeben. Daneben gibt es Münzen zu 1, 2, 5, 10, 20 und 50 Cent, sowie zu 1 und 2 Euro.

Die Banknoten sind in allen Ländern gleich. Sie wurden nach einem Wettbewerb von einem Österreicher gestaltet. Sie zeigen Motive zu den Themen Zeitalter und Baustile in Europa. Während das Motiv auf der Vorderseite aller Euro-Münzen in allen Ländern gleich ist, zeigen die Rückseiten nationale Motivprägungen des jeweiligen Landes.

Lesen Sie weiter: [Wechselkurs von Griechische Drachme \(GRD\) zu Japanischer Yen \(JPY\)](#)

Internet-Adresse dieser Seite: <https://www.zinsen-berechnen.de/wechselkurs/usd-grd.php>**Wechselkurs von Währungen**[◀ Zurück zum Währungsrechner](#)**Wechselkurs von US-Dollar (\$) (USD) zu Griechische Drachme (GRD)**

Die Umrechnungstabelle dient als Merk- und Rechenhilfe für die Umrechnung zwischen den Währungen US-Dollar (\$) und Griechische Drachme.

Aufgrund der jeweils angegebenen ganzen, runden Währungsbeträge können Sie sowohl von USD nach GRD, also auch von GRD zu USD umrechnen.

ONLINE-FINANZRECHNER**Währungsrechner für internationale Währungen**

Der Währungsrechner dient der Umrechnung zwischen wichtigen internationalen Währungen zum tagesaktuellen Wechselkurs.

Währungsrechner**Wechselkurs von US-Dollar (\$) (USD) zu Griechische Drachme (GRD)**

USD US-Dollar (\$)	GRD Griechische Drachme	GRD Griechische Drachme	USD US-Dollar (\$)
1	275,27	100	0,36
2	550,53	200	0,73
3	825,80	300	1,09
4	1.101,06	400	1,45
5	1.376,32	500	1,82
6	1.651,59	600	2,18
7	1.926,86	700	2,54
8	2.202,12	800	2,91
9	2.477,38	900	3,27
10	2.752,65	1.000	3,63
20	5.505,30	2.000	7,27
50	13.763,25	5.000	18,16
100	27.526,50	10.000	36,33
200	55.053,00	20.000	72,66
500	137.632,50	50.000	181,64
1.000	275.265,00	100.000	363,29

Zugrunde liegender Wechselkurs:
1 USD = 275,265 GRD

Zugrunde liegender Wechselkurs:
100 GRD = 0,363287 USD

Quelle: Europäische Zentralbank, Angaben ohne Gewähr. Stand: 29.01.2018

Weitere Wechselkurse

[Wechselkurs US-Dollar \(\\$\) zu anderen Währungen](#)

[Wechselkurs Griechische Drachme zu anderen Währungen](#)

[Währungsrechner für beliebige Währungsumrechnung](#)

Der zugrunde liegende Wechselkurs für die beiden Währungen beruhen auf der täglichen Abstimmung zwischen den Zentralbanken in Europa und weltweit. Die Tabelle gibt Ihnen eine Orientierung über den aktuellen Wechselkurs. Die Ergebnisse sind auf zwei Nachkommastellen gerundet. Beim Geldumtausch in der Praxis können ungünstigere Wechselkurse zugrunde gelegt werden. Der Wechselkurs wird werktäglich um 15 Uhr Mitteleuropäischer Zeit aktualisiert.

US-Dollar (\$) (USD)

Der US-Dollar ist die Währung der Vereinigten Staaten von Amerika (USA) und wurde dort im Jahre 1785 eingeführt.

Die international gebräuchliche Abkürzung für den US-Dollar lautet USD. Daneben finden auch die Bezeichnungen \$ und US\$ als Abkürzung Verwendung. Umgangssprachlich wird der US-Dollar auch als "buck" bezeichnet.

Außer in den USA gilt der US-Dollar auch auf den Britischen Jungferninseln, Ecuador, El Salvador, Panama, Mikronesien sowie Palau und Osttimor als gesetzliches Zahlungsmittel. Er wird in diesen Ländern als Fremdwährung geführt.

Der US-Dollar ist unterteilt in 100 Cent. Er wird heute in Banknoten zu 1, 2, 5, 10, 20, 50 und 100 US-Dollar ausgegeben. Daneben gibt es Münzen zu 1, 5, 10, 25 und 50 Cents, sowie zu 1 Dollar.

Früher gab es zudem Banknoten über 500, 1.000, 5.000 und 10.000, jedoch werden Banknoten über einen Wert von 100 US-Dollar seit 1945 nicht mehr gedruckt und heutzutage nicht mehr ausgegeben, allerdings weiterhin als Zahlungsmittel akzeptiert. Die höchste Banknote war ein Gold-Zertifikat von 1934 zu 100.000 US-Dollar. Dieser Schein wurde jedoch nur von den Zentralbanken genutzt.

Die Banknoten zeigen auf der Vorderseite Porträts herausragender Persönlichkeiten der Vereinigten Staaten von Amerika, die Rückseite zeigt berühmte Gebäude. Alle Dollarmünzen sind mit dem Wort "LIBERTY", also Freiheit, geprägt.

Griechische Drachme (GRD)

Die Griechische Drachme war die Währung von Griechenland bis zur Einführung des Euro zu Beginn des Jahres 2001.

Die international gebräuchliche Abkürzung für die Griechische Drachme lautete "GRD".

Die Griechische Drachme war unterteilt in 100 Lepta.

Im Zuge der Einführung des Euro wurde der Wechselkurs zur Griechische Drachme mit 1 Euro = 340,750 Drachmen festgelegt. Für 100 Drachmen bekam man also 0,293470 Euro.

Lesen Sie weiter: [Wechselkurs von US-Dollar \(\\$\) \(USD\) zu Irisches Pfund \(IEP\)](#)

Börsenwissen

Daumen rauf, Daumen runter

Ratings: Mehr als nur eine Buchstabensuppe

von Angela Göpfert

Stand: 10.06.2015, 07:27 Uhr

AA-, Baa3, CCC+: boerse.ARD.de erklärt, welche Schlüsse Anleger aus dem verwirrenden Buchstabenallerlei von Standard & Poor's, Moody's und Fitch ziehen können.

Als "Rating" bezeichnet man im Finanzwesen die Einschätzung der Bonität eines Schuldners - sei es eines Unternehmens oder eines Landes. Ein Rating gibt damit die Ausfallwahrscheinlichkeit eines Schuldners wieder und wird von Ratingagenturen mit Hilfe mathematisch-statistischer Verfahren ermittelt.

Die Ratingagenturen beziehen dabei sowohl quantitative als auch qualitative Faktoren mit ein, ebenso wie bestimmte Erfahrungswerte mit dem betreffenden Schuldner.

Zu den quantitativen Faktoren zählen etwa die Liquiditäts- und Finanzlage sowie die Anfälligkeit für Währungsrisiken, unter die qualitativen Faktoren fallen Merkmale wie die Führungsqualität des Managements respektive der Regierung.

Traumnote Triple A

Das Ergebnis dieses komplexen und für Außenstehende kaum nachvollziehbaren Berechnungsprozesses wird von den Ratingagenturen mit so genannten Ratingcodes dargestellt.

Bei Standard & Poor's und Fitch bemüht man dazu Buchstabenkombinationen, teilweise ergänzt durch ein Plus- oder Minuszeichen. Moody's stellt die Bonität eines Schuldners mithilfe einer Buchstaben- und Zahlenkombination dar.

Bei S&P steht AAA (Triple A) für höchste Bonität, das Ausfallrisiko liegt bei nahezu null. D bedeutet hingegen, dass der Schuldner bereits zahlungsunfähig ist (siehe dazu unsere Tabelle).

Ratingagenturen und Ratingklassen							Bonitätseinstufung / Klassenbeschreibung
S&P	Moody's	Fitch	Credit-reform	Euler-Hermes	Scope	BBB RATING	
AAA	Aaa	AAA	AAA	AAA	AAA	AAA	Sehr gut/Höchste Bonität, praktisch kein Ausfallrisiko.
AA+	Aa1	AA+	AA+	AA+	AA+	AA+	Sehr gute bis gute Bonität Hohe Zahlungswahrscheinlichkeit.
AA	Aa2	AA	AA	AA	AA	AA	
AA-	Aa3	AA-	AA-	AA-	AA-	AA-	
A+	A1	A+	A+	A+	A+	A+	Gute bis befriedigende Bonität Angemessene Deckung von Zins und Tilgung.
A	A2	A	A	A	A	A	
A-	A3	A-	A-	A-	A-	A-	
BBB+	Baa1	BBB+	BBB+	BBB+	BBB+	BBB+	Befriedigende Bonität Angemessene Deckung von Zins und Tilgung, aber auch mangelnder Schutz gegen wirtschaftliche Veränderungen.
BBB	Baa2	BBB	BBB	BBB	BBB	BBB	
BBB-	Baa3	BBB-	BBB-	BBB-	BBB-	BBB-	
BB+	Ba1	BB+	BB+	BB+	BB+	BB+	Ausreichende Bonität Sehr mäßige Deckung von Zins und Tilgung, auch in gutem wirtschaftlichen Umfeld.
BB	Ba2	BB	BB	BB	BB	BB	
BB-	Ba3	BB-	BB-	BB-	BB-	BB-	
B+	B1	B+	B+	B+	B+	B+	Mangelhafte Bonität Geringe Sicherung von Zins und Tilgung.
B	B2	B	B	B	B	B	
B-	B3	B-	B-	B-	B-	B-	
CCC+	Caa1	CCC+	CCC	CCC	CCC	CCC+	Ungenügende Bonität Niedrigste Qualität, geringster Anlegerschutz. In akuter Gefahr eines Zahlungsverzuges.
CCC	Caa2	CCC	CC	CC	CC	CCC	
CCC-	Caa3	CCC-	C	C	C	CCC-	
Investment Grade				Speculative Grade			Quelle: Börse Stuttgart

Rating-Tabelle. | Bildquelle: Börse Stuttgart

Hohe Zinsen für Ramschanleihen

Die auf den ersten Blick schier unüberschaubare Vielzahl verschiedener Ratings lässt sich nochmals in verschiedene Ratingklassen einteilen. Ganz besonders wichtig ist dabei die grundsätzliche Unterscheidung zwischen "Investment Grade" und "Sub-Investment Grade" oder "Speculative Grade".

Die Einschätzung "Investment Grade" bekommen Anleihen mit einem Rating von AAA bis BBB- (S&P, Fitch) bzw. von Aaa bis Baa3 (Moody's). Anleihen, die ein schlechteres Rating erhalten, gelten als "Junk Bonds" - was übersetzt so viel bedeutet wie "Ramschanleihe".

Ratings haben einen direkten Einfluss darauf, zu welchen Konditionen sich ein Schuldner Kapital verschaffen kann: Je schlechter die Bonitätsnote, desto höher der Zins, mit dem der Emittent die Anleihekäufer für das Ausfallrisiko entschädigen muss.

Mehr bei boerse.ARD.de:

Wie Ratingagenturen vorgehen, 15.03.2012 | [mehr](#)

Ratingagenturen - so mächtig und so umstritten, 08.07.2010 | [mehr](#)

Das Triumvirat aus Amerika, 10.06.2015 | [bilder](#)

Griechenland

Mit Energie aus der Krise

In Griechenland haben Bürger genug vom ewigen Krisenlied und gründen Energiegenossenschaften. Die Pioniere sind überzeugt: Es ist ein Weg zu Wohlstand und Unabhängigkeit.

Von **Susanne Götze**

10. Juni 2015, 12:38 Uhr / 30 Kommentare



Eine der Windmühlen, die auf der Insel Sfion bald Strom erzeugen sollen © Susanne Götze

Als Erzbischof Irenäus seinen Segen gibt, liegt eine vorsichtige Aufbruchsstimmung im Saal der Orthodoxen Akademie von Kreta. Kolymbari, ein verschlafener Ort, gut 20 Kilometer von der Hafenstadt Chania entfernt: Hier befindet sich die Akademie, ein uraltes Kloster mit angeschlossenem Konferenzzentrum, Blick auf die tiefblaue See und die verschneiten Berge. Von hier aus soll ein Signal zum Wandel ausgehen, für Kreta und ganz Griechenland. Gerade haben die Anwesenden die Gründung der dritten Energiegenossenschaft des Landes beschlossen.

Ihre Mitglieder – Gemeindevertreter, Wissenschaftler, Ingenieure und Umweltschützer – wollen für ihren Strom nicht länger teuren Diesel importieren, sondern heimische Ressourcen nutzen, am besten dezentral und zusammen mit allen Kretern. Der Bischof unterzeichnet als erster die Gründungsakte.

ANZEIGE

Sogar der griechische Wirtschaftsminister Giorgos Stathakis ist anwesend.

Warum? "Was denken Sie? Wir sind Syriza!" antwortet er. "In diesen Krisenzeiten finden wir es wichtig, alle sozialen Initiativen zu unterstützen." Seine Regierung wolle Wachstum nicht durch Privatisierungen erreichen, sondern durch lokale, dezentrale Strukturen, wie sie hier in Kolymbari gerade geschaffen werden. Den Bürgern des Ortes verspricht der Minister unbürokratische Unterstützung. Viele sind noch skeptisch. Aber die Gründer der Genossenschaft fühlen sich durch seinen Besuch bestärkt.

"Wir brauchen dringend mehr wirtschaftliche Entwicklung und die kommt nicht von allein" sagt auch Vasilis Bellis, Direktor der ersten Biomassekooperative in Karditsa, einer Stadt auf dem Festland, 200 Kilometer südlich von Thessaloniki. Es sei derzeit fast unmöglich, private Anleger oder Investoren nach Griechenland [<http://www.zeit.de/schlagworte/orte/griechenland/index>] zu locken. "Deshalb müssen wir selbst handeln."

ANZEIGE

Für die Griechen ist das allerdings neu. Energie wird hier bisher so gut wie gar nicht dezentral und selbstorganisiert produziert: Während es in Deutschland rund 1.000 Bürgerenergiegenossenschaften [<http://www.zeit.de/2014/44/erneuerbare-energien-strom-energiewende>] gibt, sind es in Griechenland nur drei. Stattdessen dominieren zentralistische Großprojekte die Energieversorgung im Land, auch bei Wind und Sonne [<http://www.zeit.de/wirtschaft/2012-03/griechenland-solarbranche-hoffnung>].

*Höchste Unterstützung für
Kretas Energiekooperative:
Erzbischof Irenäus (links) und
Minister Stathakis © Susanne
Götze*

Ein Beispiel ist das Projekt Helios [<http://www.zeit.de/wirtschaft/2011-10/interview-papakonstantinou>]. Vor drei Jahren schwärmten bei hochrangigen internationalen Treffen griechische und deutsche Diplomaten von den enormen Möglichkeiten, die Wind- und Sonnenenergie für Griechenland böten. Die erneuerbaren Energien könnten Gewinne abwerfen, wenn die Investitionen sich erst einmal amortisiert hätten, war der Gedanke. Das klingt logisch in einem Land, in dem die Sonne rund 250

Tage im Jahr scheint.

Helios sollte der größte Solarpark Europas werden und darüber hinaus der angeschlagenen Wirtschaft wieder auf die Beine helfen, zum Beispiel durch Stromexporte nach Deutschland. Auch der damalige EU-Energiekommissar Günther Oettinger begeisterte sich für die Idee. Doch drei Jahre später ist es still geworden um das ehemalige Wunderprojekt. Seit Monaten hat man von Helios

nichts mehr gehört.

Gegen Windkraft, zum Schutz der Natur

Zum Glück, finden die Gründer der Kreter Energiegenossenschaft. Sie wollen keinen Strom exportieren, sondern vor allem den einheimischen Bedarf aus erneuerbaren Quellen decken. Die Vorstellung, dass die Insel mit Windparks zugestraft werden könnte, um damit deutsche Haushalte zu versorgen, ist für viele hier in Kolymbari kein schönes Szenario. Manche unter den Windkraftgegnern begegnen auch der neuen Genossenschaft mit Misstrauen. Sie wollen nicht glauben, dass es ihren Mitgliedern nicht um Exporte geht.

Die Initiative will dem begegnen, indem sie die Bürger beteiligt. Sie möchte keine Windparks, sondern einen Strommix aus Wind, Sonne und Biomasse, der die Gemeinden der Insel versorgt. Denn alles andere zerstört Kretas wirtschaftlich wertvollstes Gut, sagen ihre Mitglieder: seine einzigartige Landschaft und damit den Tourismus.

Bedarf an erneuerbarer Energie gäbe es. Kreta verbraucht als fünftgrößte Insel im Mittelmeer immerhin an die drei Gigawattstunden Strom pro Jahr, die vor allem aus fossilen Energieträgern wie Diesel hergestellt werden. Windenergie kommt derzeit auf einen Anteil von 18 Prozent der Stromerzeugung.

Doch die regionale Energiepolitik hat die Eigenversorgung bisher nicht im Blick. Stattdessen plant sie tatsächlich für den Export und will Unterseekabel von Kreta aus zum griechischen Festland verlegen, oder nach Zypern und von dort aus weiter nach Israel. In diesen Plänen könnte Kreta tatsächlich zum Energieproduzenten und Verteilerpunkt für die Versorgung des östlichen Mittelmeerraums werden.

Ein Pumpspeicherkraftwerk für die Ägäis-Insel Sifnos

Immerhin: Die Vision vom dezentralen Bürgerstrom lebt nicht nur auf Kreta, sondern auch auf der Ägäis-Insel Sifnos 300 Kilometer weiter nördlich. Sifnos ist nur durch eine siebenstündige Bootsfahrt zu erreichen. Außerhalb der Saison wird die kleine Insel nur drei Mal pro Woche angefahren. Es ist die Zeit, in der die 2.500 Einwohner jeden Wanderer mit Namen grüßen. Derzeit sind die Cafés im Hafen noch leer, die Liegestühle unter den Strohschirmen verwaist.

Hier hat Apostolo Dimopoulos mit Freunden vor über einem Jahr die zweite Energiekooperative Griechenlands gegründet. Dimopoulos besitzt auf Sifnos eine gut laufende Reiseagentur und er liebt seine Insel. Aber er sorgt sich um die Idylle.

Deshalb gründete er die Genossenschaft.

80 Mitglieder haben sich ihr schon angeschlossen. "Wir haben uns viel gestritten, aber mittlerweile haben wir es geschafft, zusammen etwas auf die Beine zu stellen", sagt Dimopoulos lachend. Wenn er aber über seinen Traum spricht, wird er schnell ernst. In Zukunft soll Sifnos ganz mit erneuerbarer Energie aus Wind und Sonne versorgt werden. Groß ist der Bedarf der Insel nicht. Im Winter reichen zwei Megawatt Kraftwerksleistung aus. Im Sommer sind acht Megawatt notwendig, weil dann bis zu 12.000 Touristen pro Woche mitversorgt werden müssen.

Ein Solarboot für umweltfreundlichen Tourismus

Einfach wird es nicht werden, die Vision des Touristenführers durchzusetzen. "Allein die Gründung der Energiegenossenschaft hat wegen der Bürokratie viel Kraft gekostet", schimpft Dimopoulos. "Ganz davon abgesehen, wie es wird, wenn wir hier anfangen, unsere Energieversorgung auf den Kopf zu stellen." Im Moment erlaube das griechische Recht eine Vollversorgung aus erneuerbaren Energien noch gar nicht. Um überhaupt eine Chance zu haben, müsse seine Kooperative zum europäischen Pilotprojekt werden.

Die Pläne der Genossen sind ambitioniert: Damit die Schwankungen im Netz, die Wind und Sonne mit sich bringen, nicht die Versorgung der Insel gefährden, wollen sie einen Stausee zum Pumpspeicherwerk umfunktionieren. Doch bevor daran zu denken ist, fangen sie schon mal klein an. Drei traditionelle Windmühlen wollen sie mit Turbinen ausstatten und so Strom erzeugen. Früher hatte die Insel ein paar Dutzend Windmühlen, weniger als zehn sind heute übrig.

"Wir wollen unseren Einwohnern zeigen, dass erneuerbare Energie nicht nur öko, sondern auch wirtschaftlich sinnvoll ist", sagt Dimopoulos. Zwar müsse man erst mal Arbeit und Geld investieren, aber längerfristig sei es der einzig sinnvolle Weg aus Krise, sein Schicksal selbst in die Hand zu nehmen. Und irgendwann, hofft Dimopoulos, könnte seine Genossenschaft in ein Solarboot investieren. Dann kämen noch mehr Touristen, denn die Insel wäre besser erreichbar. Und das alles ohne ein Gramm CO₂ auszustoßen. Bis es soweit ist, muss er allerdings noch viele Köpfe von seiner Idee überzeugen.

ANZEIGE

ANZEIGE



International Monetary Fund

[Weitere Informationen
über den IWF auf
Deutsch](#)

[Liste der
Informationsblätter](#)

Der IWF auf einen Blick Informationsblatt

Juli 2000

- *Der Internationale Währungsfonds (IWF) wurde am 27. Dezember 1945 mit der Unterzeichnung eines Übereinkommens durch 29 Länder offiziell ins Leben gerufen; ausgearbeitet wurde das Übereinkommen auf einer Konferenz in Bretton Woods, im amerikanischen Bundesstaat New Hampshire (1. bis 22. Juli 1944). Der IWF nahm seine Finanzoperationen am 1. März 1947 auf.*
- *Derzeitige Mitgliedschaft: 182 Länder.*
- *Quotensumme: 210 Mrd. SZR (fast 300 Mrd. US-\$), im Anschluss an eine 45-prozentige Quotenerhöhung, die am 22. Januar 1999 in Kraft trat.*
- *Leitende Organe: Gouverneursrat, Internationaler Währungs- und Finanzausschuss, Exekutivdirektorium.*
- *Personal: Ungefähr 2 700 Mitarbeiter/innen aus 123 Ländern.*
- *Rechnungseinheit: Sonderziehungsrecht (SZR). Mit Stand vom 8. August 2000 betrug ein SZR 1,30904 US-\$.*

Send us your feedback

Also available in
[English](#) [español](#) [français](#)

Im Übereinkommen verankerte Ziele

Der IWF wurde geschaffen, um die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Währungspolitik zu fördern; die Ausweitung und ein ausgewogenes Wachstum des Welthandels zu erleichtern; die Stabilität der Wechselkurse zu fördern; bei der Errichtung eines multilateralen Zahlungssystems mitzuwirken; den Mitgliedsländern in Zahlungsbilanzschwierigkeiten die allgemeinen Fondsmittel zeitweilig und unter angemessenen Sicherungen zur Verfügung zu stellen und die Dauer und das Ausmaß der Ungleichgewichte der internationalen Zahlungsbilanzen der Mitgliedsländer zu verringern.

Tätigkeitsbereiche

Überwachung ist das Verfahren, mittels dessen der IWF die Wechselkurspolitik seiner Mitgliedsländer im Rahmen einer umfassenden Analyse der allgemeinen wirtschaftlichen Lage und der wirtschaftspolitischen Strategie eines jeden Mitgliedslandes beurteilt. Der

IWF erfüllt die ihm obliegenden Überwachungsaufgaben durch: jährliche bilaterale Artikel-IV-Konsultationen mit einzelnen Ländern; halbjährliche multilaterale Überwachung im Zusammenhang mit seiner Beratung über die weltwirtschaftlichen Aussichten (WEO - World Economic Outlook); sowie vorsorgliche Kreditabkommen, erweiterte Überwachung und Programmaufsicht, die dem Mitgliedsland auch ohne Inanspruchnahme von IWF-Mitteln eine strikte laufende Beobachtung durch den Fonds zusichern. (Vorsorgliche Kreditabkommen dienen dem Zweck, das internationale Vertrauen in die Wirtschaftspolitik eines Mitgliedslandes zu stärken. Die Programmaufsicht kann die Aufstellung von Richtgrößen im Rahmen eines sogenannten „Schattenprogramms“ beinhalten, sie bedeutet jedoch keine formelle Billigung durch den IWF.)

Finanzhilfen schließen Kredite und Darlehen ein, die der IWF Mitgliedsländern in Zahlungsbilanzschwierigkeiten zur Unterstützung ihrer wirtschaftspolitischen Anpassungs- und Reformmaßnahmen gewährt. Mit Wirkung vom 30. Juni 2000 unterhielt der IWF Finanzierungsvereinbarungen mit 90 Ländern für bewilligte Kredite in Höhe von insgesamt 49,5 Mrd. SZR (ungefähr 66,2 Mrd. US-\$).

Ausstehende IWF-Kredite und Darlehen (Mrd. SZR; Ende Juni 2000)	
Welt	49,5
Afrika	6,5
Asien	18,2
Europa	15,6
Naher Osten	0,6
Westliche Hemisphäre	8,5

Technische Hilfe besteht aus Fachkenntnissen und Unterstützung, die der IWF seinen Mitgliedsländern in mehreren breitgefassten Bereichen zur Verfügung stellt: Gestaltung und Umsetzung der Geld- und Fiskalpolitik; Institutionsaufbau (wie die Errichtung von Zentralbanken oder Schatzämtern); Durchführung von Transaktionen mit dem IWF und deren Rechnungslegung; Erfassen und Aufbereitung statistischer Daten; Ausbildung von Beamten aus Mitgliedsländern im IWF-Institut und — gemeinsam mit anderen internationalen Finanzorganisationen — durch das Gemeinsame Wien-Institut, das Regionale Fortbildungsinstitut in Singapur, das Regionale Ausbildungsprogramm im Nahen Osten und das Gemeinsame Afrika-Institut.

IWF-Finanzierungsmechanismen

Der IWF stellt Mitgliedsländern seine Mittel über verschiedene Kreditfazilitäten zur Verfügung. Mit Ausnahme der Armutsbekämpfung- und Wachstumsfazilität (PRGF), ehemals die Erweiterte Strukturanpassungsfazilität, ESAF (siehe unten) beansprucht ein Mitgliedsland die finanziellen Ressourcen des Fonds, indem es Reserveaktiva (allgemein verwendbare Währungen und SZR) gegen einen entsprechenden Betrag seiner eigenen Währung vom Fonds kauft (zieht). Der IWF erhebt auf diese Ziehungen Gebühren und verlangt, dass das betreffende Mitgliedsland innerhalb eines bestimmten Zeitraums seine eigene Währung vom Fonds zurückkauft (zurückzahlt).

Finanzpolitiken des IWF

Unter den Finanzpolitiken des IWF sind die Modalitäten für die Inanspruchnahme seiner finanziellen Mittel zu verstehen. Dazu gehören:

- **Reservetranchenpolitik.** Ein Mitgliedsland hat eine Reservetranchen-Position im IWF, die die Reserveaktiva widerspiegelt, die es dem IWF überwiesen hat, und die daran gemessen wird, wie sehr seine Quote die IWF-Bestände an seiner Währung übersteigt. Bei Vorliegen eines Zahlungsbilanzbedarfs kann ein Mitglied jederzeit den vollen Betrag seiner Reservetranche ziehen. Eine solche Ziehung bedeutet keine Inanspruchnahme von IWF-Kredit, da die Reserveposition eines Landes als Teil der Devisen des Mitglieds angesehen wird, und sie unterliegt keiner Rückzahlungspflicht.
- **Kredittranchenpolitik.** Die Kredite des Fonds unter regulären Fazilitäten werden den Mitgliedsländern in Tranchen (Teilbeträgen) von jeweils 25 % ihrer Quote zur Verfügung gestellt. Für Ziehungen in der ersten Kredittranche müssen die Mitglieder nachweisen, dass sie angemessene Anstrengungen zur Überwindung ihrer Zahlungsbilanzschwierigkeiten unternehmen, und es gibt keinen Abruf in Teilbeträgen. Ziehungen in den oberen Kredittranchen (über 25 %) werden gewöhnlich in Teilbeträgen abgerufen, sofern bestimmte Bedingungen oder „Erfüllungskriterien“ eingehalten werden.
- **Notfinanzierungspolitik.** Der IWF stellt Notfinanzierung bereit, um seinen Mitgliedern bei der Überwindung von Zahlungsbilanzproblemen beizustehen, die auf plötzliche unvorhersehbare Naturkatastrophen zurückgehen oder nach Beendigung schwerer Konflikte entstanden sind. Gewöhnlich erfolgt dies in Form von Direktkäufen von bis zu 25 % der Quote, sofern das Mitglied mit dem IWF zusammenarbeitet. Bei Ländern nach Beendigung schwerer Konflikte kann ein zusätzlicher Zugang zu bis zu 25 % der Quote gewährt werden.

Reguläre IWF-Fazilitäten

Bereitschaftskreditvereinbarungen: dazu bestimmt, kurzfristige Zahlungsbilanzunterstützung bereitzustellen für Defizite, die zeitweiliger und zyklischer Art sind; solche Vereinbarungen erstrecken sich typischerweise über einen Zeitraum von 12 bis 18 Monaten. Ziehungen erfolgen vierteljährlich in Teilbeträgen, und die Vergabe ist an die Einhaltung zuvor vereinbarter Erfüllungskriterien sowie die Vollendung regelmäßiger allgemeiner Programmüberprüfungen gebunden. Rückzahlungen erfolgen binnen 3¼ bis 5 Jahren nach einer Ziehung.

Erweiterte Fondsfazilität (EFF): dazu bestimmt, mittelfristige Programme zu unterstützen, die im allgemeinen eine Laufzeit von drei Jahren haben. Die EFF zielt auf die Überwindung von Zahlungsbilanzschwierigkeiten ab, die aus makroökonomischen und strukturellen Problemen resultieren. Die Erfüllungskriterien lassen sich mit den Kriterien der Bereitschaftskreditvereinbarungen vergleichen, und die Rückkäufe erfolgen binnen 4½ bis

Mittwoch, 31. Januar 2018 10:06 Uhr Frankfurt 09:06 Uhr London 04:06 Uhr New York 18:06 Uhr Tokio

Suchen auf n-tv.de



BERLIN
2°

MI	1° / 10°
DO	3° / 7°

[Home](#) [Politik](#) [Wirtschaft](#) [Börse](#) [Sport](#) [Panorama](#) [Unterhaltung](#) [Technik](#) [Ratgeber](#) [Wissen](#) [Auto](#) [Reise](#) [Wetter](#) [Videos](#) [TV](#)

[Kommentare](#) [Pressestimmen](#) [Person der Woche](#)

[Startseite](#) » [Politik](#) » Griechenland-Krise für Dummies : Wie konnte es bloß so weit kommen?

POLITIK



Zehntausende Griechen gehen auf die Straße. Viele von ihnen darben seit Jahren - und ein Ende ist nicht in Sicht.
(Foto: REUTERS)

Sonntag, 05. Juli 2015

Griechenland-Krise für Dummies Wie konnte es bloß so weit kommen?

Von *Issio Ehrich*

Aussichtslos - genau so wirkt die Lage in Griechenland. Seit Jahren scheint es nicht wirklich voranzugehen. n-tv.de erklärt, wie sich Europa in diese missliche Lage gebracht hat, welche Bedeutung das heutige Referendum hat - und wie es danach weitergeht.

Warum ist Griechenland überhaupt in der Eurozone?

Athen schummelte, und Europa ließ es zu. In den 1990er-Jahren wies die griechische Regierung immer wieder geschönte Haushaltszahlen aus. In den Jahren 1997 bis 1999, die Jahre, die über die Aufnahme in die Eurozone entschieden, lag das Haushaltsdefizit demnach bei 4, dann 2,5 und zuletzt 1,8 Prozent. Das reichte, um die entscheidende 3-Prozent-Marke des Vertrags von Maastricht einzuhalten. Nach dem Regierungswechsel 2004 räumte die neue Führungsriege allerdings ein, dass die Vorgänger gemogelt hatten. Später kam gar heraus, dass sie das zum Teil mit der professionellen Hilfe von Goldman Sachs getan hatte.

Europa waren die griechischen Zahlenspiele aber schon viel früher bekannt. Das zuständige Statistikamt Eurostat kam bei einer Überprüfung schon 2000 zu dem Schluss, dass die Angaben Athens nicht stimmen konnten. Das Defizit lag deutlich über der 3-Prozent-Marke. Auch die griechische Notenbank wies stets andere Zahlen aus als die Regierung. Angeblich hat das niemand bemerkt.

Wie kam es zum großen Bail-Out?

Die griechische Regierung gab auch in den 2000er-Jahren mehr Geld aus als sie einnahm. Ende 2009, nach einem neuerlichen Regierungswechsel, war von einem Haushaltsdefizit in Höhe von 13,6 Prozent die Rede. Im Frühjahr 2010 keimten Gerüchte über einen nahenden Staatsbankrott auf. Zudem waren Banken und Finanzdienstleister auf der ganzen Welt wegen der Subprime-Krise unter gewaltigem Druck.

Vor allem deutsche und französische Banken waren in hohem Maße in Griechenland investiert. Bei einer Staatspleite hätten sie in einer gefährlichen Zeit enorme Summen abschreiben

müssen. Hinzu kam, dass das Chaos in Griechenland andere Eurostaaten hätte mitreißen können. Europa entschied sich, zusammen mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Europäischen Zentralbank (EZB) zu helfen und Griechenland mit zusätzlichen Finanzmitteln auszustatten. Es gab zwei Hilfspakete. Ein Hauptinstrument war dabei der Rettungsfonds EFSF, der später um den europäischen Stabilitätsmechanismus ESM ergänzt wurde. Europa verknüpfte seine Nothilfe mit Auflagen für Reformen, die Griechenland zu einem vernünftig haushaltenden Staat machen sollten. Heute ist unter Experten umstritten, ob ein geordneter Staatsbankrott nicht besser gewesen wäre. Denn anders als beispielsweise in Island hatte Griechenland kein zeitlich befristetes Liquiditätsproblem, sondern war faktisch insolvent.



EZB-Chef Draghi: "Innerhalb unseres Mandats ist die EZB bereit, alles Erforderliche zu tun, um den Euro zu erhalten. Und glauben Sie mir, das wird ausreichen."

(Foto: picture alliance / dpa)

Hat Athen geforderte Reformen einfach ignoriert?

Die Milliarden, die die sogenannte Troika (EU-Kommission, EZB und IWF) in das Land steckte, wirkten nur bedingt. Im Sommer 2012 stand Europa kurz vor der Katastrophe. EZB-Chef Mario Draghi konnte sie noch einmal abwenden, als er sagte: "Innerhalb unseres Mandats ist die EZB bereit, alles Erforderliche zu tun, um den Euro zu erhalten. Und glauben Sie mir, das wird ausreichen." Die Finanzmärkte beruhigten sich. Zumal sich Europa zusehends für eine Pleite Griechenlands gewappnet hatten. Deutsche und französische Banken etwa hatten sich im Sommer 2012 längst aus Griechenland zurückgezogen. Einige Analysten sagen, dass es beim Bail-Out nur darum gegangen sei. Sie sprechen von einer Schein-Rettung Griechenlands, die in Wirklichkeit die Investoren in anderen europäischen Staaten schützen sollte.

Auch Griechenland schien sich zunächst aus seiner misslichen Lage befreien zu können. Die Regierung gab weniger aus. Ende 2014 überstiegen die Einnahmen die Ausgaben das erste Mal seit dem Eurobeitritt. Doch die Sparanstrengungen ließen die Wirtschaft kollabieren. Und das griechische Volk bekam das mit voller Härte zu spüren.

Warum kam Syriza an die Macht?

Die Arbeitslosenquote in Griechenland lag bei mehr als 25 Prozent, unter jungen Menschen noch deutlich höher. Zudem gelang es der konservativen griechischen Regierung nicht, die Korruption wirksam zu bekämpfen. Die stets im Wechsel regierende konservative Neo Demokratia und die sozialdemokratische Pasok waren seit jeher berüchtigt für Vetternwirtschaft und krumme Geschäfte.



Viele Griechen wollen sich von Brüssel nichts mehr sagen lassen.

(Foto: REUTERS)

Die griechischen Wähler hatten nach Jahren der Krise endgültig genug von diesen Parteien. Sie wollten die verkrusteten Strukturen der griechischen Politik sprengen. Bei der Parlamentswahl Anfang 2015 entschied sich die Mehrheit für die linksradikale Syriza-Bewegung unter der Führung von Alexis Tsipras. Als Ministerpräsident versprach er nicht nur einen innergriechischen Neuanfang. Er trat auch an, der aufgezwungenen Austeritätspolitik der Troika ein Ende zu setzen und einen Schuldenschnitt für Athen herauszuverhandeln.

Warum sind die Verhandlungen mit den Geldgebern gescheitert?

Wie viele renommierte Ökonomen, forderte auch die neue griechische Regierung ein Ende der strikten Sparpolitik. Letztlich trennte die Institutionen und Athen aber vor allem das Thema eines Schuldenschnitts. EU-Kommission, EZB und IWF wollten den Griechen ihre Schulden nicht erlassen, zumindest nicht zu diesem Zeitpunkt. Gründe dafür gab es viele: Erstens standen für Griechenland noch keine großen Rückzahlungen an. Ein Schuldenschnitt war noch nicht zwingend notwendig. Zweitens sollte auf keinen Fall der Eindruck entstehen, dass Griechenland eine Sonderbehandlung bekommen würde. Viele andere kriselnde Euro-Staaten hatten ihre Reformvorgaben schließlich pflichtbewusst umgesetzt.

Nach einer weiteren Runde ergebnisloser Verhandlungen verkündete Ministerpräsident Tsipras dann ein Referendum, in dem die Griechen über die Angebote der Institutionen abstimmen sollten. Das zweite Kreditprogramm lief endgültig aus. Gleichzeitig zahlte Athen eine fällige Rate an den IWF nicht. Der Währungsfonds kann sich deshalb nur noch dann an einer weiteren Finanzierung Griechenlands beteiligen, wenn das Land die Rate in Höhe von knapp 1,6 Milliarden Euro beglichen hat.

Worum geht es im Referendum?

Hellas' Gläubiger suggerieren, dass es um nicht weniger als den Verbleib in der Euro-Zone geht. Die griechische Regierung verspricht seiner Bevölkerung dagegen, dass ein Grexit nicht zur Debatte stehe. Es gehe nur um ein Ja oder Nein zu den Reformwünschen der Institutionen.

Theoretisch hat die griechische Regierung Recht. Juristisch ist es unmöglich, Athen zum Euro-Austritt zu zwingen - unabhängig davon, ob der Staat nun pleite ist oder nicht. Allerdings haben die Gläubiger angekündigt, dass sie bei einem Nein zu den Reformwünschen einfach nicht mehr weiterverhandeln würden. Das heißt: Griechenland würde kein frisches Geld mehr bekommen.

Wie geht es in Griechenland weiter?

Diese Frage kann derzeit niemand glaubhaft beantworten. Es gibt etliche mögliche Szenarien. Stimmen die Griechen mit Ja, wird sich die Syriza-Regierung kaum im Amt halten können. Eine neue Regierung würde übernehmen. Womöglich käme es später zu Neuwahlen. Parallel dazu würde wohl das Werben um ein drittes Hilfspaket starten. Diesmal allein auf Grundlage des ESM, denn eine erneute Finanzierung durch den EFSF ist wegen einer Satzungsklausel nicht möglich. Daraus entsteht ein Problem: Geld aus dem ESM gibt es eigentlich nur für Länder, deren Bankrott die finanzielle Stabilität der Eurozone gefährden. Die Gemeinschaft hat sich in den vergangenen Jahren aber auf eine Pleite Griechenlands vorbereitet. Deshalb ist unklar, ob ESM-Gelder überhaupt infrage kommen. Die Anforderungen, die Griechenland für ein neues Hilfsprogramm erfüllen müsste, wären so oder so wohl höher als zuvor. Denn für ein neues Hilfsprogramm wäre die Zustimmung mehrerer nationaler Parlamente notwendig, und viele Bürger und Abgeordnete haben in den vergangenen Monaten den Glauben an die Lösung des Griechenland-Dilemmas verloren.

Bei einem Nein im Referendum wäre die Lage noch konfuser. Blieben die Gläubiger dabei, in diesem Fall nicht mehr mit Athen zu verhandeln, würde das Land keine neuen Kredite bekommen. Die Regierung müsste entweder andere Finanzierungsquellen finden, China oder Russland zum Beispiel, oder eine Art Parallelwährung einführen. Im Rahmen der Regeln der EU ist das nur mit Schuldscheinen zulässig. Die Regierung Athens müsste damit Renten auszahlen, Staatsbedienstete bezahlen und die Banken rekaptalisieren. Ein waghalsiges Unterfangen mit offenem Ausgang.



Alexis Tsipras: Seine Zeit als Ministerpräsident wäre womöglich gezählt, wenn die griechischen Bürger beim Referendum mit Ja stimmen.

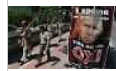
(Foto: REUTERS)

MEHR ZUM THEMA



05.07.15

[Neues Griechenland-Paket](#)
[Warum die nächste Runde schwieriger wird](#)



03.07.15

[Griechenland-Referendum](#)
[Heißt "Oxi" wirklich Nein zum Euro?](#)



02.07.15

["Wir wollen den Griechen helfen"](#)
[Die neun Antworten des IWF](#)



30.06.15

[Zu Besuch bei Xenii und Andreas](#)
[Von wegen "Luxusrentner"](#)



30.06.15

[Faktencheck zur Griechenland-Krise](#)
["Juncker hat die Unwahrheit gesagt"](#)

[Der Politik-Redaktion von n-tv.de bei Twitter folgen](#)

Quelle: n-tv.de

THEMEN

[Grexit](#), [EZB](#), [IWF](#), [EU-Kommission](#), [EU](#), [Syriza](#), [Verhandlungen über Griechenland-Krise](#), [Griechenland](#)

[Teilen](#)

[Twittern](#)

[Teilen](#)